UITIKON

WEIHNACHTS-KURIER
2019

UITIKON WEIHNACHTS-KURIER 2019

Impressum

Herausgegeben vom Gemeinderat Uitikon
Konzept und Redaktion: Chris Linder, Sonja Furger, Sinisa Kostic
Herstellung: Fineprint AG, Zürich; Milan und Partner, Sellenbüren

Umschlagbild:
Planausschnitt Bebauungsplan Uitikon (vgl. S. 44/45)
Bildnachweis für Umschlagbild und S. 24: Gemeindearchiv Uitikon

Bildnachweis für Gemeindechronik 2019:
Adrian Aschwanden, Bundesamt für Statistik, CVP, Cynthia Mira
(Limmattaler Zeitung), Danielle Misteli, David Bodo, FDP,
Felix & Co. AG, GLP, Grüne, Isabella von Seckendorff, Karl Eisenbach,
Many Malis, Peter Schlagmüller, René Groebli, Sinisa Kostic,
Statistisches Amt des Kantons Zürich, Stoos Architekten AG, SVP,
TC Uitikon, Walter A. Schelling

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Gemeindepräsidenten **5**

Vorortsgemeinde oder Stadtquartier?
Uitikon und die Eingemeindungsfrage
in den 1920er Jahren **9**

Anmerkungen 47
Anhang 53

Gemeindechronik 2019 **55**

Statistisches **109**

Vorwort

Liebe Üdikerinnen und Üdiker

Einiges hat sich bewegt und weist auf neue Projekte im sich zu Ende neigenden Jahr in unserer Gemeinde hin. Die neuen Quartiere um den Waldegg- und den Leuenplatz nahmen im Laufe des Jahres deutlich Gestalt an. Die Wohnungen um den Waldeggplatz sind weitestgehend bezogen. Verschiedene Begegnungen mit neuen Einwohnerinnen und Einwohnern haben sich bereits ergeben; so unter anderem am beliebten Welcome-Evening, dem Anlass für die Neuzugezogenen, in der Bibliothek und bei anderen Gelegenheiten im Dorf. Im südlichen Teil des Leuenquartiers werden die ersten Wohnungen diesen Winter bezogen. Zug um Zug wird es in den nächsten Jahren mit den Überbauungen entlang der Leuengasse weitergehen.
Das anfänglich gemeinsame Vorhaben der Politischen Gemeinde und der Schulgemeinde um den Ersatzneubau der alten Turnhalle auf der Allmend in Kombination mit neuen Lokalitäten für den Jugendraum und für einen Mehrzweckraum hat sich zu einem reinen Schulprojekt entwickelt. Deutlich höher zu erwartende Schülerzahlen in den nächsten Jahren – aufgrund anhaltender Verdichtung in der ganzen Gemeinde und raschen Überbauung im mittleren Baufeld im Leuenquartier – führten zu wesentlich grösseren Schulraum-Prognosen. Mit zusätzlichen Klassenzügen soll die gesamte Sekundarstufe auf der Allmend Platz finden. An der Informationsveranstaltung vom 19. November bot sich Gelegenheit, sich über den Umfang und den aktuellen Stand des bedeutsamen Projektes eingehend ins Bild setzen zu lassen. Anlässlich der Vorberatung an der Gemeindeversammlung vom 26. November empfahlen die anwesenden Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Pro-

jektierungskredit mit überwältigendem Mehr zur Genehmigung an der Urnenabstimmung vom 9. Februar 2020. Für den Jugendraum (aktuell im Schützenhaus) und den Mehrzweckraum – die im anfäglich gemeinsamen Projekt für die Nutzung der Politischen Gemeinde vorgesehenen Räumlichkeiten – werden andere Lösungen erarbeitet.

Die Gemeinde steht finanziell gut da. Auch angesichts des grossen Projektes auf der Allmend und weiteren, erheblichen Investitionen der Politischen Gemeinde und der Schulgemeinde in der Finanzplanungsperiode 2019–2023 sind die Prognosen günstig. Dem Antrag der Politischen Gemeinde an der November-Gemeindeversammlung um eine Senkung des Steuerfusses um zwei Prozentpunkte von 37% auf 35% und somit auf einen Gesamtsteuerfuss der Politischen Gemeinde und der Schulgemeinde auf neu 80% wurde denn auch einstimmig zugestimmt.

Im Oktober wurde der Schulpflege und dem Gemeinderat eine Einzelinitiative zur Bildung einer Einheitsgemeinde, bzw. zur Auflösung der Schulgemeinde Uitikon und Übernahme der Schulaufgaben durch die Politische Gemeinde Uitikon, eingereicht. Jeder Einwohnerin, jedem Einwohner Uitikons steht im gesetzlichen Rahmen das Recht zur Einreichung einer Einzelinitiative zu. Schulpflege und der Gemeinderat haben die Initiative formell für gültig erklärt. Die zwingende Urnenabstimmung zur Erheblicherklärung durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Uitikon erfolgt am 9. Februar 2020. Im Falle einer Erheblicherklärung durch die Stimmberechtigten würden Schulpflege und Gemeinderat gemeinsam eine neue Gemeindeordnung ausarbeiten. Über die neue Gemeindeordnung und somit über die Auflösung der Schulgemeinde würde an einer weiteren Urnenabstimmung befunden.

Einen nicht vollzogenen Gemeindezusammenschluss anderer Art schildert Sonja Furger in ihrem aufschluss-

reichen Bericht. In den frühen Jahren des letzten Jahrhunderts wurde unter verschiedenen Aspekten die Frage der Eingemeindung von Uitikon mit der Stadt Zürich diskutiert. Ausgehend vom Zusammenschluss von Zürich mit elf Vorortsgemeinden 1893 über die abgelehnte Eingemeindungsinitiative 1929 bis zur angenommenen Kompromissvorlage (‹Gesetz über den Finanzausgleich›) 1931 geht Frau Furger den Beweggründen und politischen Überlegungen im Rahmen der damals zur Diskussion stehenden Eingemeindung Uitikons mit der Stadt Zürich nach.

Auch dieses Jahr wurde einmal mehr für das Wohl unserer Gemeinschaft an den verschiedensten Orten und Stellen viel geleistet und gearbeitet. Im Namen des Gemeinderates danke ich allen Üdikerinnen und Üdiker, die sich wiederum durch Engagement in den zahlreichen Organisationen und Vereinen ausgezeichnet und aktiv zum vielfältigen Dorfleben beigetragen haben. Auch allen Mitgliedern der verschiedenen Behörden und Kommissionen sowie all unseren Mitarbeitenden danke ich für ihre Arbeit und für das reibungslose Funktionieren unserer Gemeinde.

Ihnen und Ihren Angehörigen wünsche ich Frohe Festtage und alles Gute fürs 2020.

Chris Linder
Gemeindepräsident

Vorortsgemeinde oder Stadtquartier?

Uitikon und die Eingemeindungsfrage in den 1920er Jahren

Sonja Furger

«Unsere Bauern stehen der Eingemeindungsfrage nämlich sehr sympathisch gegenüber und [es] braucht nur die nötige Aufklärung …».[1] Man darf davon ausgehen, dass Walter Held, der Verfasser dieser Zeilen und von 1919 bis 1926 Dorfpfarrer in Uitikon, die Stimmung unter seinem Kirchenvolk korrekt wiedergab, als er im September 1925 den Zürcher Stadtrat Emil Klöti nach Uitikon einlud. Zürichs Bauvorstand sollte vor der Mittwochgesellschaft, die Held damals präsidierte, über die per Volksinitiative geforderte zweite Stadterweiterung referieren. Zum vorgeschlagenen Termin Ende Oktober 1925 war Klöti verhindert, an seiner Stelle sprach mit Lehrer Schoch aus Seebach ein Vertreter des Initiativkomitees, das sich im Frühjahr 1925 gebildet hatte und die Fusion von zwölf Vorortsgemeinden – Affoltern, Albisrieden, Altstetten, Höngg, Kilchberg, Oberengstringen, Oerlikon, Seebach, Schlieren, Schwamendingen, Witikon und Zollikon – mit dem wachsenden Zürich anstrebte. Zum Verlauf der Versammlung im Restaurant Nägeli ist im Protokollbuch der Mittwochgesellschaft Folgendes vermerkt: «Den zahlreichen Befürwortern der Eingemeindung Uitikons steht nur ein öffentlicher Gegner gegenüber. Auf einen Antrag des [Gemeinde-] Präsidenten Wismer hin

Anmerkungen ab Seite 47

wird ein Initiativkomitee bestellt zwecks Förderung der Eingemeindung von Uitikon zur Stadt Zürich.»[2]

Wie fusionsfreudig war man tatsächlich im Uitikon der 1920er Jahre? Wo sind die Gründe zu suchen, welche die Anhänger eines Zusammenschlusses mit Zürich zur Aufgabe kommunaler Autonomie bewogen haben mochten? Und welche Überlegungen, Vorkommnisse oder Entwicklungen führten einen Meinungsumschwung herbei? Leider sind im Üdiker Gemeindearchiv und im Zürcher Stadtarchiv hierzu nur wenige Dokumente überliefert, so dass diese Fragen nicht klar und eindeutig zu beantworten sind. Der Widerstreit der Meinungen, die Ängste und Hoffnungen, die mit der Vereinigungsfrage in und um Zürich verbunden waren, zeigen sich jedoch im Vorfeld der kantonalen Abstimmung von 1929 über die Eingemeindungsinitiative und geben zumindest Hinweise auf die damaligen Diskussionen in Ringlikon und Uitikon. Gleichzeitig waren die lokalen Behörden in jenen Jahren mit einer neuartigen Herausforderung konfrontiert: Im Gebiet Neuhaus/Waldegg setzte 1925 ein Grundstückhandel grösseren Umfangs ein, was die Erarbeitung raumplanerischer und baurechtlicher Instrumente vorantrieb sowie den Ausbau der dörflichen Infrastruktur erforderte. Die erfolgreiche Bewältigung dieser Aufgaben – mit tatkräftiger Unterstützung seitens Stadtzürcher Behörden und Amtsstellen – mag dazu beigetragen haben, dass man in Uitikon wohl die Stadterweiterung weiterhin befürwortete (in beiden einschlägigen Abstimmungen von 1929 und 1931 überwogen die Ja-Stimmen), der eigenen Gemeinde jedoch grösstmöglichen politischen Spielraum erhalten wollte.

Das wachsende Zürich

Als im Sommer 1891 die Zürcher Stimmberechtigten an die Urne gerufen wurden, um über den Zusammenschluss von Zürich mit den elf Vorortsgemeinden Aussersihl, Enge, Fluntern, Hirslanden, Hottingen, Oberstrass, Riesbach, Unterstrass, Wiedikon, Wipkingen und Wollishofen zu befinden, sprachen sich in Uitikon fünfzig Männer – nur sie waren ja stimmberechtigt – für die Grossfusion aus.[3] Nur zehn Üdiker oder Ringliker stimmten dagegen. Bei einer hohen Stimmbeteiligung (80 %) und einem Ja-Stimmenanteil, der über zwanzig Prozentpunkte über der kantonalen Zustimmungsrate lag, befürwortete man in Uitikon die Stadterweiterung deutlich. Nötig geworden war diese erste Zürcher Eingemeindung infolge der hohen Zuwanderung von Arbeitsuchenden, denen die Landwirtschaft nicht genügend Auskommen bot und die für sich und ihre Familien von einem Arbeitsplatz in den industriellen Betrieben, die sich ebenfalls in der Stadt und ihrem Umland angesiedelt hatten, eine bessere Zukunft erhofften.[4] In Vororten wie Aussersihl kam es zu einer Konzentration von Arbeitersiedlungen, deren Wachstum und Kinderreichtum die dörfliche Infrastruktur überstrapazierte. Besonders betroffen war das Schulwesen, dessen Finanzierung auch bei grösster Sparsamkeit den kommunalen Steuerfuss in die Höhe trieb. Ein Teufelskreis, denn hohe Steuern, infrastrukturelle Mängel und beschränkte Bildungsperspektiven trieben gute Steuerzahler weg und hielten Bessergestellte vom Zuzug ab, so dass sich der finanzielle Spielraum einer Gemeinde laufend verengte. 1885 stand Aussersihl vor dem Ruin. Vom Anschluss an Zürich erhoffte man sich einen Ausgleich in sozialer und finanzieller Hinsicht sowie eine planmässigere Entwicklung des Stadtraums und seiner Infrastruktur.

Den Bedenken, die im damaligen Abstimmungskampf geäussert wurden, werden wir in den Kontroversen um die zweite Eingemeindung wieder begegnen: Auf der Landschaft fürchtete man eine neuerliche städtische Übermacht im Allgemeinen und eine Stärkung von Arbeiterbewegung, Sozialdemokratie und Beamtentum im Besonderen. Hinzu kam das in religiös-konservativen Kreisen gehegte Feindbild von der dekadenten Stadt, die für alle Probleme der sich herausbildenden Industriegesellschaft verantwortlich gemacht wurde: Brutstätte vielfältiger Laster und moralischen Zerfalls. Von den direkt betroffenen Vorortsgemeinden lehnten damals nur die beiden finanziell gutgestellten Wollishofen und Enge die Fusion mit Zürich ab, während im bedrängten Aussersihl die Zustimmungsrate hohe 99 Prozent betrug.

Mit dem Vollzug der Eingemeindung wuchs Zürich am 1. Januar 1893 mit einem Schlag von rund 28'000 auf über 107'000 Einwohnerinnen und Einwohner und wurde zur grössten Stadt im Land. Die neue Gemeindeordnung, die im Jahr zuvor nach langwierigen Debatten erfolgreich die Abstimmungshürde genommen hatte, war auf dem Uetliberg gefeiert worden, der Regierungsrat hatte hierzu 150 Flaschen Ehrenwein gestiftet.[5] Und auch wenn die weiter wachsende Stadt noch nicht direkt an den Gemeindebann von Uitikon grenzte, regten sich am Südhang von Buechhoger und Uetliberg Hoffnungen auf neue Märkte: So referierte im November 1898 Heinrich Oggenfuss, Holzhändler und Fuhrhalter auf der Waldegg, vor der Mittwochgesellschaft über den Gemüseanbau im Speckgürtel von Frankfurt beziehungsweise über die Höchstpreise, welche die dortigen Landwirte in der städtischen Gemüsehalle erzielten. Bald würden sich für Üdiker und Ringliker Bauern ähnliche Marktchancen eröffnen, ebenso dem lokalen Gastgewerbe, falls es sich auf die städtischen Erholungssuchenden auszurichten wüsste.[6]

Ein Ideenwettbewerb für Gross-Zürich

Dank der guten Konjunkturlage um 1900 konnte die Grossfusion von 1893, die in den Augen vieler zu spät erfolgt war, überraschend gut bewältigt werden. Bald schon zeigte sich aber dieselbe Problemlage von neuem:

> «Wie in den meisten andern Städten hat man auch in Zürich die Zukunft zu wenig ins Auge gefasst und sich von dem unerwartet einsetzenden Aufschwung überraschen lassen. … In den letzten zwanzig Jahren sind die alte Stadt und die elf mit ihr vereinigten Ausgemeinden baulich fast völlig zusammengewachsen. An die Stelle der früheren Ausgemeinden sind jedoch während dieses Zeitraumes neue getreten …».[7]

Mit teils erdrückender Steuerlast kämpften nun Gemeinden des Limmat- und Glatttals im Norden der Stadt.

In Zürich war 1907 der Jurist und Sozialdemokrat Emil Klöti in den Stadtrat gewählt worden. Nach wenigen Jahren als Vorsteher des Steuer- und Finanzwesens übernahm er 1910 das Bauwesen I (damals noch Hoch- und Tiefbau umfassend).[8] Als Bauvorstand zeigte er sich gegenüber Fragen der Stadt- und Regionalplanung überaus aufgeschlossen und unterstützte den Zürcher Ingenieur- und Architektenverein (ZIA), als dieser die Städtebauausstellung, die 1910 in Berlin und Düsseldorf stattgefunden hatte, nach Zürich holte. Die Ausstellung resultierte aus dem 1908/10 veranstalteten «Wettbewerb für einen Grundplan für Gross-Berlin» und unterstrich anhand von Plan- und Zahlenmaterial die Notwendigkeit einer weit über die Kernstadt hinausreichenden interdisziplinären Raumplanung. Noch während im Frühjahr 1911 die vielbeachtete Ausstellung im Zürcher Kunstgewerbemuseum andauerte, unterbreiteten die beiden ZIA-Mitglieder Karl Jegher, Redaktor der

Emil Klöti – ein Pionier der Regionalplanung

© Stadtarchiv Zürich

«Vordenker der Verhältniswahl» – so ehrt zur Zeit der offizielle Blog der Bundesversammlung im Internet Emil Klöti (1877–1963), der wesentliche Vorarbeiten zur Einführung der Proporzwahl für den Nationalrat vor hundert Jahren geleistet hat. Über Jahrzehnte gehörte der Jurist und Sozialdemokrat zu den prägenden Zürcher Politikern: 1907 Wahl in den Zürcher Stadtrat, den er von 1928 bis 1942 präsidierte; Kantonsrat in den Jahren 1908 bis 1911 und 1917 bis 1919; Nationalrat von 1919 bis 1930. Konfrontiert mit den städtischen Wachstumsproblemen, verhalf der Zürcher Bauvorstand (1910–1928) mit dem grossräumig angelegten Bebauungsplan-Wettbewerb für Gross-Zürich (1915/18) einem regionalplanerischen Denkansatz zum Durchbruch, der vor allem auch die verkehrsmässige Erschliessung des Grossraums Zürich nachhaltig prägte. 1930 verlieh ihm die ETH die Ehrendoktorwürde.

Zusammen mit Hermann Herter (1877–1945), Zürcher Stadtbaumeister von 1919 bis 1942, und Konrad Hippenmeier (1880–1940), Adjunkt im städtischen Tiefbauamt und Chef des Bebauungs- und Quartierplanbüros, bildete Klöti ein einflussreiches Dreiergespann, das sich in Zeiten wachsender Wohnungsnot stark für die Förderung des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus engagierte.

Mit den Verhältnissen in Uitikon vertraut war Emil Klöti über seine jahrzehntelangen Mandate als Verwaltungsrat bzw. Verwaltungsratspräsident bei der Bahngesellschaft Zürich-Uetliberg (1935–1963) und bei der Sihltalbahn (1911–1961), die ab 1932 die Verwaltung der Uetlibergbahn übernahm. Massgeblich beteiligt war er überdies an der Gründung der Luftseilbahn Adliswil-Felsenegg (1954).

Quellen: Schmid, Klöti, S. 137ff.; Historisches Lexikon der Schweiz;
https://www.parlament.ch/blog/Pages/emil-kloeti-der-vordenker-der-verhaeltniswahl.aspx

Schweizerischen Bauzeitung, und Max Haefeli sen. Stadtrat Klöti den Vorschlag, einen gleichartigen Wettbewerb für Zürich zu veranstalten. Klöti wie auch das ihn beratende Baukollegium[9] griffen die Idee auf und erreichten, dass bereits im Jahr darauf vom Stadtparlament ein Kredit von 40'000 Franken allein zur Vorbereitung des Wettbewerbs (Planbeschaffung) bewilligt wurde. Das oben angeführte Zitat entstammt diesem Kreditantrag des Gesamtstadtrats. Die Kosten für den Wettbewerb wurden auf zusätzliche 100'000 Franken veranschlagt – eine beträchtliche Summe, welche die hohen Erwartungen an eine planmässige Gestaltbarkeit künftiger Entwicklung deutlich macht.

Uitikon wurde nebst weiteren 21 stadtnahen Gemeinden[10] ins Wettbewerbsgebiet miteinbezogen. Nur wenige verfügten über die erforderlichen Vermessungsunterlagen, so dass der Stadtrat auf eigene Kosten aktuelles Planmaterial erstellen liess. Auch in Uitikon waren weder Kataster- noch Kurvenplan vorhanden.[11] Dennoch ging der Gemeinderat auf Distanz zum Wettbewerbsvorhaben, beteiligte sich weder an den vorbereitenden Aussprachen noch sah er Planungsbedarf, «da ausschliesslich landwirtschaftliche Verhältnisse existieren und eine Überbauung noch in Ferne sei.»[12]

Gleichwohl verblieb Uitikon innerhalb des Perimeters, der für den «internationalen Wettbewerb für einen Bebauungsplan der Stadt Zürich und ihrer Vororte»[13] definiert worden war. Der Wettbewerb wurde Ende Dezember 1915 – mitten in der Zeit des Ersten Weltkriegs – ausgeschrieben; im Zentrum der Aufgabenstellung standen die Planung der Hauptverkehrswege, die Aufteilung in Wohn- und Gewerbezonen sowie die Ausscheidung genügender Grünflächen für eine Stadt, deren Bevölkerung sich innert weniger Jahrzehnte verdoppeln würde – so die Annahme.[14] Bis März 1918

wurden 31 Entwürfe eingereicht unter Kennworten, die teils auf das Kommende verwiesen – «Neue Wege», «Wollen und Werden», «Nünzähhundertfüfzg» – , teils Vergangenes evozierten – «Felix und Regula», «Hans Waldmann», «Rusticus urbanus» – oder Tradition mit Zukunft zu verbinden trachteten: «Turicum anno MDCCCCL».[15] Daraus resultierte eine gigantische Sammlung von gegen tausend Einzelplänen.[16] Die daraus ablesbaren städteplanerischen Forderungen waren einhellig: Abkehr von der bisherigen weitgehend unregulierten Baupraxis hin zu einer klaren Trennung der Bereiche für Wohnen und Arbeiten. Nicht mehr dichtgedrängt in engen Mietskasernen, sondern möglichst ländlich in überschaubaren Trabantenstädten sollten die Menschen wohnen. Als Wohnleitbild für die Zukunft wurde das Reihen-Einfamilienhaus mit Garten postuliert, eingebettet in Grüngürtel, die es als Freiflächen zwischen Kernstadt und Aussenquartier zu bewahren galt. Die Wettbewerbsteilnehmer erwiesen sich demnach durchgängig als überzeugte Anhänger der Gartenstadtidee, wie sie Ende des 19. Jahrhunderts vom englischen Architekten Ebenezer Howard als Alternative zu den übervölkerten Industriestädten propagiert worden war.

Anstelle eines Siegers prämierte das Preisgericht zwei Entwürfe ex aequo als Zweitplatzierte, nämlich die Arbeit von Hermann Herter unter dem Titel «Die Organisation von Gross-Zürich» und das Gemeinschaftswerk von Albert Bodmer und Konrad Hippenmeier namens «Eine Heimat dem neuen Menschen». Diese Auszeichnung eröffnete den drei Preisträgern eine erfolgreiche Karriere in der sich etablierenden Disziplin moderner Stadtplanung: Hermann Herter amtete von 1919 bis 1942 als Zürcher Stadtbaumeister, Albert Bodmer wurde 1923, kurz nach vollzogener Stadtvereinigung (vgl. S. 19), Stadtplaner in Winterthur und Konrad

Hippenmeier ab 1919 Leiter des unter Stadtrat Klöti neugeschaffenen Bebauungsplanbüros im Zürcher Tiefbauamt. In dieser Funktion werden wir Hippenmeier in Uitikon begegnen, wo er ab 1923 mehrmals über den nun zu erstellenden Bebauungsplan referierte und schliesslich auch für erste Entwürfe verantwortlich zeichnete.

Für den Grossraum Zürich hatte der Wettbewerb eine Vielfalt an Ideen generiert und überdies eine gewichtige Sammlung an Planstudien und statistischen Daten verfügbar gemacht. Die breite und kritische Auseinandersetzung über die Wettbewerbsbeiträge bereicherte das Nachdenken über die zukünftige Gestaltung des Stadtraums und schärfte den Blick auf überregionale Zusammenhänge infrastruktureller Vernetzung. Die sich

Planausschnitt Wettbewerbsbeitrag Bodmer/Hippenmeier: Zwischen Uitikon-Dorf und Birmensdorferstrasse ist eine Wohnzone mit ein- oder zweistöckigen Flachbauten vorgesehen (orange eingefärbt). *© Baugeschichtliches Archiv der Stadt Zürich*

herauskristallisierenden Leitlinien sollten die städtischen Bauvorgaben über Jahrzehnte prägen und bis heute ihre sichtbaren Spuren hinterlassen.[17] Selbst Uitikon profitierte noch Jahre später vom Wettbewerb, hatte Stadtrat Klöti doch allen beteiligten Vorortsgemeinden angeboten, unentgeltlich Bebauungspläne erstellen zu lassen.

Kommunale Krisenjahre

Der Abschluss des Ideenwettbewerbs für Gross-Zürich fiel 1918 ins letzte Kriegsjahr und damit in eine Zeit, die auch in der Schweiz überall von grosser Not geprägt war. Nach dem Tiefpunkt der Jahre 1916/17 hatte sich die Versorgungslage für einen Grossteil der Bevölkerung kaum merklich gebessert, ab Sommer suchte die Spanische Grippe in mehreren Wellen das Land heim und im Herbst kulminierte die soziale Unrast in der Arbeiterschaft im Landesstreik.[18] Während die Steuererträge überall einbrachen, wuchsen die Kosten der Armenunterstützung und der kriegswirtschaftlichen Bürokratie. Ein Vierteljahrhundert nach der ersten Stadterweiterung unternahmen die Gemeinderäte von Affoltern (bei Zürich), Altstetten und Albisrieden im Laufe des Jahres 1918 offizielle Vorstösse bei Stadt und Kanton, um die Eingemeindung als Dauerlösung für ihre Finanzprobleme aufs politische Parkett zu bringen.[19] Vor allem Affolterns desolate Finanzlage – 1918 wies das Budget ein Defizit von über 50'000 Franken aus – beschäftigte die Behörden, seitdem die Gemeinde 1911 ein erstes Mal um ein kantonales Darlehen gebeten hatte. Eine darauf vom Regierungsrat veranlasste Analyse des Gemeindehaushalts hatte ergeben, dass unter der geltenden Finanz- und Steuergesetzgebung eine Sanierung gar nicht möglich sei und nur die Vereinigung mit Oerlikon oder Zürich auf Dauer helfen könne. Weder die gängigen Möglichkeiten staatlicher

Finanzhilfe (Subventionen, ausserordentliche Zuschüsse etc.) reichten aus, um die finanziell aus dem Lot geratenen Vorortsgemeinden mit hoher Zuwanderung und geringer Steuerkraft zu sanieren, noch genügte in solchen Fällen das 1917 revidierte «Gesetz über die direkten Steuern», das ab 1919 auch den Landgemeinden zugestand, das Einkommen ihrer Einwohnerschaft zu besteuern.[20] Es erlaubte den Gemeinden überdies, ausserordentliche Steuern einzuführen, namentlich Liegenschaften-, Handänderungs- und Grundstückgewinnsteuern.

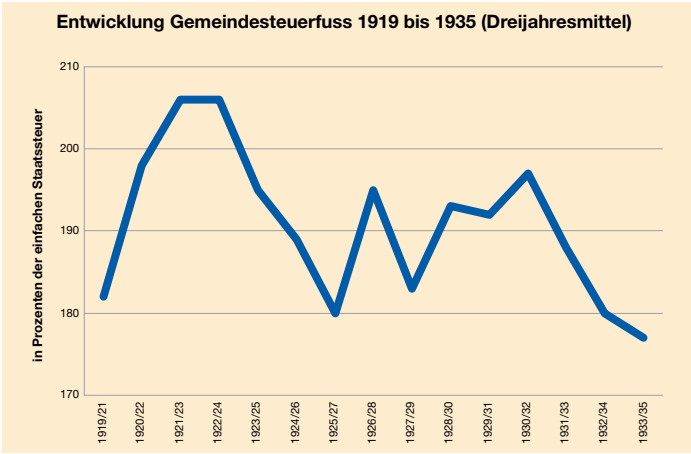
Die Eingemeindungsgesuche aus Altstetten und Albisrieden veranlassten den Zürcher Stadtrat, quantitative Erhebungen über die Verhältnisse dieser Limmattalgemeinden aufzunehmen.[21] Im Sommer 1919 reichten auch die Glatttalgemeinden Affoltern, Oerlikon, Schwamendingen und Seebach eine gemeinsame Eingabe mit dem Wunsch einer Vereinigung mit Zürich ein. Hatte man früher bereits über eine Fusion dieser Vororte zu «Gross-Oerlikon» nachgedacht, machte nun der Einbruch der Exportwirtschaft in den unmittelbaren Nachkriegsjahren deutlich, dass Oerlikons Steuerkraft zu einseitig von der exportierenden Maschinenindustrie abhängig war, um den finanziellen Ausgleich mit seinen ärmeren Nachbargemeinden auf Dauer zu bewerkstelligen.

Während man sich in Winterthur nach langwierigen Verhandlungen auf die Vereinigung mit den Vororten Oberwinterthur, Seen, Töss, Veltheim und Wülflingen vorbereitete – die Volksabstimmung darüber fand im Mai 1919 statt, der Anteil der Ja-Stimmen betrug hohe 86 Prozent, umgesetzt wurde die Fusion auf Anfang 1922 –, geriet in Zürich der städtische Finanzhaushalt in Bedrängnis.[22] Eine Kreditsperre seitens der Gläubigerbanken zwang die hochverschuldete Stadt unter die

Finanzaufsicht des Kantons und damit zu rigorosen Sparmassnahmen. Mit 180 Prozent lag der städtische Steuerfuss über demjenigen einiger fusionswilliger Vororte, was bei allen beteiligten Körperschaften die eingeleiteten Vorabklärungen stagnieren liess. Nicht für lang, denn als sich ab 1923 die konjunkturellen Aussichten deutlich verbesserten, setzten in Altstetten und Albisrieden die Eingemeindungsbestrebungen wieder ein. 1925 lancierte ein überparteilicher Kreis von Repräsentanten betroffener Vororte eine kantonale Volksinitiative.

Auch in Uitikon war man ab 1920 gezwungen, den Steuerfuss markant zu erhöhen. Die von Bund und Kanton auferlegten kriegswirtschaftlichen Bestimmungen hatten einen Ausbau der kommunalen Verwaltung nach sich gezogen. Im Winter 1919/20 war Uitikon von der Maul- und Klauenseuche heimgesucht worden, was die Gemeinderechnung mit zusätzlichen Kosten belastete.[23] Angesichts spekulativer Fehleinkäufe, Preiszerfall und wachsender Defizite sorgten sich überdies Ringliker und Üdiker Landwirte über den Geschäftsgang der 1918 gegründeten Landwirtschaftlichen Konsumgenossenschaft Uitikon, hafteten sie doch als Genossenschafter solidarisch für die aufgelaufenen Verluste.[24] Der Beschluss vom Mai 1925, die «Landi» zu sanieren und dafür einen Solidaritätsbeitrag von 300 Franken pro Mitglied einzufordern, lastete in der Folge schwer auf manchem bäuerlichen Haushalt.

Für die Gemeindefinanzen sah das revidierte Steuergesetz zusätzliche Einkünfte vor, indem es wie bereits erwähnt die Besteuerung des Grundstückhandels ermöglichte. In Uitikon verzichtete man zunächst auf deren Einführung und zog es stattdessen vor, die Namen säumiger Steuerschuldner vor der jährlichen Budgetversammlung zu verlesen und so die Zahlungs-



Der Gemeindesteuerfuss ist beträchtlichen Jahresschwankungen unterworfen: In der Periode 1919 bis 1935 variiert er zwischen dem Tiefstwert von 150 % (1919) und hohen 220 % (1923). Auch in Uitikon sind es die Ausgaben für die öffentliche Schule, die kontinuierlich ansteigen. Dennoch zeigt sich ab 1925 im Dreijahresmittel allmählich ein Trend Richtung Reduktion.

Quelle: Statistische Mitteilungen des Kantons Zürich, Gemeindefinanz-Statistik bzw. Gemeindesteuerverhältnisse im Kanton Zürich

moral zu heben.[25] Mit der im Sommer 1923 erfolgten Elektrifizierung der Uetlibergbahn kam Bewegung in den Üdiker und Ringliker Bodenmarkt, so dass die Erhebung einer Grundstückgewinnsteuer erneut von der Gemeindeversammlung erwogen und schliesslich auf 1926 eingeführt wurde, ergänzt ab 1928 durch eine Handänderungssteuer.[26] Da sowohl der tatsächliche Zustand der Gemeindefinanzen wie die Erwartungen zur künftigen Steuerfussentwicklung die Haltung in Fusionsfragen in hohem Masse mitbestimmten, liegt mit dem Entscheid zur Einführung ausserordentlicher Steuern und in der Hoffnung auf wachsende Erträge derselben ein erster Faktor vor, der den in Ringlikon und Uitikon gehegten Eingemeindungswünschen ihre Dringlichkeit genommen haben mag.

Hilfe aus der Stadt: Vorarbeiten für einen Bebauungsplan

«Was unsere Gemeinde betrifft, so wird sie als das solideste Wohngebiet in Betracht kommen, besonders wenn unsere Uetlibergbahn elektrifiziert wird. Unsere Hänge liegen direkt südlich und scheint die Sonne bei uns auch im Winter.»[27] Fraglos traf diese Einschätzung zur Attraktivität Uitikons als Wohnort und zur Bedeutung der Uetlibergbahn für die Ansiedlung neuer Einwohnerinnen und Einwohner zu.[28] Nur ahnte an diesem Abend im Dezember 1922 keiner, der sich im Rahmen der Mittwochgesellschaft zum Thema «Zürich und seine Vororte hinsichtlich der Vergrösserung und Bebauung» in der Wirtschaft Waldegg eingefunden hatte, wie schnell sich schon bald die baulichen Verhältnisse im Gebiet Neuhaus-Mettlen-Waldegg ändern würden. Selbst Konrad Hippenmeier, Preisträger des städtischen Ideenwettbewerbs für Gross-Zürich und inzwischen Fachmann für Stadtentwicklung, irrte sich, als er ein Jahr später im selben Rahmen über das kantonale Baugesetz referierte und dabei Uitikon als Wohngebiet künftiger Pendler noch «in weiter Ferne» sah.[29] Wie in der Dorfchronik von Louis Kägi nachzulesen ist, sollte «eine erste grosse Grundstückspekulation»[30] bereits 1925 einsetzen, als Kaspar Derrer jun., Sohn des Verwalters der damaligen Korrektionsanstalt und seit ungefähr 1911 Landwirt im Neuhaus-Quartier (Ringlikerstrasse 8), den Hof aufgab und an die spätere Bau- und Sportplatzgesellschaft Uetliberg verkaufte. 1927 standen sechs neu erstellte Wohnhäuser an der Neuhausstrasse zum Verkauf.

Untätig war der Üdiker Gemeinderat dennoch nicht geblieben. Ab 1923 befasste er sich mit der Frage, welche vorsorglichen Massnahmen zu treffen seien, um «einer allfälligen Bauspekulation nicht Tür und Tor zu öffnen».[31] Sein Vorschlag, bestimmte Zonen des Ge-

meindegebiets dem kantonalen «Baugesetz für Ortschaften mit städtischen Verhältnissen» zu unterstellen, führte an der Gemeindeversammlung vom März 1923 zu kontroversen Diskussionen. Sahen die Befürworter von Zuwanderung und geregelter Bautätigkeit Chancen für die kommunale Entwicklung, befürchteten andere die Folgekosten von Ansiedlung und Wohnungsbau: Bevölkerungszuwachs bedinge neue Schullokalitäten, zusätzliche Lehrerstellen und den Ausbau der Wasserversorgung.[32] Konrad Hippenmeier war an diesem Abend ein erstes Mal Gast in Uitikon und informierte als Sachverständiger über die einzelnen Schritte bis zum Erlass baurechtlicher Vorschriften. Dem Stadtplaner war es selbstverständlich ein Anliegen, die Anwesenden vom Nutzen einer kommunalen Bauordnung zu überzeugen: nur so würden die lokalen Behörden über die nötigen Instrumente verfügen, um Dorfbild und Landschaft wirksam zu schützen und die bauliche Entwicklung mitzugestalten.

Die Gemeindeversammlung beauftragte schliesslich den Gemeinderat, die anvisierten Bauzonen näher zu definieren und einen Kreditantrag für den nächsten Schritt – die topografische Vermessung des Gemeindegebiets zur Aufnahme der Horizontalkurven – auszuarbeiten. Dies war Voraussetzung für die Erstellung von Bebauungsplänen, wie sie zur Festlegung zukünftiger Strassenführung und zur Erschliessung von Bauland für private und öffentliche Zwecke dienten. Stadtrat Klötis Versprechen von einst, die Vorortsgemeinden bei der Erarbeitung solcher Pläne zu unterstützen, war noch immer gültig und so kam es ab Sommer 1923 zu weiteren Kontakten zwischen Konrad Hippenmeier und dem Gemeinderat von Uitikon.[33] Im Januar 1924 richtete letzterer sodann ein offizielles Gesuch direkt an Stadtrat Klöti, um das weitere Vorgehen im Rahmen einer «Audienz» zu besprechen.[34] Nach dieser Kon-

Konrad Hippenmeiers Bebauungsplan (Variante) fürs Neuhaus-Quartier unterschied sich lediglich in der Anlage der Erschliessungsstrassen zwischen Birmensdorfer- und Ringlikerstrasse vom nicht mehr überlieferten Hauptvorschlag. Für die Wohnzonen sollten dieselben Vorgaben wie beim Bebauungsplan Uitikon gelten: «Für das ganze Wohngebiet kommt einzig der Flachbau in Frage. Niedrig & behäbig sollen die Wohnhäuser werden. Zwei Stockwerke & Nebenräume im Dach sind vollauf genügend», so Adjunkt Hippenmeier, der je nach Geländeabflachung Reihenhäuser (bis max. 40 Meter Länge), Dreifach- oder Doppelhäuser (in den höher gelegenen, weniger flachen Lagen) in Betracht zog (vgl. S. 44/45).

Quelle: SAZ, V.G.c.31, 5. Serie: Tiefbauamt der Stadt Zürich an Bauvorstand I, 2. November 1926.

ferenz zwischen dem Zürcher Bauvorstand und einer Abordnung des Üdiker Gemeinderats, die am 6. Februar 1924 stattfand, beauftragte Klöti Hippenmeier, Bebauungspläne für Ringlikon und Uitikon samt Bauordnung auszuarbeiten.[35] Die Arbeiten verzögerten sich allerdings und so sollte der Entwurf für Uitikon-Dorf dem Gemeinderat erst im Juni 1927, zwei Planvarianten für Ringlikon beziehungsweise die «Überbauung von Neuhaus-Station Waldegg» (Abb. S. 24) im Oktober 1927 übergeben werden.[36] Das war spät, vielleicht zu spät, denn inzwischen hatte eine Bautätigkeit grösseren Umfangs ja bereits eingesetzt – nicht unbedingt zur Freude Stadtplaner Hippenmeiers: «Die vorhandenen Neubauten im vorliegenden Bebauungsplangebiet [Neuhaus] sind in ihrer Durchbildung nicht befriedigend …», so sein Kommentar gegenüber Stadtrat Klöti.[37] In Uitikon liess der Gemeinderat Monate verstreichen, bis er im Januar 1928 den Erhalt der Pläne verdankte – was nicht gerade von grosser Begeisterung zeugt.[38] Der gesamte Prozess zum Erlass kommunaler Bauvorschriften geriet danach ins Stocken und kam erst wieder in Fahrt, als 1933 Alfred Fritz, Üdiker Gemeinderat von 1931 bis 1942, eigene Vorschläge unterbreitete. Die Aushandlungen mit allen involvierten Interessenträgern, darunter auch benachbarte Gemeinden und der Zürcher Regierungsrat, dauerten weitere drei Jahre, bis Uitikon schliesslich ab Sommer 1936 über eine gültige Bauordnung verfügte.[39]

Nochmals städtische Hilfe: Ausbauvorschläge für die Wasserversorgung

Den Wasserbedarf Uitikons auch in trockenen Jahren zu decken, stellte über Jahrzehnte ein wiederkehrendes Problem dar. Eine längerfristige Sicherung der Wasserversorgung sollte erst 1950 mit der Gruppenwasserversorgung Limmat gelingen, zu der sich Birmensdorf,

Uitikon und Urdorf zum Bau und Betrieb des Grundwasserpumpwerks Schönenwerd zusammenschlossen, sowie mit der Gruppenwasserversorgung Amt Limmat und Mutschellen (GALM), über deren Leitungen seit 1971 bei Versorgungsengpässen zusätzliches Wasser von der Stadt Zürich bezogen werden kann.[40]

Derartige Lösungen lagen in den 1920er Jahren noch in weiter Ferne. Damals hatte man vergeblich gehofft, mit der Sanierung und Neufassung der Ringliker Quellen genügend Wasser auch für Uitikon-Dorf und die wenigen Wohnbauten im Gebiet Neuhaus-Waldegg zu erhalten.[41] Um den Üdiker Bedarf zu decken, musste auf dem Areal der Korrektionsanstalt ein Reservoir mit Pumpwerk errichtet werden. Künftige Ansiedlungen hingegen setzten den Zugang zu neuen Wasserquellen voraus. Im Üdiker Gemeinderat wie bei den Herren aus Zürich – Stadtrat Klöti und Adjunkt Hippenmeier – war deshalb klar, dass die Wasserfrage bei den zu erstellenden Bebauungsplänen mitberücksichtigt werden sollte.[42] Klöti betraute daher den Direktor der städtischen Wasserwerke im Sommer 1925 mit entsprechenden Abklärungen, zu einem Zeitpunkt, als die Eingemeindungsfrage in und um Zürich erneut aktuell wurde und sich ein Initiativkomitee von Vertretern verschiedener Vororte gebildet hatte (vgl. S. 29f.). Auch der Gemeinderat von Uitikon befasste sich im Juli 1925 mit den kursierenden Fusionswünschen: «Die Beratung hierüber, in der die Vor- und Nachteile berührt werden, ergibt, vorläufig noch eine abwartende Stellung einzunehmen …».[43] Gut möglich also, dass Stadtrat Klöti als entschiedener Befürworter einer weiteren Grossfusion die Gelegenheit nutzen und mit der bereitwillig gewährten Amtshilfe in Sachen Wasserversorgung den unentschlossenen Gemeinderat von den Vorteilen eines Anschlusses an Zürich überzeugen wollte.

Die Resultate seiner Vorabklärungen stellte «Wasserpeter»[44], wie der Direktor der Zürcher Wasserwerke zuweilen genannt wurde, dem Üdiker Gemeinderat in Form eines zehnseitigen «finanztechnischen Gutachtens» zur Verfügung.[45] Drei Projektvarianten wurden hinsichtlich ihrer technischen Machbarkeit und der zu erwartenden Investitions- und Betriebskosten vorgestellt. Am günstigsten erwies sich das Projekt Landikon, obwohl dort zunächst mittels Bohrungen nach ausreichend Grundwasser gesucht und nebst dem Pumpwerk im Reppischtal das Ringliker Reservoir sowie die Rohrleitungen zur Waldegg ausgebaut werden mussten.[46] Da auch ein geologisches Gutachten positiv ausgefallen war, bearbeitete die vom Gemeinderat eingesetzte Wasserkommission die Landiker Variante weiter. Im Herbst 1926 bewilligte die Gemeindeversammlung dafür einen Gesamtkredit von rund 150'000 Franken.[47]

Mit ihrer fundierten Entscheidungshilfe hatten die Stadt und ihre Beamten sicherlich einen Beitrag zur schlanken Abwicklung dieses Geschäfts von beträchtlicher finanzieller Tragweite geleistet. Ebenso wichtig war jedoch der Auftritt eines dritten Akteurs, der sich Ende März 1926 zu Wort meldete: «In einer Zuschrift der Herren Luder & Edelmann, Besitzer des Neuhaus-Areals, wünschen sie Unterhandlungen mit der Behörde in Bezug auf Wasserbeschaffung und erklären sich bereit, in Bezug auf die Kostenfrage der Gemeinde entgegen zu kommen.»[48] Tatsächlich kam es zwischen Luder/Edelmann (im Gemeinderatsprotokoll auch als «Baukollegium» bezeichnet) und der vom Gemeinderat eingesetzten Wasserkommission zu einem Vertrag über die finanzielle Beteiligung am Ausbau der Wasserversorgung. Damit war der rechtzeitige Anschluss der im Neuhaus-Quartier erstellten Rohbauten ans Ringliker Reservoir auf den Winter 1926/27 hin gesichert. Bau und Inbetriebnahme des Pumpwerks Landikon

Eduard Luder und die Bau- und Sportplatzgesellschaft Uetliberg

Inserat in der Schweizer Briefmarken-Zeitung, *Februar 1924.*

«Einige finanzkräftige Zürcher, welche später die Bau- und Sportplatzgesellschaft Uetliberg gründeten, erwarben im Neuhausquartier ganze Höfe», so beschreibt Louis Kägi die Anfänge eines Grundstückhandels grösseren Umfangs in Uitikon. Heute würde man Eduard Luder (1899?–1967) wohl einen Immobilienentwickler nennen, hauptberuflich war er jedoch als Briefmarkenhändler tätig. Als solcher war er im November 1918 von St. Gallen nach Zürich gekommen, wo er zunächst im Kaspar-Escher-Haus, später an der Bahnhofstrasse 76 einen einträglichen Briefmarkenhandel mit wechselnden Geschäftspartnern führte. Nach der Heirat mit Emma Ledermann lautete der Firmenname ab Juli 1921 auf E. Luder-Edelmann & Co., Mitte 1933 wandelte sich die Firma zum noch heute bestehenden Auktionshaus Corinphila (Corporation internationale de philatélie).

erfolgten in einem nächsten Schritt. Mit Befriedigung durfte der Üdiker Gemeinderat Ende 1927 auf das Erreichte zurückblicken, hatte er doch erfolgreich ein anspruchsvolles und kostspieliges Infrastrukturprojekt realisiert und eine tragfähige Basis für die künftige Siedlungsentwicklung gelegt. Wenig verwunderlich, dass angesichts dieser Erfahrungen die in Uitikon im Herbst 1925 aufgekommenen Fusionsideen nicht von langer Dauer waren.

In den Protokollbüchern des Gemeinderats Uitikon begegnen wir Eduard Luder zunächst im Zweierteam: Luder & Edelmann (Schwiegervater?) sowie Luder & Emil Küng. Über beide Partner ist wenig bekannt, es sei denn, bei Emil Küng handle es sich um den gewerkschaftlich organisierten Postbeamten, der in den Tagen des Zürcher Bankbeamtenstreiks von Ende September/Anfang Oktober 1918 als Präsident des Gewerkschaftskartells und Repräsentant der Arbeiterunion eine führende Rolle spielte. Suchte Küng mit Luders Hilfe nach Bauland zur Errichtung einer genossenschaftlichen Wohnkolonie?

Die Häuser im Neuhaus-Quartier waren ab 1927 bezugsbereit, gegründet wurde die Bau- und Sportplatzgesellschaft Uitikon jedoch erst im Februar 1929. Sie hegte hochfliegende Pläne und bewarb in einem um 1932 entstandenen Prospekt die zum Verkauf stehenden Baulandparzellen wie folgt: «… gewissermassen ein zweiter Zürichberg ist im Entstehen begriffen, ganz nahe bei der Stadt und doch fern vom Lärm und Stadtbetrieb … in frischer ozonreicher Luft …» und kündigte den Ausbau der bestehenden Tennisanlage zum attraktiven Sportzentrum an: «Schon das Klima [bei der Waldegg] gleicht dem der weltberühmten schweizerischen Kurorte und man hat es nicht mehr nötig, nach Arosa oder St. Moritz zu gehen …». Die Weltwirtschaftskrise nach dem New Yorker Börsenkrach vom Oktober 1929, welche in der Schweiz ihren Tiefpunkt 1932 erreichte und bis 1936 die Wirtschaft stagnieren liess, führte auf dem Immobilienmarkt zu beträchtlichen Einbussen, wovon auch Luders Bau- und Sportplatzgesellschaft nicht verschont bleiben sollte.

Quellen: Corinphila, Altschweiz, S. 5–22; Jost, Bankangestelltenstreik, S. 9, 16ff., 22; Kägi, Uitikon, S. 246; Der Limmattaler *vom 23. Oktober 1973 (Zitate S. 29).*

Uitikon und die Eingemeindungsinitiative

Im Januar 1925 beschlossen Vertreter finanzschwacher Zürcher Vorortsgemeinden, mit einer Volksinitiative der Eingemeindungsfrage neuen Schub zu verleihen. Der mit Stadtrat Klöti abgesprochene Initiativtext sah die Vereinigung von Affoltern (bei Zürich), Albisrieden, Altstetten, Höngg, Kilchberg, Oberengstringen, Oerlikon, Seebach, Schlieren, Schwamendingen, Witikon und Zollikon mit der Stadt Zürich vor.[49] Mit Ver-

weis auf die erfolgreich umgesetzte Grossfusion von 1893 wurde das Begehren hauptsächlich finanzpolitisch begründet:

> «Heute greift die Stadt wirtschaftlich weit über ihre Grenzen hinaus. Von einzelnen Gemeinden arbeiten mehr als die Hälfte aller Erwerbenden in der Stadt. Zürich hat dadurch enorme finanzielle Vorteile, weil die Geschäftsgewinne aller Unternehmungen eben nur in der Stadt versteuert werden. Den Vororten aber bleiben bloss die Lasten. Sie müssen daher ausserordentlich hohe Steuern erheben (bis 250 % der Staatssteuer), vertreiben damit die besten Steuerzahler, verhindern die Entwicklung der Industrie und kommen in immer grössere Not. Sie sind ein Opfer der wachsenden Stadt geworden. (…) Auch diesmal bringt nur die Totalvereinigung der Vororte mit der Stadt die sichere und gerechte Lösung des unhaltbaren Zustandes.»[50]

Dass die Initianten gutsituierte Gemeinden wie Kilchberg und Zollikon aus finanziellen Motiven und gegen deren Willen mit Zürich fusionieren wollten, löste sofort heftige und kontroverse Diskussionen aus, die bis zur Abstimmung im Mai 1929 andauern sollten. In Uitikon dürfte man aber vor allem registriert haben, dass die kleine Berggemeinde Witikon auf Antrag hin ab Mitte Juli 1925 ebenfalls zum Kreis der Fusionswilligen zählte.[51] Landwirtschaftlich geprägt wie Uitikon, mit ihrer Lage an der südwestlichen Flanke des Pfannenstiels und einer langsam einsetzenden städtischen Zuwanderung, bot sie sich als Vergleich an. Ob mit Blick auf Witikon oder nicht: Der Üdiker Gemeinderat befasste sich alsbald explizit mit der Eingemeindungsfrage, erwog Vor- und Nachteile und beschloss, die Angelegenheit aufmerksam weiter zu verfolgen.[52] Nicht zuletzt waren es die direkten Kontakte mit städtischen Stellen in Sachen Wasserversorgung und Bebauungs-

plan, die sich zur Beschaffung einschlägiger Informationen anboten.[53] Wo konkret der Gemeinderat Vor- und Nachteile einer Fusion mit Zürich ausmachte, ist leider nicht überliefert. Im Gremium scheint zu diesem Zeitpunkt jedenfalls mehr Skepsis geherrscht zu haben als in bäuerlichen Kreisen, wo Pfarrer Held ja etliche Sympathisanten ausgemacht hatte, wie der eingangs zitierten Einladung an Stadtrat Klöti vom September 1925 zu entnehmen ist (vgl. S. 9).

Ende Oktober 1925 fand im Restaurant Nägeli die Versammlung der Mittwochgesellschaft statt, an der anstelle Klötis nun ein Mitglied des Initiativkomitees auftrat und erfolgreich für das Begehren warb, wie die *Neue Zürcher Zeitung* berichtete:

> «Zur Eingemeindungsfrage: Durch günstige Lage und zusehends sich bessernde Verbindungen mit der Stadt ist Uitikon am Albis für rasche bauliche Entwicklung prädestiniert. Da aber die sehr kleine Gemeinde nicht lange imstande wäre, den vermehrten Ansprüchen an Wasser- und Gasversorgung und Strassenwesen zu genügen, und man in absehbarer Zeit gezwungen wäre, bei den städtischen Werken Hilfe zu suchen, so zieht der weitsichtige Teil der Bevölkerung eine direkte Verschmelzung mit der Stadt einer gemeindewirtschaftlichen Abhängigkeit vom grossen Nachbar vor. Die Mittwochgesellschaft Uitikon hat deshalb fast einstimmig nach einem Referat von Lehrer Schoch aus Seebach beschlossen, mit den zuständigen Organen und Behörden zwecks Eingemeindung in Verbindung zu treten. Es wurde eine fünfgliedrige Eingemeindungskommission gewählt, der Mitglieder aller Parteien und aller Dorfteile angehören. Die Unterschriftenbogen des Initiativkomitees wurden Mann für Mann unterzeichnet.»[54]

Bereits am 10. November 1925 reichte diese lokale Eingemeindungskommission ihr «Gesuch um Einbezug in den Vereinigungskreis» dem Initiativkomitee ein und bat um Anhörung.[55] Mitte Dezember erhielt eine Zweierdelegation aus Uitikon hierzu Gelegenheit. Laut den beiden Herren, dem Üdiker Gemeinderat Arnold Müller und einem «Geschäftsleiter» namens Moser, habe man sich schon seit zwei Jahren mit dem Vereinigungsgedanken befasst. «… Wie überall, so hätten auch in Uitikon gewisse Kreise Befürchtungen gegen die Eingemeindung. Pro 1926 betrage voraussichtlich der Steuerfuss ca. 200 %. Mit der Zunahme der Bevölkerung und der Schullasten werde der Steuerfuss noch mehr in die Höhe steigen.»[56] Demnach stand auch in Uitikon die finanzpolitische Argumentation im Vordergrund, insbesondere Befürchtungen über die zukünftige Entwicklung der Steuerlast. Die Initianten überzeugte dies allerdings nicht. Sie lehnten es ab, den Kreis der von der Initiative betroffenen Gemeinden nach den beiden Gesuchen aus Witikon und Oberengstringen ein weiteres Mal zu erweitern und empfahlen den Üdikern, sich direkt ans Kantonsparlament zu wenden.

An einer Versammlung der Mittwochgesellschaft von Mitte Dezember 1925 zirkulierte danach erneut ein Unterschriftenbogen, der die Gründe auflistete, die für eine Fusion mit Zürich sprachen. «Dieser Bogen wurde von sämtlichen anwesenden Gesellschaftern, welche ortsstimmberechtigt sind, unterzeichnet», heisst es im Protokollbuch.[57] Trotz der Einhelligkeit sind in der Folge keine weiteren Schritte aktenkundig, welche den Fusionswunsch in irgend einer Weise befördert hätten. Weder kam es seitens der Gemeinde Uitikon zu einer offiziellen Eingabe an den Kantonsrat noch finden sich im Protokollbuch des Gemeinderates Einträge, die Aufschluss über die Gründe eines Meinungsumschwungs

bieten würden. Eindeutig war hingegen die – abstimmungstaktische – Absage des Zürcher Stadtrates, die er im Frühjahr 1927 in seine offizielle (befürwortende) Stellungnahme zur Volksinitiative einfliessen liess:

> «Aus den Gemeinden Adliswil und Uitikon a/A. ist der Wunsch geäussert worden, ebenfalls eingemeindet zu werden. Der Stadtrat hält jedoch dafür, das Bedürfnis für die Eingemeindung dieser Gemeinden sei nicht so gross, dass es sich rechtfertigen liesse, über den ohnehin als zu weitreichend angefochtenen Vorschlag der Initiative hinauszugehen.»[58]

Der Adliswiler Gemeinderat, das sei hier kurz nachgetragen, hatte sich wie Witikon, Oberengstringen, Uitikon und Dietikon nachträglich um Miteinbezug ins Fusionsgebiet bemüht. Dabei verwies er auf das Beziehungsgeflecht zwischen Zürich und Adliswil, dessen Dichte und Vielfalt einen vorrangigen Anspruch auf Aufnahme in den Kreis der Fusionskandidaten begründe:

> «Es ist uns unverständlich, wie einzelne Gemeinden, z. B. Uitikon & Engstringen etc., herangezogen werden wollen, die mit der Stadt kaum in näheren Beziehungen stehen dürften, während unsere Gemeinde nicht einmal begrüsst wurde & doch direkt an Zürich angrenzt, schon viele Jahre Gas & Wasser von der Stadt bezieht & auch sonst in vielen Beziehungen mit der Stadt Zürich eng verbunden ist.»[59]

Tatsächlich fehlten in Uitikon infrastrukturelle Anbindungen an die städtischen Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke gänzlich. Auch als Grundeigentümerin war die Stadt, im Gegensatz zum Kanton (Anstalt), in Uitikon bislang nicht in Erscheinung getreten.

Pro- und Kontra-Argumente im Abstimmungskampf

Im März 1926 wurde die Eingemeindungsinitiative mit über 25'000 Unterschriften dem Kantonsrat übergeben, wo sie im Winter 1927/28 (Kommission) und im Herbst 1928 (Plenum) beraten und mit 110 zu 94 abgelehnt wurde.[60] In der Tagespresse war das Thema mit seinen Verästelungen (Gross-Zürich oder Gross-Oerlikon; Zweckverband und Finanzausgleich als Alternativen) in Stellungnahmen betroffener Gemeindepräsidenten sowie Berichten über Gemeindeversammlungen und kontradiktorische Parteiveranstaltungen sehr präsent. Kontrovers wurde vor allem in Höngg, Kilchberg und Zollikon debattiert, unter Architekten und innerhalb der bürgerlichen Parteien. Auch der Zürcher Stadtrat war uneins, fünf Befürwortern unter der Themenführerschaft des Sozialdemokraten Klöti standen vier Fusionsgegner gegenüber, darunter Stadtpräsident Hans Nägeli (Demokratische Partei), der eigens eine Streitschrift verfasste, bei den Wahlen ums Stadtpräsidium vom April 1928 jedoch seinem Herausforderer Klöti unterlag, als Stadtrat zurücktrat und sich alsbald von der Politik zurückzog.

Die 88-seitige Streitschrift Nägelis, der sich hauptsächlich wegen finanzpolitischer Bedenken vom einstigen Befürworter der Fusionsidee zum Gegner der angestrebten Stadterweiterung gewandelt hatte, diente den Initiativgegnern als Argumentarium. So finden sich viele seiner 1926 publizierten Überlegungen nicht nur in den Wortmeldungen von Lokalpolitikern und Kantonsparlamentariern, sondern auch in der Stellungnahme des Zürcher Regierungsrates, womit dieser gegenüber Parlament und Stimmvolk die Ablehnung der Initiative beantragte. Nägeli ging es dabei nicht einmal so sehr um eine grundsätzliche Abwehr des Fusionsgedankens, vielmehr bestritt er dessen Dringlichkeit, da

Gross-Zürich, verstanden als wirtschaftliche, organisatorische, administrative und städtebauliche Einheit, erst im Werden begriffen sei. Auf die Gemeindeautonomie zu verzichten, sei hingegen ein staats- und demokratiepolitisch so schwerwiegender Schritt, dass er nur als allerletzte Notlösung in Frage komme:

> «Die Eingemeindung bedeutet also für jeden Vorort nicht mehr und nicht weniger, als dass die Selbstbehandlung und Selbstentscheidung seiner Angelegenheiten endgültig aufhört und der Einfluss auf das eigene weitere Schicksal auf ein denkbar kleinstes Mass zusammenschrumpft. Die Beseitigung von elf Gemeinden bedeutet aber auch die Unterdrückung eines wichtigen und unersetzlichen Stückes praktischer Schulung in der Demokratie, die als politisches Erziehungsmittel von höchstem Werte ist.»[61]

Eine Gefährdung der Demokratie sah Nägeli überdies in der Zentralisation, die mit grossen Verwaltungseinheiten einhergehe und zu einem Verlust an Bürgernähe führe, worauf sich auch das Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten verringere.[62] Während in der Gemeinde viele Aufgaben ehrenamtlich bewältigt würden, käme es in der zentralisierten städtischen Administration zu einer Aufblähung des Beamtenapparates mit hohen Folgekosten. Die Ausdehnung der städtischen Infrastrukturdienstleistungen auf die neuen Vorortsquartiere würde Zürichs Haushalt über Jahre belasten und ebenfalls den Steuerfuss in die Höhe treiben.

Niemand, auch Nägeli nicht, bestritt die Finanznot der Arbeitervororte, doch um sie zu beheben, plädierte er für einen Finanzausgleich, der nicht nur wenigen Zürcher Arbeitervororten, sondern allen armen Gemeinden im Kanton zugute kommen solle, allenfalls ergänzt um einen städtischen Lastenausgleich auf

freiwilliger Basis.[63] Erst wenn auch diese Mittel erfolglos blieben, käme eine etappenweise Eingemeindung gewisser Limmat- oder Glatttalgemeinden in Frage.[64]

Die Idee eines Finanz- oder Lastenausgleichs war keineswegs neu, schon bei der ersten Zürcher Stadterweiterung und bei der Winterthurer Fusion waren solche Mechanismen als Alternativen für notleidende Gemeinden in Erwägung gezogen worden. Das 1917 revidierte Steuergesetz sah vor, dass Gemeinden mit einem Steuerfuss ab 250 Prozent staatliche Gelder beanspruchen konnten, was allerdings strenge Kontrollen nach sich zog, die Gemeinden in der Ausgestaltung ihrer Budgets stark einschränkte und sie in ihrer Selbständigkeit beschnitt. Trotzdem legte der Regie-

Abstimmungsplakate pro und kontra Eingemeindungsinitiative *© Stadtarchiv Zürich*

rungsrat dem Kantonsparlament mit seinem Antrag auf Ablehnung der Eingemeindungsinitiative zugleich einen Gesetzesentwurf für einen Finanzausgleich vor, der im November 1929, ein halbes Jahr nach der Initiative, zur Abstimmung gelangen sollte.[65] Zentral in der regierungsrätlichen Absage an die Initianten war nämlich, dass diese nur das Wohl der armen Zürcher Vorortsgemeinden im Sinn hatten und alle übrigen finanzschwachen Landgemeinden des Kantons vernachlässigten: «Dabei sind es aber im ganzen Kanton 64 Gemeinden, die mehr als 200 % Steuern beziehen.»[66]

Dass nach 1893 (erste Zürcher Eingemeindung) und 1922 (Winterthurer Fusion) sich schon wieder die Zahl der Gemeinden im Kanton verringern sollte, missfiel dem Regierungsrat ebenfalls:

> «Es kann aber auch dem Staate nicht gleichgültig sein, wenn neuerdings zwölf selbständige, zum grossen Teil blühende Gemeinden verschwinden, nachdem bei den früheren Eingemeindungen bereits sechszehn untergegangen sind. Unser Staatswesen beruht auf der Selbstverwaltung der Gemeinden; aus der Gemeinde wächst das politische Leben; sie ist der Boden, auf dem sich das politische Interesse, das Gemeinschafts- und Verantwortungsgefühl entwickeln müssen.»[67]

Nicht nur die zahlenmässige Reduktion der politischen Gemeinwesen beschäftigte die mehrheitlich bürgerliche Regierung, dahinter stand vielmehr die Sorge um eine Verschiebung im Verhältnis zwischen Stadt und Land mit seinen staats- und parteipolitischen Implikationen: Winterthur und ein fusioniertes Gross-Zürich würden zusammen 55 Prozent der Kantonsbevölkerung ausmachen, was ein politisches Übergewicht des Städtischen befürchten liess. «Dann haben wir einen Städtekanton, und das wäre ein Schaden für das ganze Land. … Der

Kanton Zürich verträgt eine Grossstadt weder in wirtschaftlicher noch in politischer Beziehung. … Die Eingemeindung ist deshalb kein organischer Vorgang, sondern ein mechanischer Gewaltakt.»[68]

Stadtkritik – Anonymität, Vermassung, Exzesse auch hinsichtlich Bürokratie und Reglementiersucht – schwang in den Debatten um Zürichs Erweiterungspläne schon immer mit. Nachdem sich die Sozialdemokratische Partei bereits im September 1925 hinter die Eingemeindungsinitiative gestellt hatte, war die Grossfusion überdies zu einer parteipolitischen Frage geworden, die sich nach dem Linksrutsch in den Stadtzürcher Erneuerungswahlen vom April 1928 zusätzlich akzentuierte: «Politisch muss beachtet werden, dass die Grossstadt radikalisiert»,[69] war von bürgerlicher Seite zu hören. Doch auch die Fusionsfreunde des bürgerlichen Lagers, darunter nicht wenige Bau- und Planungsfachleute, griffen das Grossstadt-kritische Vokabular auf, um es argumentativ zu ihren Gunsten zu wenden, exemplarisch Stadtbaumeister Hermann Herter, einer der Preisträger des Ideenwettbewerbs für Gross-Zürich:

> «Mit der Eingemeindung der Vororte wollen wir nicht eine 'Grossstadt' im landläufigen Sinne schaffen, sondern vielmehr die Schäden der Grossstadt, die Mietskaserne und die ungesunde Bodenpolitik, bekämpfen. Wir wollen durch eine aufgelockerte Bebauung und Siedelung die Menschen wieder mit der Scholle in Beziehung bringen und damit der Proletarisierung entgegenwirken.»[70]

Hermann Herter verfasste auch den Text für eine grossformatige und reich bebilderte Broschüre, womit ein kantonales Aktionskomitee mit Verweis auf die Resultate des Ideenwettbewerbs für Gross-Zürich für die Stadterweiterung warb, wohnbaupolitische Ziele formulierte und dazu aufrief, «ein Stadtgebilde zu

schaffen, in dem auch der wirtschaftlich Schwache Anteil an Grund und Boden hat, um ihn in Zukunft vor der seit Jahren bestehenden Entwurzelung zu bewahren».[71] Von familienfreundlichen Kleinhaussiedlungen mit Garten und grünem Umschwung versprachen sich Anhänger der Gartenstadtbewegung wie Herter nicht zuletzt die Überwindung des Klassengegensatzes: «dass sich der Volksgenosse immer weniger als Proletarier dem Staate gegenüberstellt und immer mehr als Staatsbürger zum Volksganzen bekennt».[72] Doch der noch frei verfügbare Boden innerhalb des städtischen Perimeters war teuer; man war auf Landreserven in den Vororten angewiesen, um bei anhaltender Zuwanderung solche sozialpolitisch motivierten Pläne umsetzen zu können.

Nach einem emotional geführten Abstimmungskampf wurde im Mai 1929 die Eingemeindungsinitiative mit 74'897 Nein- zu 59'214 Ja-Stimmen (44,15 %) verworfen.[73] Die Stimmbeteiligung betrug hohe 82 Prozent. Von den 180 Zürcher Gemeinden lehnten 155 die Initiative ab, darunter Kilchberg (deutlich mit nur 14 % Ja-Stimmen) und Zollikon (37 %). Das Ergebnis in Uitikon war knapp: Während eine Mehrheit von 61 Stimmbürgern (52,6 %) nach wie vor eine zweite Grossfusion befürwortete, lehnten dies nun 55 Üdiker und Ringliker ab (vgl. S. 53). Hatten bei ihnen die Argumente der gegnerischen Kampagne verfangen?

Was danach geschah, soll hier nur noch kurz rekapituliert werden: Ein halbes Jahr später erteilte der Souverän auch dem vom Regierungsrat als Alternative propagierten Finanzausgleich eine Absage – die Situation war blockiert, die Probleme sämtlicher finanzschwacher Gemeinwesen im Kanton weiterhin ungelöst.[74] Die Suche nach einem Kompromiss führte schliesslich zur Kombination zweier Vorlagen, nämlich einer Gemeinde-

fusion reduzierten Umfangs und einem kantonalen Finanzausgleich. Mit Ausnahme der Bauernpartei stimmten alle Parteien dieser Lösung zu. Am 5. Juli 1931 sprachen sich die Zürcher Stimmbürger mit 69'967 zu 33'544 Stimmen für das «Gesetz über den Finanzausgleich und über die Zuteilung der Gemeinden Affoltern b. Zch., Albisrieden, Altstetten, Höngg, Oerlikon, Schwamendingen, Seebach und Witikon an die Stadt Zürich» aus.

Nähe zur Stadt und Dynamisierung des Bodenmarktes

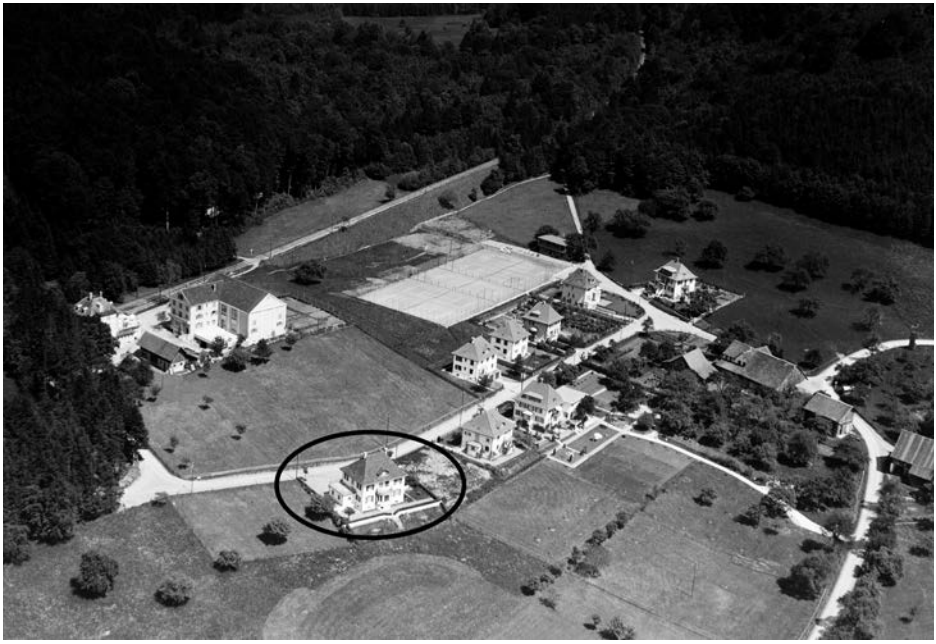
Auch die Üdiker und Ringliker Stimmbürger bejahten 1931 mit 61 zu 15 deutlich die Kompromissvorlage. Der Ja-Stimmen-Anteil von über achtzig Prozent lag erneut über jenem des Gesamtkantons (67,6 %). Wenngleich man ab 1926 nichts mehr unternommen hatte, um in den Kreis der Fusionskandidaten aufgenommen zu werden, stellte sich in Uitikon eine Mehrheit mit auffallender Konstanz weiterhin positiv zur Stadterweiterung – was für Vorteile mag man sich denn vom Heranrücken der Stadt erhofft haben?

Dezidierter als die bürgerlichen Parteien und zuweilen mit vaterländischem Pathos hatte die erst 1917 gegründete (kantonale) Bauernpartei die Eingemeindungsinitiative abgelehnt und vor einer städtischen Übermacht und dem Verlust an Eigenständigkeit gewarnt.[75] Ausgerechnet die Zolliker Ortsgruppe widersetzte sich allerdings dem innerparteilichen Konsens und bildete zusammen mit anderen Fusionsbefürwortern in Zollikon einen oppositionellen Hort, der auch nach 1931 das Fusionsziel weiterverfolgte.[76] Neben dem Wunsch nach besseren Verkehrsverbindungen in die Stadt waren es wohnpolitische Argumente, welche insbesondere die Bauern vom Zollikerberg zugunsten

der Initiative anführten. Ihr Plädoyer für das Einfamilienhaus als «Schutz vor dem Bazillus der Zersetzung des bürgerlichen Staates»[77] brachte sie, wie übrigens die Anhänger der Stadterweiterung unter den Bau- und Planungsfachleuten allesamt, im Abstimmungskampf in den Verdacht des Spekulantentums.[78] Wie schon nach der ersten Zürcher Eingemeindung war ja mit einem weiteren Wachstumsschub Zürichs und einem Anstieg der Bodenpreise zu rechnen – eine Chance gerade für jene Grundbesitzer, deren kleinbäuerliche Selbstversorgerbetriebe einer unsicheren Zukunft entgegensahen.

In Uitikon fielen rund die Hälfte der Bauernhöfe unter diese Kategorie.[79] Für sie blieb der städtische Absatzmarkt weitgehend bedeutungslos, hingegen ergaben sich aus der steigenden Nachfrage nach Bauland interessante Perspektiven, nicht zuletzt weil die Stadt nach 1900 eine aktive Bodenpolitik betrieb und selbst Land aufkaufte.[80] In einem Stadtquartier Uitikon/Ringlikon wäre es die Stadt gewesen, die für öffentliche Bauten und Anlagen (Schulhaus, Friedhof, Verkehrsführung etc.) sowie für die Sicherung der erwünschten Grünflächen Land benötigt und damit neben privaten Käufern und Immobilienentwicklern wie der Bau- und Sportplatzgesellschaft Uetliberg die Nachfrage verstetigt hätte. Mit der neu konzipierten Arbeitserziehungsanstalt, die ab 1926 unter der Leitung von Fritz Gerber kontinuierlich ihr Areal zu vergrössern begann, kam auf dem Üdiker Bodenmarkt jedoch ein weiterer Akteur ins Spiel.[81] War es der junge Anstaltsdirektor aus dem Emmental, der sich wohl eher nicht als inskünftiger Bewohner eines Stadtquartiers sah, daher die Reihen der Fusionsskeptiker verstärkte und mit seinen Ausbauplänen überdies Alternativen zum Landerwerb durch die Stadt versprach?

Es ist ein Bündel an Entwicklungssträngen, die in Uitikon Mitte der 1920er Jahre zusammentreffen und die Gemütslage der Einwohnerschaft und damit auch ihre Erwartungen an die Zukunft beeinflussen. Eine Frage war dabei zentral: Sind die finanziellen Folgen der einsetzenden Zuwanderung aus eigener Kraft zu bewältigen? Die Furcht vor einer wachsenden Steuerlast liess zunächst auch unter Ringlikern und Üdikern die Vereinigung mit der Stadt als Ausweg erscheinen und es ist vielleicht dem Zufall geschuldet, dass gleichzeitig Lernprozesse einsetzten, welche die Notwendigkeit eines solchen Entscheids relativierten. Im Gemeinderat

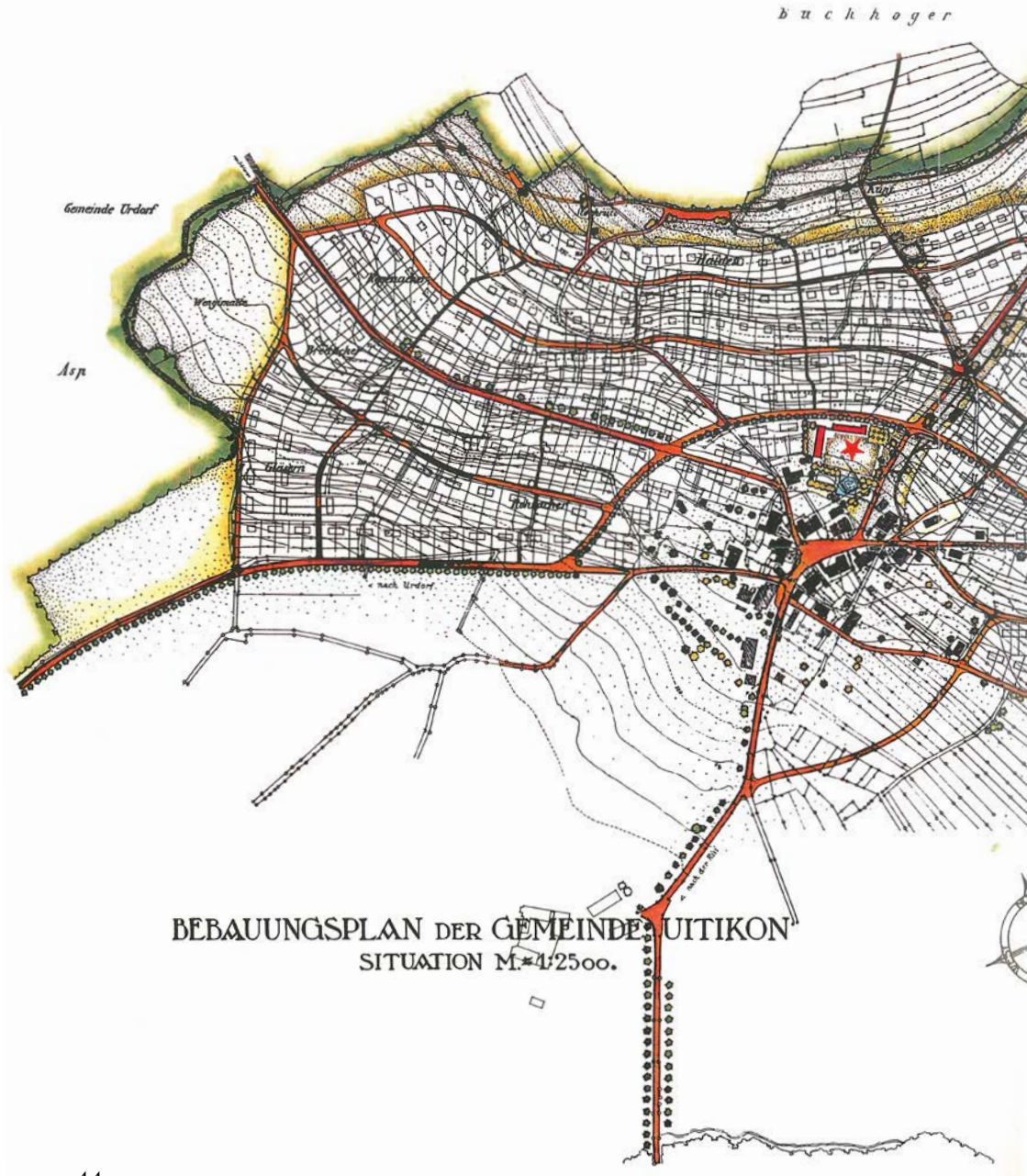


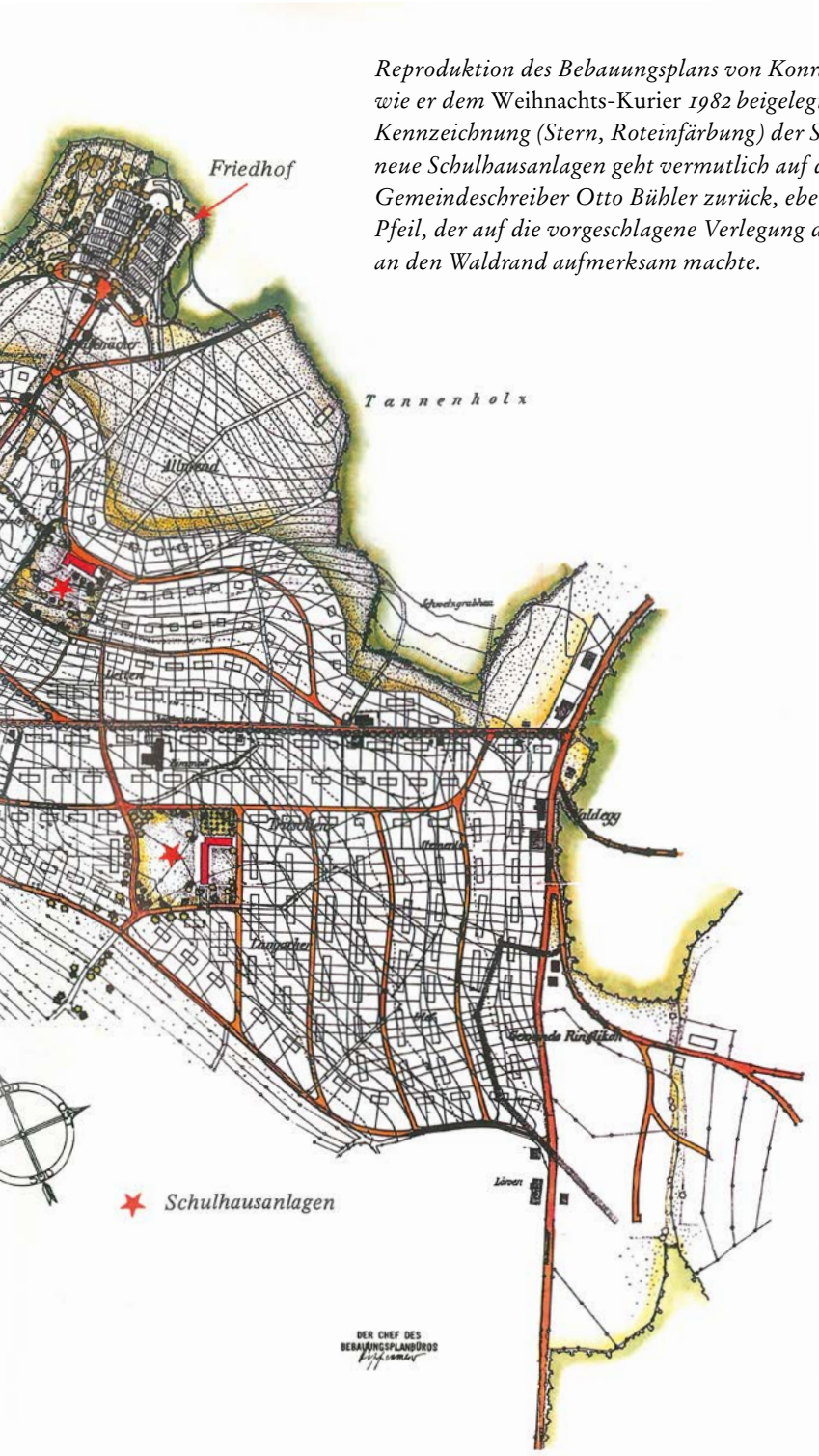
Luftaufnahme des Neuhausquartiers von Flugpionier Walter Mittelholzer, 1932. In der Bildmitte die von Luder/Edelmann erstellten Häuser und die Tennisanlage der Bau- und Sportplatzgesellschaft Uetliberg. Eingekreist die 1928 erbaute herrschaftliche Villa «El Prado», während einiger Jahre Wohnsitz von Eduard Luder-Edelmann. Nach einigen Handwechseln wurde das Gebäude in ein Appartementhaus umgebaut (Der Limmattaler, *23. Oktober 1973*). *© ETH-Bildarchiv/Stiftung Luftbild Schweiz*

waren es die beiden auch finanziell bedeutsamen Geschäfte – Ausbau der Wasserversorgung und erste Vorarbeiten für eine kommunale Bauordnung –, deren Bewältigung das Gremium stärkte und mit grösserer Zuversicht in die Zukunft blicken liess, obwohl die Finanzlage angespannt und Uitikon noch bis 1940 auf Mittel aus dem kantonalen Finanzausgleich angewiesen blieb.[82] Amtsmüdigkeit, wie sie einer Studie zufolge unter den «alten regierenden Geschlechtern»[83] in Witikon – das den Weg vom Vorort zum Stadtquartier eingeschlagen hatte – geherrscht haben soll, liess sich unter den Üdiker Gemeindevertretern jedenfalls nicht ausmachen. Wenngleich die Gemeinde schneller als erwartet von der Dynamik im Boden- und Liegenschaftsmarkt erfasst wurde, vertraute man auf die Gestaltbarkeit des dörflichen Wachstums. Das auch in Zürich propagierte Leitbild der Gartenstadt aufgreifend, jedoch Adjunkt Hippenmeiers Bebauungspläne in wesentlichen Punkten abändernd, schuf man mit der 1936 in Kraft gesetzten Bauordnung ein Instrument, das Uitikon den Weg in den Kreis der steuergünstigsten Zürcher Gemeinden weisen sollte.

Nachzutragen wäre: Zürich verfügte erst 1947 über eine umfassende städtische Bau- und Zonenordnung.[84] Und es war ausgerechnet der in Uitikon bis vor Bundesgericht ausgetragene Streit um die Auszonung landwirtschaftlicher Nutzflächen im Zusammenhang mit dem (nie realisierten) Projekt «Waldegg-Dörfli»,[85] der es den Zürcher Stadtplanern danach erschwerte, die vorgesehenen Grünzonen zeitnah zu realisieren.[86]

Entwurf Bebauungsplanbüro der Stadt Zürich vom Jahre 1927





Reproduktion des Bebauungsplans von Konrad Hippenmeier, wie er dem Weihnachts-Kurier *1982 beigelegt wurde. Die Kennzeichnung (Stern, Roteinfärbung) der Standorte für neue Schulhausanlagen geht vermutlich auf den damaligen Gemeindeschreiber Otto Bühler zurück, ebenso der rote Pfeil, der auf die vorgeschlagene Verlegung des Friedhofs an den Waldrand aufmerksam machte.*

Um die wenigen Quellen zu fassen, die zum Thema dieses Beitrages überliefert sind, war ich einmal mehr auf die Unterstützung mehrerer Personen und Institutionen angewiesen. Zu danken habe ich Sinisa Kostic, Gemeindeschreiber Uitikon, der mir wie immer unkomplizierten Zugang zum Gemeindearchiv gewährt, sowie dem Archivverantwortlichen Jan Schneebeli, der mir bei der Suche nach Dokumenten und Plänen geholfen hat. Ein offenes Ohr für alle meine Fragen und Anliegen habe ich bei den MitarbeiterInnen des Stadtarchivs Zürich und des Baugeschichtlichen Archivs Zürich gefunden, wie auch ein überaus angenehmes Arbeitsklima in den schönen Altstadträumen – ganz herzlichen Dank an alle!

Anmerkungen

1 Stadtarchiv Zürich (SAZ), VII.55 4.4: Brief von Pfarrer Walther Held-Frey an Stadtrat Dr. Emil Klöti, 10. September 1925.

2 Protokollbuch Mittwochgesellschaft Uitikon, Versammlung vom 28. Oktober 1925 (zitiert nach Wehrli, Jahre, S. 91). Alle Angaben zur verwendeten Literatur finden sich anhand der in den Anmerkungen angeführten Autorennamen und Titelworte im Literaturverzeichnis ab S. 53.

3 Alle einschlägigen Abstimmungsresultate finden sich im Anhang auf S. 53.

4 Zur Geschichte der ersten Zürcher Eingemeindung: Fritzsche, Geschichte, S. 181–206; Stadtarchiv, Jahre.

5 *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) vom 6. Januar 2018.

6 Protokollbuch Mittwochgesellschaft Uitikon, Sitzung vom 23. November 1898.

7 So der Zürcher Stadtrat (Exekutive) in einem Antrag ans städtische Parlament (SAZ, VII.55 5.2.3: Weisung des Stadtrates an den Grossen Stadtrat betreffend Beschaffung eines Planes des Gebietes von Zürich und seiner Vororte, 12. Juni 1912).

8 Ab 1895 waren in der Stadtzürcher Exekutive zwei Stadträte zuständig für Baufragen. Vorsteher Bauwesen II (städtische Werke, Strassenbau, Trambahnverwaltung) war in den 1920er Jahren der freisinnige Johann Gustav Kruck, der wie Klöti zu den Befürwortern der zweiten Stadterweiterung zählte. Den historischen Abriss über den Ausdifferenzierungsprozess der Zuständigkeiten in Baufragen verdanke ich Nicola Behrens vom Stadtarchiv Zürich.

9 Noch heute steht das Baukollegium dem Stadtrat als beratendes Gremium zur Seite. Ihm gehören externe Fachleute sowie Kaderangestellte der Stadtverwaltung an.

10 Adliswil, Affoltern, Albisrieden, Altstetten, Dietikon, Höngg, Kilchberg, Küsnacht, Nieder- und Oberurdorf, Ober- und Unterengstringen, Oerlikon, Rüschlikon, Seebach, Schlieren, Schwamendingen, Weiningen, Witikon, Zollikon und Zumikon.

11 SAZ, VII.55 5.2.3: Weisung des Stadtrates an den Grossen Stadtrat betreffend Beschaffung eines Planes des Gebietes von Zürich und seiner Vororte, 12. Juni 1912.

12 Gemeindearchiv Uitikon (GAU), Protokollbuch Gemeinderat, Sitzungen vom 6. Juni 1911 und vom 29. August 1912. In zwei weiteren Sitzungsprotokollen ist nochmals vom Wettbewerb die Rede: Am 28. Juli 1914 wurde Gemeindeschreiber Kaspar Wismer beauftragt, in den vom Bauamt zugestellten Plänen die Arealgrenzen des staatlichen Besitzes sowie der Holzkorporation einzuzeichnen; am 8. Januar 1916 sodann bestätigte der Gemeinderat den Empfang «von einer Rolle Plänen seitens des Stadtrates für den Wettbewerb … und wird ad acta Notiz genommen.»

13 So der offizielle Titel des Wettbewerbs.
14 Kurz, Städtebau, S. 29.
15 Schlussbericht, S. 15.
16 Für das Folgende: Kurz, Städtebau, S. 29.
17 Kurz, Stadt, S. 104. Laut Historiker Kurz zeigen sich die von Hermann Herter vertretenen Planungsprinzipien noch heute besonders eindrücklich im Milchbuck- und Friesenberg-Quartier (Kurz, Städtebau, S. 30f.).
18 Vgl. hierzu auch *Weihnachts-Kurier* 2015, S. 20ff.
19 Für das Folgende siehe Akeret, Eingemeindung, S. 10ff., 60ff.
20 Unter dem früheren kantonalen Steuergesetz von 1870 erhob nur der Kanton eine (progressive) Einkommens- und Vermögenssteuer, zusätzlich eine Aktivbürgersteuer sowie Erbschaftssteuern. Die Gemeinden besteuerten lediglich das Vermögen (proportional zur Staatssteuer) und erhoben eine Mannsteuer und eine Haushaltungssteuer. Mit der ersten Zürcher Eingemeindung änderte sich diese Regelung nach 1891, indem die Städte Zürich und Winterthur ebenfalls das Einkommen besteuerten. Nach langem Ringen im Kantonsrat stellte die Steuerrevision von 1917 mit dem in allen Gemeinden geltenden Prinzip der Einkommensbesteuerung Stadt- und Landgemeinden wieder gleich (Illi, Geschichte, S. 268).
21 Akeret, Eingemeindung, S. 69ff.
22 Fritzsche, Geschichte, S. 255f.; Akeret, Eingemeindung, S. 74f.
23 GAU, Protokollbuch Gemeinderat, Sitzungen vom 14. Dezember 1919 und 24. Januar 1920; siehe hierzu auch die Beiträge im *Weihnachts-Kurier* 2014 und 2015.
24 Wehrli, Konsumgenossenschaft, S. 37f.
25 GAU, Protokollbuch Politische Gemeinde, Gemeindeversammlungen vom 9. Februar 1919 und vom 19. März 1922.
26 Ebd., Gemeindeversammlungen vom 21. Juni 1925, vom 31. Januar, 11. April und 19. Dezember 1926 und vom 29. Januar 1928.
27 Protokollbuch Mittwochgesellschaft Uitikon, Versammlung vom 13. Dezember 1922 (zitiert nach Wehrli, Jahre, S. 87).
28 Ringliker und Üdiker hatten schon immer, seit ihrer Gründung 1875, zur Uetlibergbahn gehalten. In den Jahren des Ersten Weltkriegs verschärfte sich infolge starken Anstiegs der Kohlenpreise und dem resultierenden Rückgang der Fahrgäste die finanzielle Lage der Bahngesellschaft, so dass der reguläre Personentransport ab Juli 1920 und der Bahnbetrieb ab November 1920 vollständig eingestellt und die Uetlibergbahn-Gesellschaft liquidiert werden musste. Unter finanzieller Mitbeteiligung Uitikons erfolgte die Neugründung der Bahngesellschaft Zürich-Uetliberg im März 1922, kurz danach wurde die Strecke elektrifiziert; im Juni 1923 verkehrten die ersten Elektrolokomotiven (vgl. Zuber, Bahn, S. 139f.). An der Versammlung der Mittwochgesellschaft Uitikon vom 13. Dezember 1922 wurde gefordert, dass die frühere «Vergnügungsbahn … jetzt aber Vorortsbahn werden müsse» (zitiert nach Wehrli, Jahre, S. 87).

29 Protokollbuch Mittwochgesellschaft Uitikon, Versammlung vom 14. November 1923 (ebd., S. 89).

30 Kägi, Uitikon, S. 246; vgl. auch *Weihnachts-Kurier* 1991, S. 86f.

31 GAU, Protokollbuch Politische Gemeinde, Gemeindeversammlungen vom 23. März und 24. Juni 1923 sowie vom 27. Juli 1924; Protokollbuch Gemeinderat, Sitzungen vom 13. Januar, 20. Juni, 23. Juli und 8. Dezember 1923 sowie vom 21. Februar und 21. Mai 1924 etc.

32 Hierzu auch Bühler, Geschichte, S. 7–9.

33 Auf eigenen Vorschlag hin referierte Konrad Hippenmeier Ende November 1923 ein zweites Mal in Uitikon über die Baugesetzgebung, und zwar vor der Mittwochgesellschaft (GAU, Protokollbuch Gemeinderat, Sitzung vom 11. Oktober 1923; Wehrli, Jahre, S. 89). Deren Vorstand lud darauf den Gemeinderat schriftlich dazu ein, «eine Bauverordnung für hiesige Gemeinde auszuarbeiten» (GAU, Protokollbuch Gemeinderat, Sitzung vom 8. Dezember 1923).

34 «… Unter den Vororten [des seinerzeitigen Planungswettbewerbs] figuriert auch unsere Gemeinde, die in jüngster Zeit vermehrten Zuwachs erhalten hat und möglicherweise zufolge verbesserter Bahnverbindung durch die Elektrifikation der Uetlibergbahn in Zukunft mit weiterem Zuwachs rechnen muss, was in erster Linie dem Bau von Wohnungen rufen wird. Der Gemeinderat befasst sich schon über ein Jahr mit der Frage, ob nicht ein gewisses Gebiet der Gemeinde, das für die bauliche Entwicklung in Frage käme, unter das Baugesetz für Ortschaften mit städtischen Verhältnissen zu stellen sei …, damit nicht durch zügellose Bauarten das allgemeine Landschaftsbild gestört werde und die Gemeinde als solche finanziell zu Schaden käme. …», so der Gemeinderat Uitikon in seinem Schreiben an Stadtrat Klöti vom 26. Januar 1924 (SAZ, V.G.c.31, 3. Serie).

35 Ebd., Vorstand des Bauwesens I, Verfügung vom 7. Februar 1924 (Zuschrift an Gemeinderat Uitikon).

36 Otto Bühler, Gemeindeschreiber in Uitikon von 1936 bis 1975, legte seinem Beitrag über die Geschichte der Bauordnungen von Uitikon im *Weihnachts-Kurier* 1982 einen Abdruck von Hippenmeiers Entwurf aus dem Jahre 1927 bei (siehe Reproduktion S. 44/45). Der Originalplan ist im Gemeindearchiv Uitikon nicht überliefert, hingegen eine von Hippenmeiers Planvarianten zu Ringlikon: «Überbauung von Neuhaus-Station Waldegg» (siehe S. 24).

37 SAZ, V.G.c.31, 5. Serie: Tiefbauamt der Stadt Zürich an Bauvorstand I, 10. Oktober 1927. Bis 1930 wuchs die Zahl der Wohnhäuser auf Gemeindegebiet um die Hälfte von 45 (1920) auf 69 an; auch die Bevölkerung wuchs beinahe um fünfzig Prozent von 358 auf 536 Personen *(Weihnachts-Kurier* 1988, S. 22f.).

38 SAZ, V.G.c.31, 5. Serie: Gemeinderat Uitikon an Stadtrat Klöti, 20. Januar 1928.

39 Bühler, Geschichte, S. 9–12.

40 *Weihnachts-Kurier* 1996, S. 2ff.

41 GAU, Protokollbuch Politische Gemeinde, ausserordentliche Gemeindeversammlung vom 27. November 1920.
42 GAU, Protokollbuch Gemeinderat, Sitzung vom 30. Juni 1925.
43 Ebd., Sitzung vom 20. Juli 1925.
44 Beck, Kulturzusammenstoss, S. 52. Der Leiter der Stadtzürcher Wasserwerke hiess mit Nachnamen Peter.
45 SAZ, V.G.c.31, 3. Serie: Wasserversorgung Zürich, Wasserversorgung Uitikon-Ringlikon, Projekte zur Beschaffung neuer Zuflüsse, 9. März 1926. Der Inhalt dieses technischen Berichts wurde Gemeindepräsident Wismer anlässlich eines Treffens im Restaurant Waldegg am 18. Februar 1926 vorgestellt (vgl. GAU, Protokollbuch Gemeinderat, Sitzung vom 3. März 1926).
46 Eine Anbindung an die Zürcher Wasserversorgung über das Reservoir Friesenberg kam vor allen wegen den hohen Betriebskosten – das Wasser hätte übers Triemli ins Reservoir Ringlikon hinaufgepumpt werden müssen – nicht in Frage. Die dritte Variante, eine Beteiligung an den «Lochquellen» (nordöstlich von Birmensdorf), wurde wegen schwieriger Besitzverhältnisse nicht weiter verfolgt.
47 GAU, Protokollbuch Politische Gemeinde, Versammlung vom 26. September 1926. Bei der Kreditsumme sind die zu erwartenden Beiträge seitens Kanton und Gebäudeversicherung noch nicht berücksichtigt.
48 GAU, Protokollbuch Gemeinderat, Sitzung vom 25. März 1926.
49 Für das Folgende: Akeret, Eingemeindung, S. 77ff. Witikon und Oberengstringen waren im ursprünglichen Initiativtext nicht vorgesehen und wurden beide erst im Laufe des Sommers 1925 auf eigenen Wunsch hin in den Kreis der mit Zürich zu fusionierenden Vororte aufgenommen.
50 Volksabstimmung vom 12. Mai 1929, Volksinitiativbegehren für ein Gesetz über die Zuteilung der Gemeinden Affoltern b. Zch. … an die Stadt Zürich, Begründung durch die Initianten *(Amtsblatt des Kantons Zürich* [Textteil], 1929, S. 211ff.).
51 SAZ, VII.55 1.5: Initiativkomitee, Sitzung vom 12. Juli 1925.
52 GAU, Protokollbuch Gemeinderat, Sitzung vom 20. Juli 1925.
53 Ebd., Sitzung vom 27. August 1925.
54 NZZ vom 8. November 1925.
55 SAZ, VII.55 1.5: Initiativkomitee, Sitzung vom 13. Dezember 1925.
56 Ebd.
57 Protokollbuch Mittwochgesellschaft Uitikon, Versammlung vom 16. Dezember 1925 (zitiert nach Wehrli, Jahre, S. 92). Der Text dieses Unterschriftenbogens ist leider nicht überliefert.
58 SAZ, VII.55 5.6.5: Zuschrift des Stadtrates an den Grossen Stadtrat betreffend Vernehmlassung zum Volksbegehren auf Eingemeindung von zwölf Vororten, 27. April 1927.
59 SAZ, VII.55 4.4.1: Brief Gemeinderat Adliswil an Stadtrat Zürich, 11. September 1925.
60 Akeret, Eingemeindung, S. 86–105.
61 Nägeli, Eingemeindungsfrage, S. 35f.

62 Ebd., S. 31ff.
63 Ebd., S. 75f.
64 Zu den Anwärtern auf eine dritte Etappe zählten laut Nägeli im Übrigen Gemeinden des unteren Reppischtals, mithin allenfalls auch Uitikon und Stallikon (ebd., S. 78).
65 Akeret, Eingemeindung, S. 116ff.
66 Volksabstimmung vom 12. Mai 1929, Volksinitiativbegehren für ein Gesetz über die Zuteilung der Gemeinden Affoltern b. Zch. … an die Stadt Zürich, Beleuchtender Bericht des Regierungsrats *(Amtsblatt des Kantons Zürich* [Textteil], 1929, S. 211ff.). Berechnungsgrundlage war der durchschnittliche Steuerfuss der Jahre 1925–1927.
67 Ebd.
68 Regierungsrat Oskar Wettstein im Herbst 1928 vor dem Kantonsrat (zitiert nach Klöti, Zürichs, S. 29).
69 So Architekt Pfleghard an einer Versammlung der Freisinnigen Partei der Stadt Zürich (zitiert nach NZZ vom 13. Dezember 1928).
70 Zitiert nach NZZ vom 8. Juli 1927.
71 Herter, Eingemeindung, S. 32.
72 Ebd., S. 28.
73 Akeret, Eingemeindung, S. 113.
74 Ebd., S. 120–143.
75 «Der demokratische Staatsgedanke, die Liebe zur Heimat, die Liebe zur Scholle, unser gutes, bewährtes Schweizertum waren von Anfang an auf dem Lande und in den Gemeinden bei den Bauern im idealsten und opferwilligsten Sinne verankert. Die Zukunft unseres Vaterlandes hängt von den ‹freien Bauern und dem freien Boden› ab», so ein pathetischer Appell im *Zürcher Bauer* vom 1. Mai 1929 (zitiert nach Akeret, Eingemeindung, S. 110, vgl. auch S. 92, 99 und 106). In Uitikon sollte eine Ortsgruppe der Bauernpartei 1935 durch Werner Kull-Bosshard gegründet werden *(Weihnachts-Kurier* 2008, S. 15).
76 Akeret, Eingemeindung, S. 143ff.
77 «… An Stelle des Zusammenpferchens von Menschen in Mietskasernen entstehe das Einfamilienhaus. Eine freie, offene Überbauung mit einem Garten bei dem Hause bilden in erster Linie einen wirksamen Schutz vor dem Bazillus der Zersetzung des bürgerlichen Staates. Die Bauernpartei Zollikon richtet hiermit einen Appell an die Berufsgenossen im Kanton Zürich, wie auch an das Zürcher Volk im Allgemeinen, sich in der Eingemeindungsfrage nicht einseitig orientieren zu lassen …» *(Zolliker Bote* vom 22. Februar 1929).
78 «Es waren unter den Befürwortern wohl in der Bodenpolitik etwas zu optimistisch gestimmte Grundeigentümer im [Zolliker-]Berg, die die Gemeindeautonomie aufgeben wollten …», schrieb der Zolliker Gemeindepräsident Utzinger rückblickend (zitiert nach Akeret, Eingemeindung, S. 219). Vgl. auch die Reproduktion entsprechender Abstimmungsinserate, die im Mai 1929 im *Zolliker Boten* erschienen sind, in Bräm, Zürich, S. 13.

79 Indirekt lässt sich die Zahl aus einer Liste erschliessen, die der Gemeinderat 1917 erstellte, um den vom kantonalen Ernährungsamt auferlegten Mehranbau an Brotgetreide zu organisieren. Von 33 Betrieben mussten 16 nur einen sehr kleinen Flächenanteil übernehmen (GAU, Protokollbuch Gemeinderat, Sitzung vom 25. September 1917; *Weihnachts-Kurier* 2014, S. 9 und 21).

80 Kurz, Städtebau, S. 31.

81 Allein zwischen 1926 und 1931 wuchs das Anstaltsareal von 32,83 auf 44,5 Hektaren, u. a. durch den Kauf von vier Bauernhöfen, die 1930/31 vor der Liquidation standen *(Weihnachts-Kurier* 2008, S. 21).

82 Wehrli, Uitikon, S. 47.

83 «Seit alter Zeit hatten die Gemeindeämter innerhalb der wichtigsten Familien zirkuliert. Aber immer mehr traten an diese Fragen heran, die zu lösen einem Bauern kaum zugemutet werden kann. Die Verwaltung eines Dorfes, das in den Bannkreis der Stadt gerät, beginnt sich zu komplizieren. Entschlüsse müssen gefasst, Massnahmen müssen getroffen werden …» (Beck, Kulturzusammenstoss, S. 59).

84 Klöti, Zürichs, S. 55; Kurz, Städtebau, S. 40.

85 Bühler, Geschichte, S. 14–18.

86 Klöti, Zürichs, S. 56.

Anhang

Übersicht Abstimmungsergebnisse in der Politischen Gemeinde Uitikon

Jahr	Abstimmungen	Ja	Nein	ungültig/ leer	Total	Stimm-beteiligung in %	im Kanton Zürich	
							Ja-Anteil in %	Stimm-beteiligung
1891	Erste Zürcher Eingemeindung	50	10	1	61	80,26	60,31	87,29 %
1919	Eingemeindung Winterthur	48	14	15	77	78,57	85,8	77,66 %
1929	Eingemeindungs-initiative	61	55	2	118	85,51	44,15	81,66 %
	Finanzausgleichsgesetz	55	25	3	83	57,24	47,39	58,13 %
1931	Kompromissvorlage	61	15	4	80	61,54	67,591	61,59 %

Quelle (online): https://wahlen-abstimmungen.zh.ch/internet/justiz_inneres/wahlen-abstimmungen/de/abstimmungen/abstimmungsarchiv.html

Ungedruckte Quellen

Gemeindearchiv Uitikon (GAU)
Protokollbücher Gemeinderat (A.1.1.II.B-G2.04.2/B.4-6)
Protokollbuch politische Gemeinde, Gemeindeversammlung (A.1.1.II.B-G2.03.2/B.3)
Bebauungs- und Zonenpläne (A.1.1.II.B-R1.03.2/15)

Stadtarchiv Zürich (SAZ)
Zürcher Stadtvereinigung 1934 (VII.55)
Bauamt I (V.G.c.31)

Gedruckte Quellen und Sekundärliteratur

Akeret, Walter, *Die Zweite Zürcher Eingemeindung von 1934* (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Band 80), Bern 1977.

Beck, Hansjürg, *Der Kulturzusammenstoss zwischen Stadt und Land in einer Vorortgemeinde* (Beiträge zur Soziologie und Sozialphilosophie, Band 6), Zürich 1952.

Bräm, Urs, «Zürich? Nein danke!: Zollikon und die Frage der politischen Zugehörigkeit zur Stadt Zürich», in: *Zolliker Jahrheft* 2015, S. 6–15.

Bühler, Otto, «Die Geschichte der Bauordnung von Uitikon», in: *Weihnachts-Kurier* 1982, S. 7–22.
Corinphila AG (Hrsg.), *Altschweiz,* Band 1: *Kantonal- und Bundesmarken 1843–1863, die Sammlung Jack Luder,* Zürich 2016.
Fritzsche, Bruno et al., *Geschichte des Kantons Zürich,* Band 3: *19. und 20. Jahrhundert,* Zürich 1994.
Herter, Hermann, *Für die Eingemeindung der Zürcher Vororte,* Zürich 1929.
Illi, Martin, *Von der Kameralistik zum New Public Management: Geschichte der Zürcher Kantonsverwaltung von 1803 bis 1998,* Zürich 2008.
Jost, Hans-Ulrich, *Der Zürcher Bankangestelltenstreik vom 30. September/1. Oktober 1918* (online unter https://www.generalstreik.ch/wp-content/uploads/2018/06/Hans-Ulrich-Jost_Bankangestelltenstreik.pdf (gesehen am 28. August 2019).
Kägi, Louis, *Uitikon: aus der Vergangenheit eines Zürcher Dorfes,* Uitikon 1975.
Klöti, Emil, *Zürichs zweite Eingemeindung vom Jahre 1934,* Zürich 1956.
Kurz, Daniel, «Städtebau, Verkehrs- und Siedlungsentwicklung», in: Stadtarchiv, Hundert Jahre, op. cit., 1994, S. 29–41.
ders., «Die Stadt als Organismus verstehen: der Wettbewerb Gross-Zürich (1915–1918)», in: Bodenschatz, Harald & Celina Kress (Hrsg.), *Kult und Krise des Grossen Plans im Städtebau,* Petersberg 2017, S. 104–106.
Nägeli, Hans, *Die Eingemeindungsfrage* (Schweizerische Gegenwartsfragen, Nr. 1), Zürich 1926.
Schlussbericht über den internationalen Wettbewerb für einen Bebauungsplan der Stadt Zürich und ihrer Vororte, durchgeführt 1915–1918 unter der Leitung der städt. Bauverwaltung I, Zürich 1919.
Schmid-Ammann, Paul, *Emil Klöti: Stadtpräsident von Zürich, ein schweizerischer Staatsmann,* Zürich 1965.
Stadtarchiv & Baugeschichtliches Archiv Zürich (Hrsg.), *Hundert Jahre Gross-Zürich: 100 Jahre 1. Eingemeindung 1893,* Zürich 1993.
Stadtarchiv & Baugeschichtliches Archiv Zürich (Hrsg.), *Hundert Jahre Gross-Zürich: 60 Jahre 2. Eingemeindung 1934,* Zürich 1994.
Wehrli, Martin, *125 Jahre Mittwochgesellschaft Uitikon,* Uitikon 1999.
ders., *Von der Landwirtschaftlichen Konsumgenossenschaft Uitikon am Albis zur Immobilien-Firma* (1918–2003), Uitikon 2003.
ders., «Uitikon im Zweiten Weltkrieg 1939–1945», in: *Weihnachts-Kurier* 1990, S. 37–75.
Zuber, Werner, «Bahn frei!», in: Schneiter, Stefan, *Der Uetliberg: Geschichte und Geschichten des Zürcher Hausberges,* Baden 2011, S. 137–151.

Gemeindechronik 2019

Liebe Leserin, lieber Leser
Wir haben ein bewegtes Jahr hinter uns. Die Aktienkurse spielten teilweise verrückt. Ein Allzeithoch folgte dem nächsten und das trotz des Handelskonflikts zwischen den USA und China oder den schwierigen Brexit-Verhandlungen in Grossbritannien bzw. der EU. In einigen Teilen unseres Planeten gab es Ausschreitungen und politische Probleme. Auch die MeToo-Debatte hat vor allem im ersten Halbjahr die Welt bewegt.

Dominiert hat jedoch in diesem Jahr die Farbe Grün. Mit Grün meine ich vor allem das Thema Klimawandel, welches dieses Jahr entscheidend beeinflusst hat. An dem Thema Klimawandel, das als eines der drängendsten unserer Zeit gilt, kommt man kaum mehr vorbei. Mit dem Klima ist immer irgendetwas: Ein riesiger Eisberg bricht ab. Politiker streiten am Umweltgipfel. Oder es werden gegenwärtige Unwetter in der Schweiz mit der Erderwärmung in Verbindung gebracht, schrieb die NZZ. Auch in allen anderen Zeitungen liest man fast täglich über dieses Thema. Überall auf der Welt finden Klimastreiks statt. Es wird für eine bessere und gesündere Welt gekämpft. Dies machte sich in diesem Jahr auch bei den

grossen Wahlen in der Schweiz bemerkbar. Es gab historische Sitzverschiebungen in den einzelnen Räten zugunsten der Grünen und Grünliberalen.

In Uitikon müssen wir nicht direkt bzw. nicht nur für eine bessere Welt kämpfen, sondern wir müssen für einen Fortschritt der Gemeinde sorgen.

«Langweilig wird uns nicht!» Dies ist vermutlich einer der von mir in diesem Jahr meistverwendeten Sätze überhaupt und war die Antwort auf die mir oft gestellte Frage, ob wir viel zu tun hätten. Tatsächlich ist es so, dass uns nicht langweilig wird. Wir erleben eine Zeit der Veränderungen. Eine Zeit mit vielen Generationenprojekten. Sei es die Revision der Gemeindeordnung aufgrund eines neuen Gemeindegesetzes, die Erschliessung des Quartiers Leuen, das Projekt auf der Allmend, die Umnutzung des Üdiker-Huus, die Digitalisierung in der Gemeindeverwaltung oder auch das allenfalls anstehende Projekt Einheitsgemeinde, um nur einige zu nennen. All das sind Projekte die man in der Regel höchstens alle 30 bis 40 Jahre stemmen muss. In Uitikon wurde dies komprimiert auf ca. fünf bis sechs Jahre und in dieser Zeit befinden wir uns heute.

Das alles ordentlich zu meistern, ist eine anspruchsvolle Herausforderung. Die Gemeindebehörden und die Verwaltungen sind bestrebt all diese Projekte möglich gut zu erledigen. Doch perfekt und für alle Einwohnerinnen und Einwohner zufriedenstellend wird es wohl nie sein. Die Perfektion ist aber sowieso eine Illusion. Es gab in der Vergangenheit Höhen und Tiefen und diese wird es auch in Zukunft geben. Es geht aber darum, dass wir handeln und unser Möglichstes für das Wohl der Gemeinschaft geben. Denn wirkliches Wachstum passiert nur, wenn wir uns den Herausforderungen stellen, ganz im Sinne des deutschen Dichters Johann Wolfgang von Geothe: «Erfolg hat drei Buchstaben: TUN!». Und dies machen wir heute. Wenn man unsere Gemeinde anschaut, sogar sehr gut. Was alles in diesem Jahr geschehen ist, können Sie in den nachfolgenden Seiten nachlesen.

Ich wünsche Ihnen liebe Leserin, lieber Leser, viel Spass beim Lesen der Gemeindechronik 2019.

Sinisa Kostic
Gemeindeschreiber

Urnengang vom 10. Februar 2019

Wie meistens üblich, steht kurz vor Beginn der Sportferien der erste Urnengang des Jahres an. Dieses Mal konnte am 10. Februar 2019 das Zürcher Stimmvolk über eine eidgenössische und zwei kantonale Vorlagen abstimmen. Zudem kam für die reformierte Stimmbevölkerung die Erneuerungswahl der Bezirkskirchenpflege hinzu. Die Stimmbeteiligung lag bei knapp 52 %, was für Üdiker Verhältnisse Mittelfeld bedeutete, doch damit kamen wir kantonal locker in die Top Ten und im Bezirk waren wir sowieso immer bezüglich Stimmbeteiligung Spitzenreiter. Uitikon erfreut sich damit an einer treuen Wählerschaft.

Nun zu den Abstimmungsvorlagen. Das Einfrieren der Bauzonen mit der eidgenössischen Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung» oder ganz einfach nur «Zersiedelungsinitiative» ging dem Grossteil der Stimmenden zu weit und in Uitikon deutlich zu weit. Die Üdiker Stimmbevölkerung lehnte diese Initiative mit über 70 % ab, während im gesamten Kanton immerhin ein knapper Anteil von 40 % Ja-Stimmenden zu finden war. Nicht anders erging es den beiden kantonalen Vorlagen. Sowohl die Änderung des Hundegesetzes als auch das Wassergesetz wurden abgelehnt. Während beim Hundegesetz auch die Üdiker eine Änderung ablehnten, entsprach die Abstimmung zum Wassergesetz in Uitikon nicht der kantonalen Mehrheit. Mit 66 % Ja-Stimmen war Uitikon sogar die Gemeinde mit dem höchsten Ja-Anteil. Die Vorlage wurde somit entgegen dem Üdiker Willen abgelehnt.

Bei den Wahlen ist die Beteiligung bekanntlich immer etwas tiefer als bei den Abstimmungen. Doch kirchliche Wahlen sind immer ziemlich schwierig, vor allem wenn man keine Kandidaten hat. Gerade einmal 20 % der reformierten Stimmberechtigten fanden bei den Erneuerungswahlen der Bezirkskirchenpflege den Weg an die Urne und von denen gaben 90 % einen leeren Wahlzettel ab. Somit kamen von den eingereichten 257 Wahlzetteln nur 22 in Betracht. Eine Mehrheit für eine Kandidatin oder einen Kandidaten konnte sich nicht finden. So folgte am 1. September 2019 ein zweiter Wahlgang, immerhin dann mit zwei offiziellen Kandidaten.

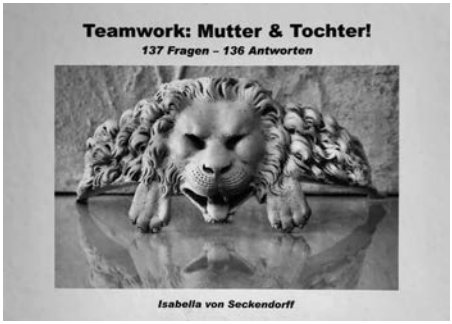
Adieu, Art Museum

Fünf Jahrzehnte wirkten Isabella von Seckendorff und ihre Mutter Johanna Henggeler künstlerisch als Team. Im Dezember vergangenen Jahres fand diese Zusammenarbeit ein Ende. Johanna Henggeler verstarb im Alter von 94 Jahren. Ein grosses Projekt konnten die beiden Damen aber noch zu Ende führen. Ihr gemeinsames Buch «Teamwork: Mutter & Tochter! 137 Fragen – 136 Antworten» konnte kurz zuvor fertiggestellt werden. Das Buch illust-

riert detailreich das lange, gemeinsame Künstlerinnenleben und Wirken von Mutter und Tochter mittels 136 Antworten auf 137 teils sehr persönliche Fragen und mit eindrücklichen Bildern. Das Buch gewährt interessante Einblicke in das Privatleben dieser ausserordentlichen, in Uitikon domizilierten Künstler-Konstellation. Am 16. März 2019 fand die Buchvernissage in der Gemeinde- und Schulbibliothek statt.

Die Kunst dieser beiden Damen konnte in den vergangenen 27 Jahren in Uitikon bestaunt werden. Seit sie 1991 fast das Gesamtarchiv ihrer Werke zugunsten eines künstlerischen Neubeginns vernichtet haben, gestalteten sie ihr eigenes Wohnhaus an der Husacherstrasse 6 in ein weisses Gesamtkunstwerk. Die Kunstwerke und Rauminstallationen erschuf das Mutter-Tochter-Team von Hand unter grösster körperlicher Anstrengung. Ihre Grundlage war ein biegsames, geruchloses Material, deren Rezeptur sie selbst austüftelten. Die zähe Masse bestand haupt-

Isabella von Seckendorff



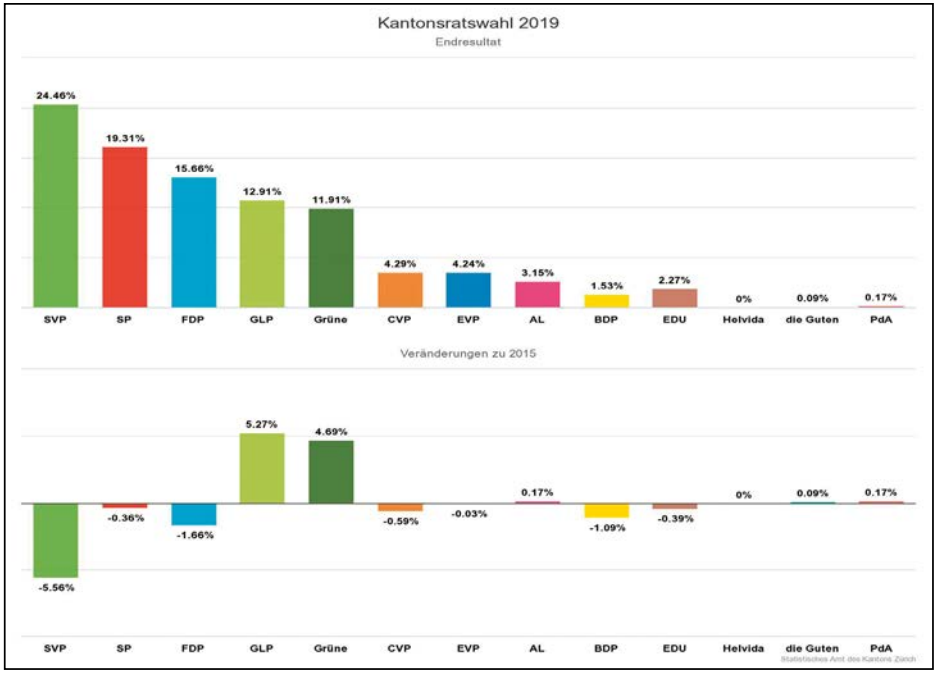
Art Museum

sächlich aus Marmorsand und Leim. Bei einem Besuch des Gemeinderates Peter Fromm, im Jahre 1999, nannte er das Künstlerhaus «Art-Museum». Dieser Name blieb bis zum Schluss. Das Art-Museum war eine kulturelle Begegnungsstätte, ein Gesamtkunstwerk ohne religiöse oder politische Intentionen und ein Erlebnismuseum auf vier Etagen. Rund zehn Monate nach dem Tod der Mutter, entschied sich Isabella von Seckendorff ihr Künstlerhaus zu verlassen. Somit schloss Ende September 2019 das Art-Museum seine Tore. Wir sagen Danke und Adieu, Art Museum.

Kantons- und Regierungsratswahlen

Am 24. März 2019 wählte das Zürcher Stimmvolk ihre neue Regierung. Beim Regierungsrat traten von den Bisherigen insgesamt fünf Magistraten wieder an, nämlich Ernst Stocker (SVP), Carmen Walker Späh (FDP), Silvia Steiner (CVP), Mario Fehr (SP) und Jacqueline Fehr (SP). Thomas Heiniger (FDP) und Markus Kägi (SVP) haben ihren Rücktritt erklärt. In der Vergangenheit war oft der siebte Sitz sehr umkämpft. Bei den letzten beiden Wahlen ging er von der CVP an die Grünen und wieder zurück. Zwei Mal in Folge wurde ein Regierungsrat aus dem Amt gewählt. Nicht so bei diesen Regierungsratswahlen. Die fünf Bisherigen wurden allesamt mit einem sehr guten Resultat wiedergewählt und standen schlussendlich auch auf den ersten fünf Plätzen, was eine Bestätigung der bisherigen guten Regierung bedeutete. Die SVP konnte ihren zweiten Sitz verteidigen. So wurde Natalie Rickli als letzte Kandidatin in den Regierungsrat gewählt.
Neu ist die Grüne mit Martin Neukom in der Regierung vertreten. Dies zulasten der FDP, welche ihren zweiten Sitz entsprechend verlor. Der FDP-Kandidat, Thomas Vogel, erreichte zwar das absolute Mehr, ist aber als Überzähliger ausgeschieden. In Uitikon hingegen kam Thomas Vogel mit insgesamt 677 Stimmen auf den vierten Rang, während Martin Neukom lediglich deren 285 Stimmen erreichte.

Die Wahlen ins Kantonsparlament standen oft im Schatten der Regierungsratswahlen. Nicht so in diesem Frühling, da die bürgerliche Mehrheit bereits im Vorfeld der Wahlen zu fallen drohte. Und so kam es dann auch. Die Kräfteverhältnisse haben sich deutlich verlagert. Die bürgerliche Mehrheit der drei Parteien SVP, FDP und CVP ist gefallen. Sie verlieren zusammen insgesamt 12 Sitze. Bisher konnten sie von den 180 Sitzen insgesamt deren 94 auf sich vereinen. Nach den diesjährigen Wahlen sind es nur 82. Selbst zusammen mit der EDU, welche ebenfalls einen Sitz verliert und auf fünf Sitze kommt, ist die Mehrheit nicht mehr gegeben. Hingegen profitieren die Grünen und die Grünliberalen von der aktuellen Klimadiskussion und gewinnen je neun Sitze dazu. Somit kommt die GLP neu auf 23 und die Grüne auf 22 Sitze.



Im Bezirk Dietikon waren von den 180 Kantonsratssitzen insgesamt 11 zu vergeben. Auch hier verlor die FDP zugunsten der Grünen einen Sitz. In Uitikon sah das Bild nicht viel anders aus. Während die SVP, die SP und die FDP deutliche Wähleranteile abgeben mussten, konnte sich die GLP in Uitikon über einen Anstieg des Wähleranteils von 9,23 % erfreuen.

Endresultate der Gemeinde Uitikon

Liste	Wähleranteil	+/–	Wähler	Stimmen
1 SVP	26.50 %	–3.82 %	309	3'402
2 SP	7.85 %	–1.05 %	92	1'008
3 FDP	33.57 %	–6.50 %	392	4'310
4 GLP	16.64 %	+9.23 %	194	2'136
5 Grüne	4.87 %	+1.49 %	57	625
6 CVP	6.00 %	+1.43 %	70	770
7 EVP	1.09 %	0.00 %	13	140
8 AL	0.97 %	+0.29 %	11	125
9 BDP	0.93 %	–0.62 %	11	120
10 EDU	1.57 %	0.00 %	18	201

Auch wenn die FDP im Bezirk Dietikon einen Sitz verlor und somit nur zwei Sitze besetzen konnte, war aus Üdiker Sicht erfreulich, dass dieser Sitzverlust nicht zulasten des Üdiker Kandidaten, André Müller, ging. André Müller konnte somit seinen Sitz im Kantonsrat verteidigen und nahm seine zweite Amtszeit als Kantonsrat in Angriff.

Neben André Müller stellten sich noch einige weitere Üdikerinnen und Üdiker zur Wahl, welche jedoch leider nicht gewählt wurden. Hier die Ergebnisse der Üdiker Kandidatinnen und Kandidaten:

Kandidat/in	Partei	Stimmen
Müller André	FDP	2'732
Keller-Eggli Yvonne	FDP	2'114
Gunz Rudolf	GLP	1'226
Engelmann Ingo	CVP	964
Martin Elisabeth	Grüne	799
John Thomas	EDU	182
Knopf Daniel	EDU	158

Am selben Urnengang wurde zudem noch eine Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds des Bezirksrates Dietikon für den Rest der Amtsdauer 2017 bis 2021 durchgeführt.
Erfreulicherweise wurde in dieses Amt ein Üdiker gewählt. Der Üdiker CVP-Präsident, Ingo Engelmann, erreichte in Uitikon sensationelle 743 von 904 Stimmen und konnte auch im gesamten Bezirk die meisten Stimmen auf sich vereinen. Somit ist Ingo Engelmann seit diesem Jahr Ersatzmitglied des Bezirksrats Dietikon.

Neues Jugi

Die Räumlichkeiten des ehemaligen Jugendtreffs im Schulhaus Schwerzgrueb mussten einem neuen Kindergarten weichen, welcher aufgrund des rapiden Einwohnerwachstums dringend notwendig war. Dadurch musste sich die Gemeinde nach einem Ersatzstandort umsehen. Rasch wurde man mit dem ehemaligen Schützenstand fündig. Der Schützenstand wurde seit der Einstellung des Schiessbetriebes vom Verein Ümperium genutzt und diente als Kulturplattform und Treffpunkt für junge Üdikerinnen und Üdiker. Der Verein hat seine Tätigkeiten per Ende des letzten Jahres aufgegeben und so konnten die Räumlichkeiten für den Jugendtreff genutzt werden. Nach einem Umbau im Winter 2018/19 konnte der Jugendtreff oder wie es die Jugendlichen nennen das «Jugi» per 1. Februar 2019 durch die Jugendarbeit übernommen werden. Das offizielle Eröffnungsfest fand am 17. Mai 2019 statt und war ein gelungener Anlass. Es musste niemand hungrig nach Hause gehen. Die Jugendlichen haben in liebevoller Arbeit ein umwerfendes Buffet vorbereitet. Der Grill lief auf Hochtouren und viele bekannte und neue Gesichter aus Uitikon haben den Weg ins Jugi auf sich genommen. Auch die Giveaways der Jugendlichen fanden alle ihren Abnehmer.

Sozialvorstand, Sozialbehördemitglied und Jugendarbeiterin bei der Eröffnung

Urnengang vom 19. Mai 2019

Für den Wohlstand unseres Landes sind eine international wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung und eine verlässliche Altersvorsorge zwei wichtige Grundpfeiler. In beiden Bereichen waren Reformen dringend notwendig. Mit der eidgenössischen Vorlage am 19. Mai 2019 wurden diese Reformen angegangen. Bundesrat und Parlament wollten ein wettbewerbsfähiges, international konformes Steuersystem schaffen und einen Beitrag zur Sicherung der AHV-Renten leisten. Dieser Meinung waren wohl auch die

Schweizer Stimmberechtigten. In allen Kantonen wurde das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung gutgeheissen. Uitikon stimmte dieser Vorlage mit 1'140 zu 485 Stimmen bzw. mit über 70 % zu. Auch die zweite eidgenössische Vorlage «Umsetzung einer Änderung der EU-Waffenrichtlinie» wurde genauso klar angenommen.

Neben diesen beiden eidgenössischen Abstimmungen wurden noch zwei kirchliche Vorlagen vorgelegt. Die röm.-kath. Stimmberechtigten durften über einen Kredit für die Sanierung und den Umbau des Pfarrhauses St. Michael in Uitikon abstimmen. Die rund 40 % der Stimmberechtigten, welche diese Abstimmungsmöglichkeit nutzten waren deutlich für das vorgestellte Projekt. Rund ¾ der Stimmenden haben in Uitikon dem Kredit zugestimmt. Über die drei Gemeinden (Aesch-Birmensdorf-Uitikon) gesehen, kamen rund 70,3 % Ja-Stimmen zusammen. Bei den Evang.-Reformierten fanden die Synodalwahlen der Landeskirche statt. Die Stimmbeteiligung lag hier bei knapp 27 %. Für die fünf freien Sitze im Bezirk traten insgesamt sechs Kandidatinnen und Kandidaten an. Alle sechs wurden gewählt, wobei eine Kandidatin als überzählig ausscheiden musste. Die Üdikerin Anita Haid Chaignat erzielte etwas mehr als 2'000 Stimmen und konnte dadurch ihren Sitz verteidigen. Sie gehört somit auch in der Amtsperiode 2019 bis 2023 zur Ev.-ref. Kirchensynode.

Frühlings-Gemeindeversammlung

Im vergangenen Jahr war es vom Wetter aber auch von den Traktanden her ein stürmischer Versammlungsabend der Politischen Gemeinde und der Schulgemeinde. Dieses Jahr sah es etwas gemütlicher aus, zumindest was die Traktanden angeht. Das Wetter war nicht ganz so düster wie im letzten Jahr, doch auch dieses Jahr konnte das Konzert des HCZA, Handharmonika-Club Zürich-Albisrieden, nicht wie geplant auf dem Dorfplatz stattfinden, sondern musste ins Foyer des Üdiker-Huus verlegt werden. Neben den kurzen Traktandenlisten war dies wohl auch ein Grund für den eher spärlichen Besuch des Konzerts und der Versammlungen.

Gemeindeversammlung der Schulgemeinde

Der Versammlungsabend am 28. Mai 2019 wurde durch die Schulgemeinde eröffnet. Anschliessend folgte die Politische Gemeinde. Die Schulgemeinde hatte zwei Traktanden auf dem Programm und diese waren relativ klar. Die Versammlung der Schulgemeinde dauerte eine knappe halbe Stunde.

Abnahme der Jahresrechnung 2018
Die Jahresrechnung 2018 schloss gegenüber einem budgetierten Aufwandüberschuss von rund CHF 360'000 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1.8 Mio. ab. Somit resultierte gegenüber dem Voranschlag ein um über CHF 2.1

Mio. besseres Ergebnis. Das besser als erwartete Resultat basierte insbesondere auf einem rund CHF 2.2 Mio. über den Erwartungen liegenden Gesamtergebnis der Steuern. Dazu hatten die niedrigeren passiven Steuerausscheidungen und die höheren Steuern früherer Jahre beigetragen, aber auch die ordentlichen Steuern des Rechnungsjahres hatten gegen Ende des Jahres den Budgetwert überschritten. Der Gesamtaufwand für die Schule (alle Posten im Bereich «Bildung») lag rund CHF 95'000 über dem Voranschlag, was hauptsächlich auf eine höher als budgetierte Schülerzahl zurückzuführen ist. Aufgrund des positiven Jahresergebnisses erhöhte sich das Eigenkapital der Schulgemeinde per 31. Dezember 2018 von CHF 5.7 Mio. auf CHF 7.5 Mio. Die Jahresrechnung 2018 wurde von den anwesenden 80 Stimmberechtigten wie erwartet diskussionslos und mit grossem Mehr genehmigt.

Genehmigung Gebührenverordnung
Als zweites Geschäft der Schulgemeinde war über den Erlass einer Gebührenverordnung abzustimmen. Mit dem Inkrafttreten des neuen Gemeindegesetzes wurde die Verordnung über die Gebühren der Gemeindebehörden, auf welche sich bislang die meisten Gemeinden stützten, aufgehoben und so mussten die Gemeinden eine eigene Gebührenverordnung erlassen. Die Schulpflege hat den Kreis der Abgabepflichtigen, den Gegenstand der Abgabe sowie die Bemessungsgrundsätze und die einzelnen Gebühren und Abgaben zusammengetragen und in der neuen Gebührenverordnung festgehalten. Bei der Einführung der Gebührenverordnung der Schulgemeinde Uitikon handelte es sich um einen formellen Akt. Materiell wurde die damalige Praxis weitergeführt. Deshalb war auch hier die Abstimmung nur Formsache. Die Stimmberechtigten folgten den Empfehlungen der Schulpflege und der Rechnungsprüfungskommission und nahmen die neue Gebührenverordnung einstimmig ab.

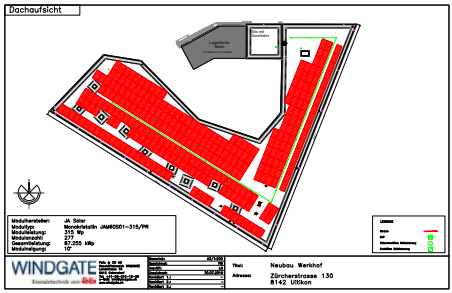
Gemeindeversammlung der Politischen Gemeinde
Auf dem Programm der Gemeindeversammlung der Politischen Gemeinde standen lediglich zwei Traktanden. Immerhin wurde noch eine Anfrage nach § 17 des Gemeindegesetzes eingereicht, sodass die Versammlung doch eine knappe Stunde dauerte.

Abnahme der Jahresrechnung 2018 und verschiedener Bauabrechnungen
Das Ergebnis der Jahresrechnung 2018 der Politischen Gemeinde überraschte und das im positiven Sinne. Die Jahresrechnung der Politischen Gemeinde Uitikon schloss mit einem Ertragsüberschuss von CHF 5.7 Mio. ab, was gegenüber dem Budget ein um CHF 5.4 Mio. besseres Ergebnis darstellte. Von gewissen Seiten könnte es heissen, dass zu pessimistisch budgetiert wurde, doch die Mehreinnahmen waren im Budgetierungszeitpunkt kaum vorhersehbar gewesen. Das Resultat wurde einnahmenseitig durch deutliche Mehr-

einnahmen bei den Steuern geprägt, welche die Vorgabe um insgesamt CHF 5.0 Mio. übertrafen. Die verbleibenden Abweichungen von CHF 0.4 Mio. waren marginal und betrafen den Sektor Gesundheit sowie die Soziale Wohlfahrt. Die Investitionstätigkeit schloss mit netto CHF 5.8 Mio. rund CHF 0.9 Mio. über der Budgetvorgabe von CHF 4.9 Mio. sowie dem langjährigen Durchschnitt der Vorjahre ab. Im steuerfinanzierten Haushalt wurden gut 90 % der geplanten Investitionen umgesetzt. Das Eigenkapital erhöhte sich von rund CHF 29.9 Mio. auf CHF 35.6 Mio. Kein Wunder, dass bei diesem positiven Resultat sowohl der Gemeinderat wie auch die Rechnungsprüfungskommission die Abnahme beantragten. So wurde die Jahresrechnung 2018 auch diskussionslos ohne Gegenstimme genehmigt. Neben der Jahresrechnung wurden auch die Bauabrechnung über den Ausbau der Sportanlagen Sürenloh «Initiative Cincera», der Investitionsbeitrag an den Tennisclub zwecks Werterhalt seiner Infrastrukturen sowie die Bauabrechnung über den Umbau des Reservoirs Chapf in ein Quellwasserpumpwerk abgenommen.

Sauberer Strom vom Dach des Werkhofes

Solarzellen wandeln Sonnenstrahlung in elektrische Energie um – ohne Abfall, Lärm und Abgase. Diesen sauberen Strom produziert die Gemeinde nun auch auf dem Werkhofgebäude. Im 2018 wurde der neue Werkhof beim Massnahmenzentrum bezogen und in



Betrieb gesetzt. Bei Umweltthemen hat die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion. Um den ökologischen Fussabdruck der Gemeinde zu verringern und aus Gründen der Nachhaltigkeit fördert der Gemeinderat die Idee einer Photovoltaikanlage. So dachte man sich, das neue Werkhofgebäude mit eben einer solchen Photovoltaikanlage auszurüsten und damit etwas Gutes für die Umwelt zu tun. Der Gemeindeversammlung wurde ein Kredit von CHF 110'000 beantragt. Die Rechnungsprüfungskommission hat dieses Projekt geprüft und der Gemeindeversammlung die Zustimmung empfohlen. Dieser Empfehlung sind die anwesenden 84 Stimmberechtigten auch gefolgt. Einzig Verständnisfragen zur Anlage mussten beantwortet werden. Ansonsten war rasch klar, dass der Antrag mit grossem Mehr bzw. mit lediglich einer Gegenstimme angenommen wird.

Anfrage betr. Bahnzugang
Neben den beiden ordentlich auf der Traktandenliste stehenden Geschäften wurde zudem noch von einem Einwohner eine Anfrage gemäss § 17 Gemeindegesetz eingereicht. Darin ging es um den Zugang zum Bahnhof Uitikon, für welchen heute mehrheitlich der Weg über ein Privatgrundstück genutzt wird. Mit der geplanten Verschiebung des Bahnhofs aufgrund der Behindertengerechtigkeit wird der Weg zur Einsteigezone verlängert. Die Antwort auf diese Anfrage wurde an der Gemeindeversammlung durch den Gemeindeschreiber vorgelesen und einzelne Fragen durch den Tiefbauvorstand beantwortet. Der Gemeinderat wird sich nach wie vor um einen guten Zugang zum Bahnhof bemühen.

Gemeindeversammlungen der Kirchgemeinden

Ausnahmsweise interessanter als die Gemeindeversammlungen der Schulgemeinde und der Politischen Gemeinde waren diesen Frühling die Versammlungen der beiden Kirchen.
Während bei der Ev.-ref. Kirchgemeinde neben der Jahresrechnung 2018 – welche ebenfalls aufgrund der Steuereinnahmen deutlich positiver abschloss – noch die Kündigung der Lohnkostenbeteiligungs-Vereinbarung Jugendarbeit den Stimmberechtigten vorgelegt wurde, hatten die röm-kath. Stimmberechtigten gleich über vier Anträge zu beschliessen. An der ev.-ref. Kirchgemeindeversammlung konnten 25 Stimmberechtigte gezählt werden, welche die beiden Traktanden gutgeheissen haben. Somit wird sich die Ev.-ref. Kirche ab dem nächsten Jahr nicht mehr an den Lohnkosten der Jugendarbeit beteiligen.

Die Röm.-kath. Kirche Aesch-Birmensdorf-Uitikon kam bei der Jahresrechnung 2018 erneut dem budgetierten Ergebnis sehr nahe, wobei ebenfalls etwas besser als geplant. Die Jahresrechnung zeigte einen Ertragsüberschuss von CHF 293'000 anstatt den budgetierten CHF 270'000. Die Jahresrechnung 2018 wurde auch bei der Röm.-kath. Kirche ohne grosse Diskussion abgenommen.

Neben diesem jährlich wiederkehrenden und obligatorischen Traktandum, hatten die anwesenden 25 Stimmberechtigten noch über eine Revision der Kirchgemeindeordnung sowie die Anpassung der Vergütung der Kirchenpflege zu beschliessen und die Kreditabrechnung der Asphaltsanierung Birmensdorf abzunehmen. Die beiden letztgenannten Anträge wurden genehmigt, die Revision der Kirchgemeindeordnung wurde hingegen nach einer Diskussion während der Versammlung von der Kirchenpflege zur Überarbeitung zurückgezogen.

60 Jahre Tennisclub Uitikon

Eigentlich begann alles schon vor über 70 Jahren. Im Mai 1946 entstand in Uitikon der Tennisclub Waldegg auf dem Gelände zwischen der Neuhaus-

strasse und der Bahnlinie der Üetlibergbahn. Als Einwohner von Uitikon wollte Hansueli Müller im Tennisclub Hakoah Tennisspielen lernen. Aber da er im jüdischen Club Hakoah nicht eintreten konnte, gründete er kurz entschlossen den Tennisclub Waldegg. Er mietete einen der beiden leerstehenden Plätze und fand geeignete Tennislehrer. Innert kürzester Zeit fanden sich junge Studenten, aber auch ältere Semester, alles Anfänger, zu einer begeisterten Sportgruppe zusammen. Der Tennisclub Waldegg trat dem Tennisverband bei und bald konnte der Tennisclub an den Interclubmeisterschaften teilnehmen. Als dann nach einigen Jahren das ganze Gelände mit den Tennisplätzen verkauft wurde, fand man mit Hilfe der Gemeinde den heutigen Standort. 1959 erwarb die Gemeinde rund 3'600 Quadratmeter Land im Sürenloh. Ein einfaches Clubhaus samt Restaurant mit vier Tennisplätzen wurde gebaut. Damit war die Geburt des Tennisclubs Uitikon gegeben. Sechzig Jahre später zählt der Tennisclub über 400 Mitglieder, davon knapp 200 Aktive und über 160 Juniorinnen und Junioren. Sorgen um Nachwuchs gibt es beim Tennisclub Uitikon zurzeit nicht. Insgesamt 12 Teams nehmen an Interclubmeisterschaften teil. Selbst veranstaltet der TCU ebenfalls Clubmeisterschaften und Plauschturniere bei einer immer sehr guten Clubatmosphäre. Weiter wurde die Tennisanlage selber in den vergangenen Jahren ausgebaut. Heute bestehen insgesamt sechs Tennisplätze, zwei können dank der Errichtung einer Lufthalle im 2018 sogar im Winter bespielt werden. Dieser Ballon ist für den TC Uitikon eine wichtige Ergänzung, vor allem für die Jugendarbeit. Man muss im Winter nicht mehr woanders trainieren und weite Wege auf sich nehmen. Ebenfalls konnte dieses Jahr auch die Beleuchtung verbessert werden. Neu können alle sechs Plätze auch bei Dunkelheit bespielt werden. Weitere Investitionen soll es auch in Zukunft geben, zum Beispiel soll das Clubhaus modernisiert werden. Der Tennisclub

kann somit auf eine erfolgreiche Vergangenheit zurückblicken, hat aber auch grosse Ziele für die Zukunft. Am letzten Juniwochenende 2019 feierte der Tennisclub Uitikon, unter der Anwesenheit seines Gründervaters Hansueli Müller und rund 170 anwesenden Gästen, sein 60-jähriges Bestehen. An diesem Samstag war im TCU viel los, 19½ Stunden Festbetrieb und das Wetter hat auch mitgespielt. Der Kids-Event am Morgen für fünf bis 15-Jährige, diverse Schnupperkurse für die Erwachsenen, ein sensationelles Show-Doppel der vier besten Üdiker, welches erst mit 11:9 im Championstiebreak entschieden wurde und viele spektakuläre Ballwechsel brachte. Abgerundet wurde das Ganze mit dem festlichen Abendprogramm und später mit Capi-Bar und DJ Dr. Love Tanz bis vier Uhr morgens.

Ränn de Üetliberg

Nach dem äusserst erfolgreichen Start im vergangenen Jahr, fand am 6. Juli 2019 die zweite Austragung des «Ränn de Üetliberg» statt. Die im vergangenen Jahr erreichte Teilnehmerzahl konnte dieses Jahr nicht geknackt werden, doch dies war angesichts des Gewitters und des am gleichen Wochenende stattfindenden Züri-Fäschts kein Wunder. Kurz vor Anlassbeginn zogen schwarze Wolken und ein stürmischer Wind auf. Die bereits vorbereiteten Essens- und Infostände wurden in Mitleidenschaft gezogen. Es fanden Überlegungen statt, den «Piccolo-Lauf»

abzusagen. Doch rasch besserte sich das Wetter. Dank den rund 60 Helferinnen und Helfern stand nach dem Gewitter schnell wieder alles bereit, sodass das Programm planmässig durchgeführt werden konnte. Trotz diesen erschwerten Bedingungen konnte auch dieses Jahr eine beachtliche Zahl an Teilnehmerinnen und Teilnehmern verzeichnet werden. Insgesamt nahmen an den Läufen 486 Läuferinnen und Läufer mit Jahrgängen zwischen 1937 und 2006 teil, welche sich in fünf Disziplinen massen. Kinder nahmen am «Piccolo-Lauf» über einen Kilometer oder am «Kidsrun» über zwei Kilometer teil. Zudem gab es die Fünf-Kilometer-Distanz in den Kategorien «Run4Fun» und «Walking». Die stärksten konnten sich beim «Top of Zurich Run» beweisen. Der schnellste Läufer brachte diese Strecke in 40 Minuten und 35 Sekunden hinter sich. Aufgrund des auch im zweiten Jahr sehr erfolgreichen Anlasses, wird der «Ränn de Üetliberg» für das kommende Jahr in das Programm des ZKB Züri Lauf Cup aufgenommen. Somit ist auch im nächsten Jahr ein guter Anlass mit einer grossen Zahl an Läuferinnen und Läufern garantiert.

Bundesfeier – Die Schweiz ein glückliches Land

Der Sommer im vergangenen Jahr war extrem trocken. Sodass während der 1. Augustfeier ein Feuerverbot herrschte. Der Sommer 2019 war ebenfalls viel zu warm, auf den Bergen war es nach dem Jahrhundertsommer 2003 der zweitwärmste Sommer überhaupt. Glücklicherweise lagen die Niederschläge in diesem Sommer an vielen Orten im Bereich der Norm. Dadurch musste von den kantonalen Behörden oder vom Gemeinderat kein Feuerverbot ausgesprochen werden. Ein Höhenfeuer auf der Allmend gab es aber trotzdem nicht. Da der frühere Vereinsraum des Vereins Ümperium zu einem Jugendtreff umgebaut wurde und der Verein per 2018 sein Ende bekannt gab, wurde auf der Allmend auch keine Festwirtschaft geführt und ein Höhenfeuer ohne eine Festwirtschaft in der Nähe, machte keinen Sinn.

Die eigentliche Bundesfeier der Gemeinde Uitikon findet ja sowieso immer mittags statt. So fand sich erneut eine grosse Zahl an Besucherinnen und Besuchern auf dem Hof der Familie Bosshard in Ringlikon bei wunderschönem Wetter ein.

Wie üblich begrüsste um 11.00 Uhr der Gemeindepräsident die Festgemeinde. Wenige Minuten später trat der Festreferent FDP-Kantonsrat Thomas Vogel ans Rednerpult.

«Für mich ist der 1. August ein Tag, an dem wir uns vor allem über den guten Zustand des Landes freuen dürfen.» eröffnete Thomas Vogel. So verzichtete er zunächst auf Hinweise zum Rütlischwur, zur Willensnation oder zu verschiedenen Baustellen der Politik. Vielmehr lobte er unsere tiefen Steuern, die

tiefe Arbeitslosigkeit, die hohe Sicherheit und unser Bildungswesen und natürlich die Schönheit unserer Berge und generell unseres Landes. Mit Verweisen wie zum Beispiel auf die wochenlange Suche nach einem Kaiman im Hallwylersee, die «Bösen» im Sägemehl, die Liebe zu Basel aufgrund der Zürcher Freude über den verpassten Meistertitel, die gelben Wanderwegweiser welche zur DNA unseres Landes gehören und die Rettung einer Kuh durch die Rega, brachte Thomas Vogel die Anwesenden immer wieder zum Schmunzeln. Weiter berichtete er über die Einfachheit und die grosse Sicherheit unseres Landes. Selber hatte er Erfahrungen gemacht bei welchen zum Beispiel der Gesamtbundesrat am Tisch nebenan zu Mittag ass oder der Bundespräsident ganz alleine neben einem am Schwingfest sass und sogar seine Windjacke wegnahm, damit andere Platz fanden. Wo gibt's denn so was?

«Dies sind die Schokoladenseiten unseres Landes. Kleine Fragmente, die gesamthaft die Befindlichkeit unseres Landes ausmachen. Und zur Erkenntnis führen, dass es uns hier, bei allem berechtigten Geklöne, doch eigentlich extrem gut geht.» Der Gestik nach zu urteilen, stimmten wohl einige der Anwesenden dem Festredner zu.

Thomas Vogel hatte an diesem Tag vor allem zwei Wünsche anzubringen. «Halten wir den Kompromiss hoch! Denn als Politiker erfüllt mich eines besonders mit Stolz: unser raffiniertes,

Referent, Thomas Vogel, Kantonsrat FDP

geradezu geniales politisches System. Dieses baut darauf, dass man sich zusammenraufen muss, eine Lösung für ein Problem finden muss, indem alle massgebenden Kräfte in die Lösungsfindung miteinbezogen werden. Aber dieses System funktioniert nur, wenn wir es weiterhin schaffen, aufeinander zuzugehen.», berichtete Thomas Vogel. Die Forderung des «Aufeinander zugehen» hatten wir doch bereits auch an der letztjährigen Bundesfeier. Damals berichtete Gemeinderat, Patrik Wolf, über die Integration. Das «Aufeinander zugehen» muss wohl das schweizerische Erfolgskonzept schlechthin sein, so sieht es zumindest der Festredner.

Und dann kam Thomas Vogel doch noch auf den Rütlischwur zu sprechen, der seines Erachtens der erste schweizerische Kompromiss war. Es war ein sogenannter Abschluss eines Landfriedens, bei welchem alle Seiten bereit

waren, gewisse territoriale Abstriche zu machen. Unser schönes Land konnte damit über Jahrhunderte hinweg gedeihen. Eine klare Meinung zu haben, und die Bereitschaft, einen Kompromiss zu schliessen, stünden überhaupt nicht in einem Widerspruch zueinander, so der Festredner. «Nur wer genau weiss, was er im Maximalfall möchte, kann einen sinnvollen Kompromiss eingehen, um das unter den gegebenen Umständen Optimalste zu erzielen.» Der Kompromiss erhält immer mehr an Bedeutung, vor allem aufgrund des enormen Bevölkerungswachstums. «Meine Freiheit hört dort auf, wo diejenige des Nächsten anfängt. Und diejenige des Nächsten fängt heute eben eher an als früher. Wir fühlen uns heute schneller gestört – und wollen dem entgegentreten.» meint Thomas Vogel. So kam er den auch zu seinem zweiten Wunsch und zum Schluss seiner Festrede: «Lassen wir es nicht zu, dass wir engstirniger und intoleranter werden. Bleiben wir positiv, optimistisch, konstruktiv und offen. Dann wird es so gut bleiben wie es das bisher gewesen ist.»

Sehr gut haben wir es tatsächlich in der Schweiz. Das sahen auch die über 200 Besucherinnen und Besucher der Bundesfeier ebenso. Der Festredner erhielt aufgrund seiner frisch vorgetragenen und lockeren, aber doch treffenden Festrede einen grossen Applaus. Die Feststimmung war wie in den Vorjahren ausgezeichnet. Die Festwirtschaft wurde erneut durch den Feuerwehrverein organisiert und die traditionell einfache Verpflegung mit feinen Desserts, Meringues mit Schlagrahm, verfeinert.

40 Jahre Sternwarte Uitikon

Uitikon ist die einzige politische Gemeinde mit einer eigenen Sternwarte und dies seit nun bereits 40 Jahren. Die Üdiker Sternwarte liegt an einem idealen Standort, an erhöhter Lage auf der Allmend, abgeschirmt, und mit wenig Lichtimmissionen. Verschiedene Planeten, Meteorströme, Gaswolken, ferne Galaxien und vieles mehr kann an diesem schönen Ort bestaunt werden. Möglich gemacht hat dies Hans Baumann. 1976 entschied sich Hans Baumann, sein gesamtes astronomisches Instrumentarium der Gemeinde zu vermachen. Daraufhin wurde eine Stiftung gegründet und 1977 der Gemeindeversammlung ein Kreditantrag für den Bau des Sternwartegebäudes vorgelegt. Nur zwei Jahre später am 15. September 1979 konnte die Sternwarte im Beisein ihres Stifters und einer grossen Festgemeinde eingeweiht werden. Während der Bauphase hatte man mit verschiedenen Schwierigkeiten zu kämpfen, vor allem war der Baugrund für eine Sternwarte nicht ideal. Beim Ausheben der Baugrube stiess man erst in einer Tiefe von über zwei Metern auf gewachsenen Untergrund. So war es keine Überraschung, dass die Kreditabrechnung Mehrkosten von 66'000 Franken auswies. Dieser Nachtragskredit wurde jedoch von der Gemeindeversammlung diskussionslos genehmigt. Nun 40 Jahre später ist von den Startschwierigkeiten nichts mehr zu spüren. Seither haben Tausende Besucherinnen und Besucher jeden Alters staunend den Nachthimmel und die

Sonne beobachtet. Am 14. September 2019 feierte die Stiftung das 40-jährige Bestehen der Sternwarte gefeiert. Die Sternwarte wurde an diesem schönen Samstag für die Öffentlichkeit geöffnet.

Neues Bistro Im Spilhöfler

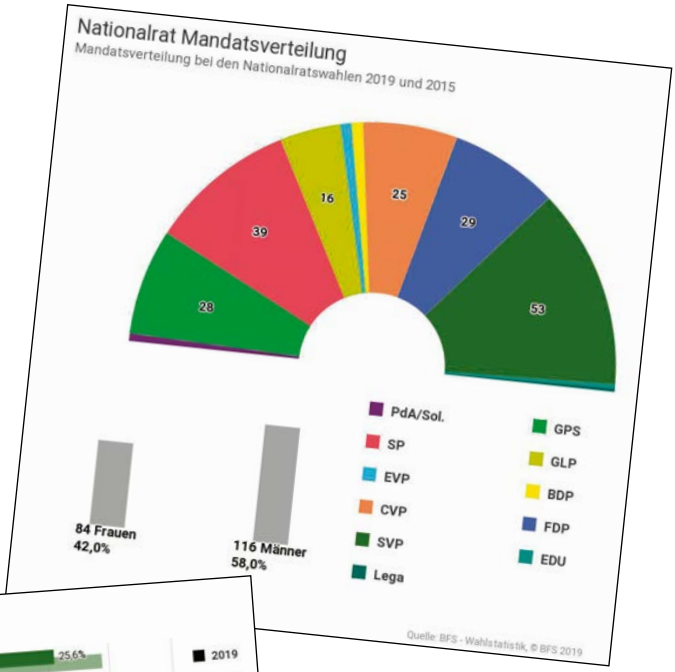
«Heller, grösser, schöner und in grünen sowie blauen Pastellfarben gehalten: So präsentiert sich das neue Bistro im Spilhöfler in Uitikon. Die weissen Lampen an der Decke erinnern an vorbeiziehende Wolken.», schrieb die Limmattaler Zeitung nach der Neueröffnung des Bistros. Das Bistro im Spilhöfler war schon immer ein guter Treffpunkt für Üdikerinnen und Üdiker aber auch für Auswärtige. Doch früher war es klein und vor allem die Küche für die Versorgung des gesamten Pflegezentrums und des Restaurants nicht geeignet. Deshalb hat die Genossenschaft im letzten Jahr entschieden, einen Neubau vorzunehmen. Ein knappes Jahr später präsentiert sich das Bistro in neuem Glanz. Es gibt zusätzliche Sitzgelegenheiten, die Küche ist grösser und allgemein die Atmosphäre angenehmer. Dies zieht auch neue Kunden an. Die offizielle Eröffnungsfeier des Bistros fand am 10. Oktober 2019 statt. Sämtliche Anwesenden waren von den neuen Räumlichkeiten begeistert.

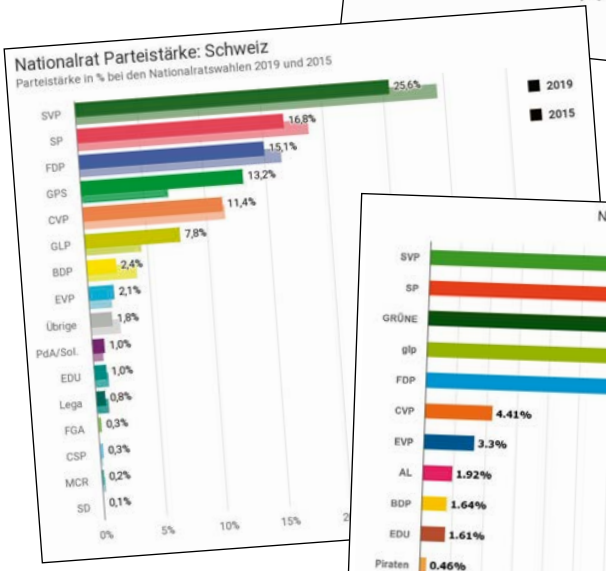
Foto: Cynthia Mira, Limmattaler Zeitung vom 11. Oktober 2019

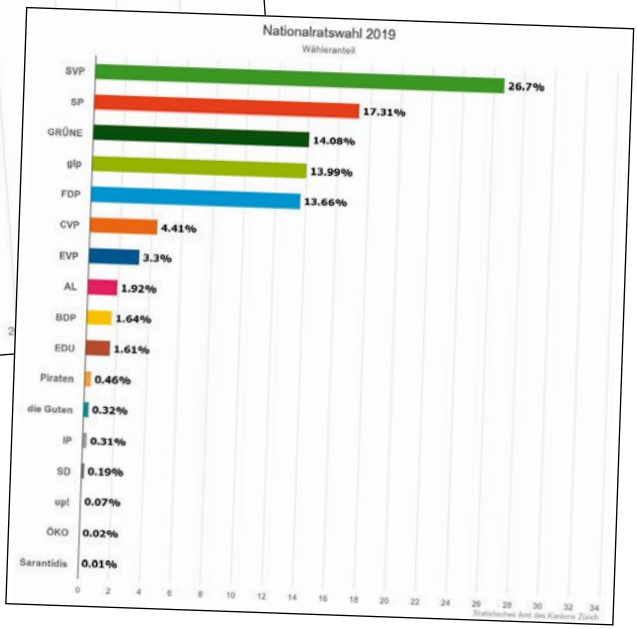
Historische National- und Ständeratswahlen

Das Thema «Klimawandel» ist in aller Munde. Weltweit finden Klimastreiks statt. Täglich gibt es neue Berichte zur Klimaerwärmung. So verwundert es nicht, dass die NZZ die diesjährigen Nationalratswahlen als «Klimawahl» ankündigt. Und die grossen Diskussionen um das Klima hatten tatsächlich historische Auswirkungen auf die National- und Ständeratswahlen. Die diesjährigen Wahlen bringen für Schweizer Verhältnisse massive Verschiebungen in der Parteilandschaft. Die Farbe Grün dominiert. Die Grünen (GPS) wie auch die Grünliberalen (GLP) erlebten einen unglaublichen Wahlsonntag. Die Grünen legen 6,1 Prozentpunkte zu und können ihre Sitzzahl mehr als verdoppeln. Sie erhalten 17 neue Mandate und stellen neu insgesamt 28 Nationalrätinnen und Nationalräte. Damit überholt die GPS die CVP und ist neu die viertstärkste Partei der Schweiz. Dies ist ein historisches Resultat, welches in den vergangenen hundert Jahren nur noch 1999 von der SVP getoppt werden konnte. Damals gewann die SVP 7,7 Prozentpunkte.

Ein ähnlich gutes Resultat fuhr die GLP ein. Sie gewannen 3,2 Prozentpunkte des Wähleranteils und somit 9 zusätzliche Sitze. Die GLP stellt ab diesem Jahr somit 16 Mandatsträger. Deutliche Wahlverlierer sind die SP und die SVP. Für beide war es kein guter Wahlsonntag. Die SVP verlor 3,8 Prozentpunkte des Wähleranteils und somit 12 Sitze im Nationalrat. Ein Sitzverlust der SVP war bereits vor den Wahlen zu erwarten gewesen, doch das Ausmass überraschte. Die Sozialdemokraten (SP) fuhren mit einem Wähleranteil von 16,8 Prozentpunkten ihr schlechtestes Ergebnis seit hundert Jahren ein. Sie verlieren vier Sitze und können nur noch 25 Nationalrätinnen und 14 Nationalräte nach Bern entsenden. Nichts zu lachen hatte auch die FDP. Die Freisinnigen verloren 1,3 Prozentpunkte des Wähleranteils und ebenfalls vier Sitze.


Nationalrat Mandatsverteilung
Mandatsverteilung bei den Nationalratswahlen 2019 und 2015
39
16
25
29
28
53
84 Frauen
42,0%
116 Männer
58,0%
PdA/Sol.
SP
EVP
CVP
SVP
Lega
GPS
GLP
BDP
FDP
EDU
Quelle: BFS - Wahlstatistik, © BFS 2019


Nationalrat Parteistärke: Schweiz
Parteistärke in % bei den Nationalratswahlen 2019 und 2015
2019
2015
SVP 25,6%
SP 16,8%
FDP 15,1%
GPS 13,2%
CVP 11,4%
GLP 7,8%
BDP 2,4%
EVP 2,1%
Übrige 1,8%
PdA/Sol. 1,0%
EDU 1,0%
Lega 0,8%
FGA 0,3%
CSP 0,3%
MCR 0,2%
SD 0,1%
0%
5%
10%
15%


Nationalratswahl 2019
Wähleranteil
SVP 26.7%
SP 17.31%
GRÜNE 14.08%
glp 13.99%
FDP 13.66%
CVP 4.41%
EVP 3.3%
AL 1.92%
BDP 1.64%
EDU 1.61%
Piraten 0.46%
die Guten 0.32%
lP 0.31%
SD 0.19%
upl 0.07%
ÖKO 0.02%
Sarantidis 0.01%
0
2
4
6
8
10
12
14
16
18
20
22
24
26
28
30
32
34

Was bei den diesjährigen Nationalratswahlen besonders auffiel, ist, dass der Frauenanteil deutlich zugenommen hat. Im 2015 betrug dieser noch 32 Prozent. Für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Männern und Frauen genügte es zwar nicht, doch der Frauenanteil stieg um satte zehn Prozentpunkte und kommt neu bei 42 % zu liegen.

Im Kanton Zürich fiel die Wahl ähnlich aus, wobei hier die Grünen wie auch die GLP die bisherige drittstärkste Partei FDP knapp überholten. Für den Kanton Zürich stellt die SVP 10, die SP 7, die GLP 6, die Grüne und die FDP je 5 sowie die CVP und die EVP je einen Sitz.

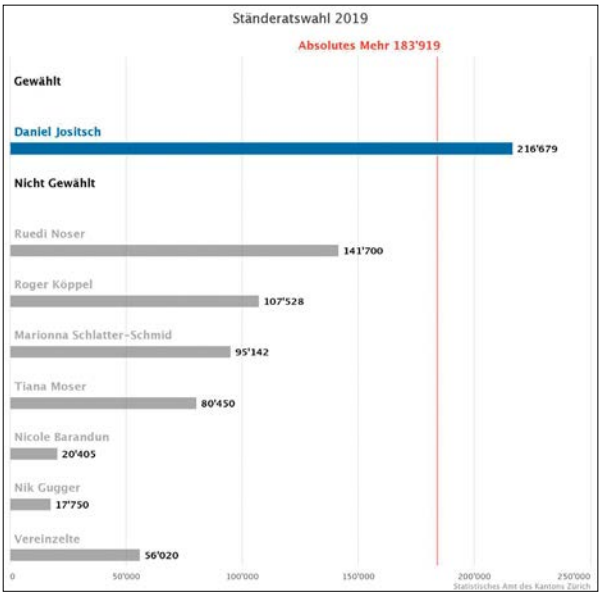
In Uitikon bleibt aber die FDP nach wie vor die stärkste Partei, obwohl auch hier ein Rückgang von knapp 2 Prozentpunkten hingenommen werden musste. Die FDP kam neu auf einen Wähleranteil von insgesamt 29,7 %, dicht gefolgt von der SVP mit 26,7 %. Deutliche Wahlsiegerin in Uitikon war die GLP, welche rund 6,7 Prozentpunkte zulegen und neu mit 14,8 % die drittstärkste Partei in Uitikon bildet. Die Grünen kommen auf 7,7 %, die SP auf 6,7 % und die CVP auf 4,5 %.

Auch Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aus Uitikon kandidierten als Mitglied des Nationalrats. Die nachstehende Auflistung zeigt die erreichten Stimmenzahlen in Uitikon sowie der gesamten Wahlen:

Kandidat/in	Stimmen in Uitikon	Stimmen gesamt
Keller Ursula, FDP, Liste 3	582	51'764
Lüchinger-Larcher Elisabeth, CSV, Liste 20	6	721
Müller André, FDP, Liste 3	684	49'526
Zaruba Fabian, Junge SVP, Liste 32	17	1'104

Zu einer Wahl hat es keiner Kandidatin oder keinem Kandidaten gereicht.

Die Ständeratswahlen waren ebenfalls interessant. Für die zwei Sitze im Kanton Zürich stellten sich sieben Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl, das absolute Mehr erreichte aber nur einer. Daniel Jositsch konnte insgesamt 216'679 Stimmen auf sich vereinen und wurde damit deutlich gewählt. Er tritt somit seine zweite Amtszeit als Ständerat an. Den übrigen Kandidatinnen und Kandidaten gelang es nicht, das geforderte absolute Mehr von knapp 184'000 Stimmen zu erreichen. Damit musste ein zweiter Wahlgang her, welcher auf den 17. November 2019 angesetzt wurde.



In Uitikon sah das Bild leicht anders aus. Hier führte der FDP-Kandidat, Ruedi Noser, die Rangliste mit 812 Stimmen an. Gefolgt von Daniel Jositsch mit 772 Stimmen. Roger Köppel, SVP, kam mit 498 Stimmen ebenfalls aufs Üdiker Treppchen.

Für die Auswertung aller Ergebnisse der grössten Schweizer Wahlen, war ein Aufgebot des gesamten Wahlbüros sowie einiger Angestellten notwendig. Die rund 30 erschienenen Helferinnen und Helfer zeigten grossen Einsatz, sodass die Resultate bereits zwischen 14.00 und 15.00 Uhr bekannt gewesen waren.

Urnengänge vom 1. September und 17. November 2019

Mit den Kantons- und Regierungsratswahlen sowie den National- und Ständeratswahlen war der diesjährige Wahl- und Abstimmungskalender ordentlich gefüllt. Aus diesem Grund wurde wohl im zweiten Halbjahr auf einige kantonale und eidgenössische Abstimmungen verzichtet bzw. diese wurden aufgeschoben. So kam am 1. September 2019 lediglich das Steuergesetz an die Urne. Mit der Steuervorlage 17 setzte der Kanton Zürich die Vorgaben des Bundesgesetzes über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) in seinem kantonalen Steuergesetz um. Die Stimmberechtigten nahmen diese Vorlage mit einem JA-Anteil von knapp 56 % an. Auch in Uitikon wurde das neue Steuergesetz angenommen, wobei hier das Ergebnis deutlicher ausfiel. Die Üdiker Stimmbevölkerung sagte mit 75 % Ja zur Steuerreform.

Für den 17. November 2019 setzte der Regierungsrat keine Abstimmungen an. Da aber am 20. Oktober 2019 lediglich der SP-Kandidat, Daniel Jositsch, jubeln durfte, musste an diesem eidg. Abstimmungssonntag der zweite Wahlgang des Ständerates durchgeführt werden. Nach dem Rückzug mehrerer Kandidaten, unter anderem auch des SVP-Topkandidaten Roger Köppel, blieben nur noch zwei übrig. Marionna Schlatter (GP) wollte Ruedi Noser (FDP) den Sitz im Stöckli streitig machen. Die Präsidentin der Zürcher Grünen erhielt im ersten Wahlgang überraschend am viertmeisten Stimmen (hinter Jositsch, Noser und Köppel). So konnte sie sich doch gute Chancen auf einen Einzug in den Ständerat ausrechnen. Doch der Bisherige, Ruedi Noser, wusste dagegenzuhalten. Anders als bei den bisherigen Wahlen in diesem Jahr, konnte die FDP ihren Sitz im Stöckli verteidigen. Ruedi Noser wurde mit 185'276 Stimmen wiedergewählt und kann somit sein Amt in Bern weiter fortsetzen. Marionna Schlatter erreichte mit 116'594 Stimmen ein gutes Resultat. In Uitikon erhielt Ruedi Noser 1'063 Stimmen, während für Marionna Schlatter-Schmid 276 Stimmen gezählt wurden.

Neben dem zweiten Wahlgang des Ständerates, gab es noch über eine Ab-

stimmung auf Bezirksebene zu befinden. Die Zweckverbände müssen aufgrund des neuen Gemeindegesetzes ihre Statuten revidieren. Dies hat die Zürcher Planungsgruppe Limmattal ZPL getan und ihre neuen Statuten den Stimmberechtigten am 17. November 2019 vorgelegt. Die Statutenänderungen der ZPL waren vorwiegend formeller Natur. Inhaltlich relevante Änderungen betrafen die Vergrösserung des Vorstandes inkl. Anpassung des Kostenteilers sowie die Erweiterung des Verbandszweckes, welcher neu auch Aufgaben der Standortförderung umfassen kann. Die Üdiker Stimmbevölkerung wie auch die der anderen Gemeinden stimmten dieser Statutenänderung zu, sodass sie per 1. Januar 2020 in Kraft treten können.

Welcome-Evening

Die Entwicklung der Gemeinde schreitet rasch voran. Dies konnte der Gemeinderat vor allem am Einwohnerzuwachs feststellen. Damit sich Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger möglichst schnell heimisch fühlen, veranstaltet der Gemeinderat für diesen Personenkreis jährlich einen Welcome-Evening. Aufgrund der grossen Anzahl an Neuzugezogenen musste in diesem Jahr jedoch das Programm angepasst werden. Vom Oktober 2018 bis September 2019 haben sich knapp 600 neue Einwohnerinnen und Einwohner in

Begrüssung durch Gemeindepräsident, Chris Linder

Uitikon angemeldet. Dies ist fast eine Verdopplung der letzten Jahre. Daher wurde das Konzept für den Welcome-Evening überdacht. Neu wurde den Neuzugezogenen im grossen und kleinen Saal des Üdiker-Huus ein Apéro riche offeriert, während sich die Vereine, Parteien und weitere Organisationen vorstellen konnten. Von der Bibliothek über die Feuerwehr zu den Sportvereinen und den politischen Parteien, etc. waren alle Organisationen vertreten. So konnte jeder und jede ein passendes Angebot für sich finden. Dies wurde dann auch rege genutzt. Der Saal war mit rund 220 Personen gut gefüllt und an den Ständen der einzelnen Organisationen fanden über den gesamten Abend gute und anregende Diskussionen statt. Das Echo und die Rückmeldungen der Teilnehmenden waren äusserst positiv.

Projekt Einheitsgemeinde

Der Begriff «Einheitsgemeinde» schwirrt seit Jahren im Dorf umher. Von vielen Seiten hörte man die Forderungen nach einer Fusion der Schulgemeinde und der Politischen Gemeinde. Konkrete Handlungen oder Anstrengungen von Seiten der Bevölkerung die Einheitsgemeinde zu erreichen blieben bis vor Kurzem aber aus. Der Gemeinderat hatte zwar bereits im 2018 eine Einheitsgemeinde als Ziel formuliert, doch die Umsetzung konnte der Gemeinderat nicht von alleine vornehmen, sondern war auf die Mitarbeit der Schule angewiesen. Nun müssen sich aber die beiden Behörden (Schulpflege und Gemeinderat) mit diesem Thema enger befassen. Prof. Dr. Josef Steppacher reichte bei beiden Behörden am 20. Oktober 2019 eine Einzelinitiative über die Auflösung der Schulgemeinde und Übernahme der Schulaufgaben durch

die Politische Gemeinde Uitikon, somit Bildung einer Einheitsgemeinde, ein. Der Gemeinderat wie auch die Schulpflege haben diese Initiative als gültig erklärt und den Abstimmungstermin für die Erheblicherklärung der Initiative auf den 9. Februar 2020 gesetzt. Somit wird auch das nächste Jahr äusserst spannend werden. Sollten die Stimmberechtigten im nächsten Jahr der Erheblicherklärung zustimmen, müssen beide Behörden gemeinsam eine neue Gemeindeordnung ausarbeiten und den Stimmberechtigten zur Abstimmung vorlegen.

Herbst-Gemeindeversammlung

Die Traktandenlisten der Herbst-Gemeindeversammlungen waren nicht sehr lang, aber ziemlich interessant und wegweisend für die Zukunft. Aufgrund dieser Traktanden kam auch eine etwas grössere Zahl an Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zu den beiden Gemeindeversammlungen der Politischen Gemeinde und der Schulgemeinde als üblich. Insgesamt wurden 150 Stimmberechtigte an diesem Versammlungsabend vom 26. November 2019 gezählt. Die Versammlung wurde durch die Poltische Gemeinde eröffnet.

Die Politische Gemeinde legte den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern das obligatorische Budget, einen Kreditantrag für die Projektierung einer Teilsanierung des Üdiker-Huus und die Umnutzung des alten Werkhofs sowie eine Teilrevision der Dienst- und Besoldungsverordnung vor. Zudem wurde dem Gemeinderat eine Anfrage nach § 17 Gemeindegesetz eingereicht.

Gemeindeversammlung der Politischen Gemeinde

Steuerfuss wird erneut gesenkt

An der letztjährigen Budget-Gemeindeversammlung wurde der Steuerfuss der Politischen Gemeinde um drei Prozentpunkte gesenkt, sodass nach der gleichzeitigen Erhöhung des Steuerfusses der Schulgemeinde von zwei Prozentpunkten, der Gesamtsteuerfuss auf 82 % zu liegen kam. Damit gehörte die Gemeinde Uitikon bereits zu den Top Ten Gemeinden im Kanton Zürich. Auf das nächste Jahr wird der Steuerfuss aber nochmals um weitere zwei Prozentpunkte gesenkt. Trotz sehr vielen und im Vergleich zu den Vorjahren ausserordentlich hohen Investitionen für die nächsten Jahre, wurde diese Steuerfusssenkung durch den Gemeinderat beantragt. Die in den nächsten Jahren geplanten Aufwandüberschüsse werden durch Entnahmen aus den im 2018 durch ausserordentliche Grundsteuern angehäuften finanzpolitischen Reserve gedeckt. Die Rechnungsprüfungskommission hat das Budget wie üblich geprüft und unterstützte den Antrag des Gemeinderates. Im Budget 2020 werden Gesamtaufwendungen von CHF 36.5 Mio. gegenüber Gesamterträgen von CHF 36.4 Mio. ausgewiesen, wobei man bereits im nächsten Jahr CHF 1.4 Mio. aus der finanzpolitischen Reserve entnehmen muss. Beim Steuerfuss wurde wie be-

reits erwähnt bei der Politischen Gemeinde eine Senkung von 37 auf 35 Prozentpunkte beantragt. Die an der Gemeindeversammlung der Politischen Gemeinde anwesenden 150 Stimmberechtigten waren natürlich über die Steuerfussentwicklung froh, sodass es keine Einwendungen und auch keine Fragen gab. Das Budget mit der erwähnten Steuerfusssenkung wurde ohne Gegenstimme genehmigt.

Nur die Sanierung und die Feuerwehr werden geplant

Das Üdiker-Huus wurde in den Jahren 1976 bis 1979 gebaut und stellt eine wichtige Zentrumsfunktion in unserem Gemeindeleben dar. Die Haustechnik, insbesondere die Lüftungsanlage, hat das Ende ihrer Lebensdauer längstens erreicht und entspricht nicht mehr heutigen Anforderungen. Die Beschaffung allfälliger notwendiger Ersatzteile kann bereits heute nur unter erschwerten Bedingungen oder gar nicht erfolgen. Weiter hat das starke Bevölkerungswachstum in unserer Gemeinde Auswirkungen auf den Raumbedarf der Schule. Sie benötigen weitere Schulräume um ihre Schulbedürfnisse abdecken zu können. Ausserdem stösst die Gemeinde- und Schulbibliothek ebenfalls an ihre Grenzen. Beides hat zur Folge, dass die Gemeinde- und Schulbibliothek nicht an ihrem angestammten Ort auf dem Areal Schwerzgrueb verbleiben kann. Ebenso muss die Feuerwehr gemäss Auflagen der Gebäudeversicherung und des Statthalteramtes dringend ihre Kapazitäten ausbauen und die benutzten Räumlichkeiten den heutigen Vorschriften anpassen.

Aufgrund all dieser Fakten hat der Gemeinderat, in Absprache mit der Schulpflege, entschieden, die Gemeinde- und Schulbibliothek in das Üdiker-Huus zu verlegen sowie der Feuerwehr mehr

Platz im selben Gebäude zur Verfügung zu stellen. Somit beantragte der Gemeinderat den Stimmberechtigten einen Projektierungskredit von CHF 400'000 für die Projektierung einer Teilsanierung des Üdiker-Huus (Lüftung/Haustechnik) und die Umnutzung des ehemaligen Werkhofes zu Zwecken der Gemeinde- und Schulbibliothek sowie der Feuerwehr. Der gesamte Baukredit für dieses Vorhaben wurde auf CHF 4,45 Mio. geschätzt. Weitere in Zukunft notwendige Sanierungsmassnahmen für die WC-Anlagen und die energetische Sanierung waren in diesem Kreditantrag nicht enthalten. Die Stimmberechtigten an der Gemeindeversammlung erkannten die Notwendigkeit der Sanierung und auch den höheren Platzbedarf der Feuerwehr wie auch die Bedürfnisse der Bibliothek. Jedoch wurde vor allem die Kombination der Feuerwehr und der Bibliothek an einem Ort als nicht zielführend erachtet. Es kamen Sicherheitsbedenken auf und auch der Zugang von der Hinterseite des Üdiker-Huus wurde teilweise bemängelt. Allgemein erachteten einige Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, dass eine Bibliothek in die Dorfmitte, d.h. Zentrum Waldegg/Quartier Leuen, gehört. Der Gemeinderat begründete die Standortwahl im Üdiker-Huus vor allem mit einer ausgewogenen Dorfentwicklung und Beibehaltung eines belebten Dorfzentrums. Unterstützung für diese Meinung des Gemeinderates gab es durchaus, aber wohl nicht genug. Von einem Stimmbürger wurde ein Antrag gestellt, bei welchem auf die Projektierung der Bibliothek verzichtet werden soll. Somit kam es zu einer Gegenüberstellung dieses Antrages mit dem Behördenantrag. Der Änderungsantrag wurde mit 95 zu 50 Stimmen gutgeheissen. Aufgrund dessen stimmten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger schlussendlich über einen Projektierungskredit von CHF 243'000 anstatt CHF 400'000 ab. Der Projektierungskredit für die Teilsanierung des Üdiker-Huus und die Umnutzung des alten Werkhofs für die Feuerwehr (ohne Bibliothek) wurde sodann mit grossem Mehr angenommen.

Dienst- und Besoldungsverordnung an Gemeindeordnung angepasst

Ein äusserst kurzes Traktandum war das dritte und letzte der Politischen Gemeinde. Es nahm in der Weisungsbroschüre lediglich eine Seite ein. Die Gemeindeordnung der Politischen Gemeinde Uitikon wurde im 2018 revidiert. Darin wurde festgehalten, dass neu gewisse Anstellungskompetenzen dem Gemeinderat zukommen. In der Dienst- und Besoldungsverordnung war jedoch noch die Gemeindeversammlung erwähnt. Aus diesem Grund musste die Dienst- und Besoldungsverordnung entsprechend in einem Artikel revidiert werden. Aufgrund der klaren Sachlage bedurfte es keiner grossen Erklärung an der Gemeindeversammlung und die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hatten auch keine Fragen dazu. Sie genehmigten den Antrag ohne Gegenstimmen.

Anfrage nach § 17 GG

Jeder Stimmberechtigte hat das Recht dem Gemeindevorstand eine Anfrage nach § 17 Gemeindegesetz einzureichen. Diese Anfrage muss, sofern sie mindestens 10 Arbeitstage vor der Gemeindeversammlung eingereicht wurde, vorgängig schriftlich und dann an der Versammlung selber beantwortet werden. Dieses Jahr reichte eine Stimmbürgerin gleich zu drei Themen eine Anfrage ein. Als erstes kamen Fragen zum Zugang zur Bahnstation Uitikon Waldegg auf, dann zum Projekt Umnutzung des ehemaligen Werkhofes und schliesslich als letztes einige Fragen zur Gemeindepolizei. Der Gemeinderat hat die entsprechenden Fragen beantwortet und an der Gemeindeversammlung durch den Gemeindeschreiber verlesen lassen.

Gemeindeversammlung der Schulgemeinde

Interessant war auch die Gemeindeversammlung der Schulgemeinde, vor allem aufgrund ihres zweiten Traktandums. Zunächst startete die Schule jedoch traditionell mit dem Budget für das kommende Jahr.

Steuerfuss bleibt bei der Schulgemeinde gleich

Die Finanzen der Schule werden bei einem starken Bevölkerungswachstum, wie es die Schulpflege in den nächsten Jahren in Uitikon sieht, unmittelbar gefordert. Es stehen grosse Investitionen bevor. Trotzdem kann für das nächste Jahr der Steuerfuss beibehalten werden. Die Schulpflege beantragte der Gemeindeversammlung die Beibehaltung des Steuerfusses auf 45 Prozentpunkte. Die Schulpflege ging hierbei von einem Gesamtaufwand von CHF 18.2 Mio. und einem Gesamtertrag von CHF 17.9 Mio. aus, womit ein Aufwandüberschuss von knapp CHF 300'000 budgetiert wurde. Investitionen im Verwaltungsvermögen wurden für 2020 im Umfang von CHF 2.8 Mio. vorgesehen. Die hohen Investitionen für die nächsten Jahre wurden von den 128 bei der Versammlung der Schulgemeinde anwesenden Stimmberechtigten zur Kenntnis genommen. Da sich am Steuerfuss nichts änderte, folgten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Empfehlung der Rechnungsprüfungskommission und genehmigten das Budget und den Steuerfuss ohne grosse Diskussionen einstimmig.

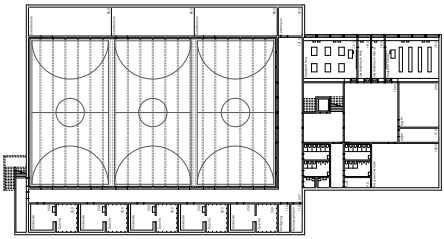
Der Neubau Allmend darf wie geplant zur Abstimmung

Nun kam das Traktandum auf welches viele Anwesenden gewartet hatten an die Reihe, die Vorberatung und Bereinigung des Projektierungskredites für den Neubau Allmend.

Mit der Politischen Gemeinde wurde 2015/16 ein Entwicklungsszenario Vision Allmend 2020 erarbeitet. Vorgesehen waren der Neubau einer 2-fach-Turnhalle mit Aussenanlagen und die Sanierung/Umnutzung der bestehenden Schulanlage/Turnhalle für Schulräume sowie für ein Gemeinschaftszen-

trum mit Jugendraum. Im Mai 2017 bewilligten die Gemeindeversammlungen einen Kredit für einen Projektwettbewerb. Ziemlich genau zwei Jahre später wurde das Siegerprojekt bekannt gegeben.

Seit der Definition des Wettbewerbsprogramms haben sich die Rahmenbedingungen für die Schule stark verändert. Die Verdichtung bestehender Quartiere erfolgt stärker und rascher als prognostiziert und die vollständige



Bebauung im Leuenquartier geschieht früher als damals von der Schulpflege geplant. Daher mussten die Schulraum-Prognosen deutlich nach oben korrigiert werden. Die Schule erwartet im Jahr 2025 bis zu 600 Schülerinnen und Schüler statt wie zum Zeitpunkt der Machbarkeitsstudie prognostiziert ca. 465. Daher waren Nutzungsanpassungen gegenüber dem Wettbewerbsprogramm erforderlich. Auf der Allmend sollen neben der Turnhallenanlage und den im Wettbewerb vorgegebenen bisherigen Schulnutzungen neu sechs zusätzliche Schulzimmer inkl. Gruppenräume sowie je ein Mehrzweckraum, Lehrerzimmer und Schulleitungsbüro für die Sekundarschule geschaffen werden, was insbesondere das an die Kapazitätsgrenzen stossende Schulhaus Schwerzgrueb entlasten würde.

Auf Anregung der Politischen Gemeinde wurde zusätzlich die Erweiterung der Turnhallenkapazität geprüft. Die grosse 2-fach Turnhalle mit den Spezialmassen, wie sie im Wettbewerbsprogramm aufgrund der von den Vereinen definierten Bedürfnissen festgelegt wurde, ist nur wenig kleiner als eine kleine 3-fach Turnhalle. Damit die Turnhalle bedürfnisgerecht erstellt und flexibel im Interesse der Vereine nutzbar wird, wurde eine entsprechende Planung einer kleinen 3-fach Turnhalle in das Projekt aufgenommen.

Die Gesamtkosten des Bauvorhabens erhöhten sich gemäss Grobkostenschätzung von CHF 17.1 Mio. (Mach-

barkeitsstudie) bzw.18.3 Mio. (Wettbewerbsprojekt) auf CHF 24.5 Mio. (+/–20 %, inklusive Projektierungskosten von CHF 1.78 Mio.). Die Mehrkosten begründete die Schulpflege mit der Verdoppelung der Baufläche im Schultrakt von 800 m² auf 1'600 m² und der Vergrösserung der Turnhalle von ursprünglich 1'400 m² auf 2'200 m² sowie der Bereitstellung von Provisorien während der Bauzeit.

Das von der Schulpflege vorgebrachte Projekt gilt somit als eines der Grössten der vergangenen Jahrzehnte. Trotzdem können die meisten Anwesenden die Entwicklung und den Bedarf nachvollziehen, vor allem waren die Vereinsvertreter froh, dass nun mit einer 3-fach Turnhalle geplant wird, da sie gemäss ihren Berechnungen bei einer 2-fach Turnhalle bereits wieder an die Kapazitätsgrenzen stossen würden. Diese Aussage wurde an einer bereits vor dieser Gemeindeversammlung am 19. November 2019 durchgeführten Informationsveranstaltung kundgegeben. An der Gemeindeversammlung selber gab es eher wenige Fragen und Diskussionen. Ein Stimmbürger forderte, dass neben den Sportmöglichkeiten auch an den Musikschulunterricht gedacht werden soll, da auch für diesen Unterricht die Räumlichkeiten knapp seien. Ansonsten gab es keine Einwendungen gegen dieses Projekt. Aus diesem Grund wurde der von der Schulpflege vorgebrachte Projektierungskredit von CHF 1,78 Mio. mit lediglich zwei Nein-Stimmen genehmigt bzw. er wird der Urnenabstimmung vom 9. Februar 2020 zur Annahme empfohlen. Ob mit dem Projekt tatsächlich gestartet werden kann, erfahren wir dann im nächsten Jahr.

Gemeindeversammlungen der Kirchgemeinden

Die beiden Kirchgemeinden legten beide ein Budget mit einem unveränderten Steuerfuss den Stimmberechtigten sowie die Revision ihrer Kirchgemeindeordnungen vor. Während bei der Ev.-ref. Kirchgemeinde mit einem Steuerfuss von 10 % ein knapper Ertragsüberschuss von CHF 10'000 budgetiert wurde, rechnet die Röm.-kath. Kirchgemeinde bei einem Steuerfuss von 11 % für das Jahr 2020 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 400'000. Beide Budgets und Steuerfüsse wurden an den Gemeindeversammlungen ohne grosse Diskussionen genehmigt. Ebenfalls Zustimmung fanden die beiden Revisionen der Kirchgemeindeordnungen, welche aufgrund von übergeordneten Gesetzen erforderlich waren. Ausserdem hatten die 28 an der Kirchgemeindeversammlung der Ev.-ref. Kirchgemeinde anwesenden Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über ein neues Entschädigungsreglement zu befinden. Dieses wurde ebenfalls mit grossem Mehr genehmigt.

Standortförderung durch die Limmatstadt AG

Im August 2007 ist die Gemeinde Uitikon dem Verein Standortförderung Limmattal beigetreten. Seitdem haben sich die Rahmenbedingungen für eine regionale Standortförderung im Limmattal verändert. Das Limmattal wird vermehrt als funktionaler Raum der beiden Kantone Aargau und Zürich umfassend wahrgenommen. Zudem ist die Anzahl der Organisationen, Unternehmungen und Interessengruppierungen, die ähnliche Themen bewirtschaften, deutlich gestiegen. Aus diesen Gründen hat eine ausserordentliche Mitgliederversammlung der Standortförderung Limmattal im Oktober 2018 als Ergebnis einer ausführlichen und breit abgestützten Strategie-Überprüfung beschlossen, den Verein Standortförderung Limmattal per Ende 2018 aufzulösen. Sodann wurde die Standortförderung des Limmattals der Limmatstadt AG übergeben. Die Gemeinde Uitikon ist, wie die meisten Limmattaler Gemeinden auch, per Anfang dieses Jahres der Limmatstadt AG beigetreten und nimmt somit diese Dienstleistungen in Anspruch. Die Limmatstadt AG hat bereits einige Erfolge erzielt, wie z.B. mit dem Aufbau eines 3D-Stadtmodells, der Kulturplattform, dem Newsletter punkt4, etc. Jeweils zweimal jährlich finden sogenannte Roundtables zwischen der Limmatstadt AG und den Gemeinden statt.

Viel Kultur in Uitikon

Wie jedes Jahr fanden auch im 2019 viele Veranstaltungen in Uitikon statt. Abgesehen von den bereits in diesem Weihnachts-Kurier ausführlich erwähnten Veranstaltungen, werden hier einige weitere interessante Veranstaltungen aufgezählt.

Die Ev.-ref. Kirche organisierte das Konzert «Touch the Keys VI» mit Jackie Rubi-Günthart und Livio Castioni in der ref. Kirche. Alle Jahre wieder tritt die Waldegg-Bühne Uitikon im Üdiker-Huus auf. Dieses Jahr brachten sie die Besucherinnen und Besucher mit der Vorführung «Hoppla…Frau Marquart» zum Lachen. Eine atemberaubende Welt bekam man bei der von der Kultur- und Freizeitkommission organisierten Bühnenshow «Atemlos – Die Show» zu spüren. Ebenfalls durch die Kultur- und Freizeitkommission wurden das Konzert der New Harlem Ramblers und das Kindertheater «Rotkäppli» im Üdiker-Huus organisiert. Nicht vergessen darf man den Üdiker Frühlings- und den Herbstmärt, welche auch dieses Jahr einige Besucherinnen und Besucher anlockten. Beliebt war auch der «Üdiker Bazar – stöbern&finden» mit Koffermarkt, Kinderflohmarkt, NimmBringTag, Café Gaumenschauss und vielen weiteren Attraktionen. Die Gemeinde- und Schulbibliothek organisierte eine Buch-Matinée «Fett verbrennen – das Rezept» mit Sindy Dörgeloh, eine Bücher-Soirée mit Daniela Binder, eine Bücherlesung «Faszination Gehirn»

mit Beat Glogger und Sibylle Mumenthaler sowie eine Informationsveranstaltung «Freuden und Risiken des Reisens» mit Maya Hagenbucher und Simon Trösch. Die Mitglieder des Vocal Cord präsentierten im Üdiker-Huus «Die letzten Geschichten aus 1001 Nacht». Nach den Sommerferien fand das jährliche Dorfplauschturnier und Sommernachtsfest des FC Uitikon statt. Ein Jahr nach der Eröffnung feierte das Zentrum Waldegg ein Herbstfest mit verschiedenen Konzerten, Bar- und Grillbetrieb und vielen weiteren Überraschungen. Die Pro Senectute führte einen Unterhaltungsnachmittag mit den Calimeros durch. In der katholischen Kirche fand auch dieses Jahr ein Benefizkonzert der KinderHilfe Uitikon mit dem La Folia Kammerorchester statt. Zudem wurden im Üdiker-Huus noch ein Frühlingskonzert des Musikvereins Harmonie Schlieren und eine Uraufführung der Zwingli Roadshow des Theaters Kanton Zürich durchgeführt. Ebenfalls für einen vollen Saal sorgte die Kinderkleiderbörse des Elternvereins.

Diese Veranstaltungen waren bei Weitem nicht alle kulturellen Anlässe in Uitikon. Trotz der Nähe zur Stadt Zürich, wird in Uitikon Kultur gelebt.

Neues Quartier nimmt Gestalt an

Nachdem im November 2013 der Quartierplan Leuen genehmigt wurde, gingen wenig später bereits die ersten Baugesuche bei der Gemeinde ein. Seit ein paar Jahren kann man fast täglich beobachten, wie sich dieses Quartier verändert. Die ersten Überbauungen im nördlichen Quartier stehen bereits seit Ende des letzten Jahres und sind schon bewohnt bzw. einige Flächen durch Detailhändler und/oder Dienstleister besetzt.

Überbauung Crystal

Im südlichen Quartiergebiet sind in diesem Jahr ebenfalls grosse Fortschritte gemacht worden. Das erste Gebäude wurde ebenfalls fertiggestellt und die ersten Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger haben sich bereits diesen November bei der Einwohnerkontrolle angemeldet. Zudem wurde ein Teil der Gewerberäumlichkeiten durch ein neueröffnetes Restaurant gemietet. Im Frühling sowie Herbst 2020 folgt dann

der nächste Bezug der Liegenschaften nebenan. Bis 2022/23 sollte dann auch die gesamte Überbauung «Leuengarten» vollständig fertiggestellt sein.

Überbauung Leuengarten (Stand: Juni 2019)

Leuengarten (Stand: November 2019)

Was im Leuenquartier besonders auffällt, ist auch der neu gestaltete Waldeggplatz. Die Stimmberechtigten genehmigten an der Urnenabstimmung vom 23. September 2018 einen Kredit von CHF 886'000 für die Gestaltung des Waldeggplatzes auf dem gemeindeeigenen Baufeld C/D1. Der Platz soll als Eingangstor zum neuen Quartier dienen und zum Verweilen oder auch für Anlässe und Veranstaltungen genutzt werden können. Bereits nach der Kreditgenehmigung fuhren die ersten Bagger auf. Rund ein Jahr später wurde der Platz fertiggestellt.

Bei bestem Wetter begrüsste der Tiefbauvorstand, Markus Stäheli, am 24. August 2019 die rund hundert Besucherinnen und Besucher zum zweiten Tag der offenen Baustelle, an welchem auch der Waldeggplatz offiziell eingeweiht wurde. Unterdessen spielen die Kinder beim neuen Brunnen und geniessen das kühle Nass. Andere nehmen sich eine kurze Auszeit und geniessen den Blick in die Ferne. Auf jeden Fall kommt der Waldeggplatz bei den meisten Einwohnerinnen und Einwohnern gut an und erfüllt somit seine Aufgabe als Eingangstor zum Leuenquartier. Ein wichtiges Detail zum Baufeld C/D1 ist der Nachhaltigkeitsgedanke. Es wurde viel Wert auf eine ressourcenschonende Bauweise gelegt.

Waldeggplatz

Neben der Eröffnung des Waldeggplatzes wurden am Tag der offenen Baustelle noch drei weitere Besuchsposten aufgestellt, an welchen die praktisch fertiggestellten Tiefbauarbeiten sowie die Hochbauten vorgestellt wurden. Das Retentionsbecken, gleich unterhalb des Waldeggplatzes, war einer dieser Posten. Der Natur wurde in diesem Bereich viel Raum gegeben. Der Natur- und Vogelschutzverein Gartenrötel konnte an diesem Tag den Besucherinnen und Besuchern einen wertvollen Einblick in die örtliche Biodiversität und einheimische Fauna geben. Das Regenwasser vom Platz fliesst mittels einem möglichst natürlich ausgestalteten Bachlauf in das Retentionsbecken. Um das Becken selbst ist eine Wildhecke aus Rosen gepflanzt. Der nächste Posten führte entlang der Leuengasse neben dem neuen Spielplatz zum Quartierplatz 2 beim Steinenlooweg. In diesem Bereich wurde die Trafostation

platziert um die Stromversorgung im neuen Quartier zu gewährleisten. Bei diesem dritten Posten konnten viele technische Details zu den Infrastrukturbauten erläutert werden. Der letzte Posten führte die Teilnehmer in das südliche Gebiet zum Leuenplatz. Durch Unterstützung der Bücheler Architektur + Generalunternehmung AG konnten zwei Musterwohnungen besichtigt werden.

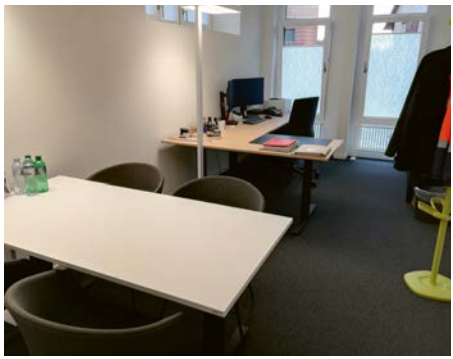
Gemeindeverwaltung erweitert

Nicht nur im Dorf ändert sich viel, sondern auch bei der Gemeindeverwaltung. Der starke Bevölkerungszuwachs hat Auswirkungen auf die einzelnen Abteilungen der Gemeindeverwaltung. Die Raumverhältnisse waren bis vor Kurzem prekär. Für die Zahl der Angestellten gab es teilweise nicht genügend Arbeitsplätze und auch die Platzierung und Betreuung von Lernenden wurde immer mehr zum Problem. Mit der Verlegung des Werkhofes in den Neubau beim Massnahmenzentrum wurde die Einlagerung von Maschinen und Geräten in der Garage unterhalb der Einwohnerkontrolle hinfällig. Aus diesem Grund wurde an der Rechnungsgemeindeversammlung 2018 ein Kredit für die Umnutzung dieser Räumlichkeiten beantragt und von den Stimmberechtigten genehmigt. Auf der zur Verfügung stehenden Fläche von rund 80 m² wurden neue Büroräume für die Abteilungen Bau und Planung bzw. Tiefbau erstellt. Es entstanden unterhalb der Einwohnerkontrolle fünf neue

vor Umbau

nach Umbau

Arbeitsplätze. Die beiden Abteilungen verfügen nun über eine moderne und zeitgemässe Büroinfrastruktur. Der Bezug dieser Räumlichkeiten erfolgte Ende Oktober 2019. Anschliessend wurden auch kleinere Umbauten im Erdgeschoss des Gemeindehauses sowie gewisse Bürorochaden vorgenommen.



Verschiedene Strassensanierungen und Tiefbauten

Der Unterhalt und der Erhalt der Infrastruktur gehört zu den Kernaufgaben der Werkbetriebe und der Tiefbauabteilung der Politischen Gemeinde Uitikon. Um Leitungsbrüche und grössere Schäden zu verhindern ist es äusserst wichtig, die Gemeindeinfrastruktur regelmässig zu unterhalten und wenn nötig zu erneuern. So mussten auch im Laufe dieses Jahres diverse Strassen und Werkleitungen saniert werden.

Im Gebiet Lätten war seit längerer Zeit der Neubau eines öffentlichen Regen-

Bau Regenwasserkanal

abwasserkanals vorgesehen. Vorerst wurde damit zugewartet, da die dortigen Bauparzellen nicht überbaut wurden und die Lage der Hochbauten unbekannt war. Da im letzten Jahr die Hochbauten geplant wurden, konnte sich der Gemeinderat diesem Projekt annehmen. Diese Wohnüberbauungen müssen gemäss Generellem Entwässerungsplan (GEP) im Trennsystem entwässert werden. Der neue Regenwasserkanal verläuft unter der Ringlikerstrasse hindurch bis zum eingedolten Schwandenbach. Die neue Leitung wurde mit einer Spülbohrung grabenlos erstellt und sorgt gleichzeitig für eine Entlastung bei der Kläranlage Birmensdorf (weniger unverschmutztes Wasser). Des Weiteren wurde gleichzeitig im Bereich der Ringlikerstrasse bis zum öffentlichen Mischabwasserkanal ein öffentlicher Schmutzwasserkanal verlegt. Die Bauausführung und Fertigstellung erfolgten im Sommer 2019.

Die damals bestehende Wasserleitung aus Grauguss im Abschnitt «Im Waidli 6» bis zum Fussweg bei der Bergstrasse

Verlegung Wasserleitung Im Waidli

2 hatte eine Nennweite von DN 100 mm und stammte aus der Nachkriegszeit (1946). Demzufolge musste diese Leitung saniert werden. Die Wasserleitung wurde im Mai/Juni 2019 mit einer Leitung mit Nennweite von DN 125 mm ersetzt. Zudem wurde ein Leerrohr für die Antennenanlage verlegt.

Mit der neuen Überbauung Zentrum Waldegg und den neuen Wohnbauten im Quartier Leuen hat sich der Schulweg zum Schulhaus Schwerzgrueb bezüglich Sicherheit verändert. Um die Schulwegsicherheit zu erhöhen hat die Gemeinde in diesem Jahr verschiedene Massnahmen eingeleitet und umgesetzt sowie die Bevölkerung mittels Informationsveranstaltungen und Austauschsitzungen miteinbezogen. Zudem wurden vertiefte Begutachtungen und Prüfungen der örtlichen Gegebenheiten gemeinsam mit der Kantonspolizei und einem Verkehrsplanungs- und Ingenieurbüro vorgenommen.

Verkehrssicherheit
Zürcher-/Schwerzgruebstrasse

Aufgrund dieser Prüfungen wurden weitere Massnahmen beschlossen, unteranderem Fussgänger-Piktogramme, ein farbiger Belag im Bereich Einfahrt Zentrum Waldegg für bessere Sichtbarkeit sowie eine zusätzliche Signalisation «Andere Gefahren – Schule». Aus Synergiegründen wurde ausserdem der Deckbelag entlang der Zürcherstrasse im Abschnitt Zürcherstrasse 15 bis Leuengasse (ca. 110 m) erneuert. Bei der Einfahrt zum Zentrum Waldegg wurde der Kurvenradius leicht angepasst bzw. verbessert.

Leuengasse

Neben den Unterhaltsarbeiten und den Umsetzungen für die Verkehrssicherheit, wurden wie bereits vorgängig im Bericht zum Quartier Leuen erwähnt, die Tiefbauarbeiten im nördlichen Teil der Leuengasse fertiggestellt. Die Belagsarbeiten wurden fertiggestellt und die Baumgruben sowie ein Spielplatz erstellt. Der gesamte nördliche Teil der Leuengasse wurde anfangs Oktober 2019 als Begegnungszone definiert. Somit beträgt dort die Höchstgeschwindigkeit 20 km/h, die Fussgänger haben in diesem Bereich Vortritt und Parkieren ist nur an den gekennzeichneten Stellen erlaubt.

Bilder von Neu- und Umbauten

Die Einleitung zu diesem Abschnitt könnte grundsätzlich wie in den Vorjahren beibehalten werden. Die Entwicklung geht weiter. Die Bauten im Leuenquartier schreiten voran. Viele Einfamilienhäuser wurden durch Mehrfamilien- oder Doppeleinfamilienhäuser ersetzt, aber auch neue, unüberbaute Gebiete werden nun überbaut.
Die nachfolgenden Bilder wurden durch unsere Abteilung Bau und Planung zusammengestellt und zeigen Ihnen die Veränderungen in diesem Jahr.

Allmendstrasse 24
Das neue moderne Einfamilienhaus an der Ecke Allmend- und Haldenstrasse ist fertiggestellt. Die horizontalen Elemente brechen das Gebäude visuell in der Höhe.

Bahnweg 2 und Schopf
Das Gebäude mit dem Restaurant soll saniert werden. Geplant ist auch, dass der Schopf durch zwei um 90° gedrehte Reiheneinfamilienhäuser ersetzt wird.

Eichstrasse 1
Das Mehrfamilienhaus, welches letztmals kurz vor dem Bezug stand, ist heute bezogen und «belebt».

Eichstrasse 8
Hier wird ein bestehendes Einfamilienhaus saniert und mit einem Attikageschoss erweitert. Für einmal wieder ein Um- und Anbau anstelle eines Neubaus.

Haldenstrasse 12
Am Ende der Privatstrasse stand einst ein Einfamilienhaus auf einem grossen Grundstück. Das Gebäude wurde abgebrochen und neu entsteht ein Mehrfamilienhaus mit sechs Wohnungen und einem Gemeinschaftsraum. Ein Grundstück, das Jahre stark unternutzt war und nun das Potenzial ausschöpft.

Haldenstrasse 30 und 32
Die beiden Einfamilienhäuser, welche auf grüner Wiese gebaut wurden, sind ebenfalls fertiggestellt und bezugsbereit. Links im Hintergrund sieht man ansatzweise noch das neue Einfamilienhaus Allmendstrasse 24.

Haldenstrasse 36
Das ehemalige Einfamilienhaus wurde abgebrochen und wird durch ein Neues ersetzt. Derzeit sind die Arbeiten an der Bodenplatte im Gang.

Haldenstrasse 53
Der Um- und Anbau ist beinahe beendet. Die Modernisierung und der Garagenanbau sind auf das bestehende Gebäude angepasst.

Haldenstrasse 58 und 60
Die beiden aneinander gebauten Einfamilienhäuser, teilweise mit Natursteinfassaden, sind bereit für den Bezug.

Höhenweg 10a und 10b
Direkt unterhalb der Allmendwiese wurden die beiden Einfamilienhäuser Höhenweg 10a und Höhenweg 10b (im Hintergrund) mit Blick in die Ferne fertiggestellt. Dank dem Aussichtsschutz bleibt die Weitsicht von der Allmend in die Alpen gewahrt.

Im Spilhöfler
Das alte Bistro wurde in diesem Jahr abgebrochen und durch ein Neues ersetzt. Es besitzt nun mehr Plätze und eine moderne, zeitgemässe Küche.

Lättenstrasse 52
Gegenüber des Schulhauses Rietwis ist das Mehrfamilienhaus mit fünf Wohnungen fertiggestellt und bezogen.

Leuengasse 51 und 53 (Baufeld N)
Im letzten Weihnachts-Kurier sah man die ersten beide Etagen. Heute zeigt sich das Gebäude auf dem Baufeld N (Leuengasse 51 und 53) in seiner vollen Grösse. Die Wohnungen sind teilweise bereits bezogen und in den Sockelgeschossen ziehen Gewerbebetriebe ein, sowohl in Richtung Birmensdorferstrasse wie auch zum Leuenplatz hin.

Leuengasse 50 und 52 (Baufeld L)
Das Gebäude westlich angrenzend an den Leuenplatz ist bereits auf der Höhe des Platzes angelangt. Hier werden zwei Gebäude erstellt. Zwischen den Gebäuden kann man über einen Fussweg zum Panoramaweg und zur Sportanlage Im Sürenloh gelangen.

Leuengasse 41 (Baufeld K)
Das vergleichsweise kleine Mehrfamilienhaus mit sechs Wohnungen, welches sich ebenfalls im Leuenquartier befindet, ist fertiggestellt. Ein Brandfall hat den Bau etwas verzögert. Allerdings können die Wohnungen nun in Kürze bezogen werden.

Mangoldweg 1a und 1b / Mangoldwiese 7a und 7b
Die Doppeleinfamilienhäuser im gleichen Stil sind fertiggestellt und der Mangoldweg wieder gut passierbar.

Haslenweg/Stallikerstrasse
Die drei Einfamilienhäuser auf separaten Parzellen sollen abgerissen und neu überbaut werden. Geplant ist, dass die drei Grundstücke vereinigt und darauf zwei Mehrfamilienhäuser mit je fünf Wohnungen gebaut werden.

Rietwisstrasse 7
Ein weiteres Gebäude das in der Zwischenzeit fertiggestellt wurde. Die verschiedenen Fassadenmaterialien machen das Gebäude spannend.

Ringlikerstrasse 31
Nachdem die inneren Umbauten abgeschlossen wurden, wird nun am bestehenden Gebäude das Dachgeschoss erstellt. Gegen Westen (giebelseitig) wird das Dachgeschoss grosszügig verglast.

Ringlikerstrasse 67 und 69
Auf dieser lange unüberbauten Wiese werden zwei Mehrfamilienhäuser mit je fünf Wohneinheiten und einer gemeinsamen Tiefgaragen erstellt. Die Ein- und Ausfahrt erfolgt an nur einer Stelle. Diese Ansicht wird sich im nächsten Weihnachts-Kurier vermutlich stark verändert haben.

Ringlikerstrasse
Direkt im Anschluss sollen hier zwei Mehrfamilienhäuser, noch in der zweigeschossigen Wohnzone E liegend, erstellt werden. Die Gebäude rechts sollen stehen bleiben. Doch dahinter sind weitere Gebäude geplant.

Ringlikerstrasse/Bühlstrasse
Von der Kernzone Ringlikon betrachtet, sollen hier die bestehenden Wohn- und Ökonomiegebäude abgebrochen und durch Mehrfamilienhäuser entlang der Ringliker-, der Bühl- und Sonnhaldenstrasse ersetzt werden. Das Gebiet wird sich in den nächsten Jahren auf jeden Fall verändern.

Sonnhaldenstrasse 12
Letztmals hat man hier erst den Rohbau gesehen. Heute ist das Einfamilienhaus talwärts der Sonnhaldenstrasse bezogen. Im Hintergrund sieht man das Gebäude Sonnhaldenstrasse 13, welches teilweise noch eingerüstet ist.

Sonnhaldenstrasse 13
Und nun das Mehrfamilienhaus mit fünf Wohneinheiten aus der Nähe. Es ist ebenfalls soweit, dass die Wohnungen bezogen werden können. Derzeit sind vorwiegend nur noch Umgebungsarbeiten im Gang.

Stallikerstrasse 11
Und auch diese Mehrfamilienhaus ist fertiggestellt und bezogen. Im Hintergrund erkennt man gut, die neuen Doppeleinfamilienhäuser am Mangoldweg und der Mangoldwiese. Vor Kurzem hatte dieses Gebiet nur vier Wohneinheiten. Nun sind es Zehn. Die innere Verdichtung geht weiter.

Stallikerstrasse 26
Das alte Einfamilienhaus wurde durch dieses Gebäude mit Sichtbetonfassade und zwei Wohnungen ersetzt. Derzeit ist es noch im Rohbau, aber im nächsten Weihnachts-Kurier ist es bestimmt fertiggestellt und bezogen.

Stallikerstrasse 57
Der Bau des Gebäudes Stallikerstrasse 57 ist vollendet. Das Gebäude trägt eine nachhaltige Holzfassade.

Statistisches 2019

Die nachstehenden Zahlen sollen der interessierten Leserschaft wiederum Hinweise vermitteln, was in den verschiedenen Gemeindediensten geleistet wurde:

4'634	Personen hatten per 20. November 2019 ihren zivilrechtlichen Wohnsitz in Uitikon. Zwischen Dezember 2018 und November 2019 wurden 587 Zuzüge, 265 Wegzüge, 54 Geburten, 39 Todesfälle und unzählige weitere Mutationen in der Einwohnerkontrolle verarbeitet.
Rund 2'280	Haushaltungen und Gewerbebetriebe werden praktisch wöchentlich mit dem «Gemeindekurier» bedient (dazu kommen knapp 100 externe Abonnenten des «Gemeindekuriers»).
CHF 64'865'355.30	betrug das Brutto-Steuersoll, welches das Gemeindesteueramt für die Staats- und Gemeindesteuern betr. das Steuerjahr 2018 in Rechnung stellte.
216	Traktanden behandelte der Gemeinderat zwischen Januar 2019 und Ende November 2019.
87	Baubewilligungen wurden erteilt (davon gemäss Geschäftsreglement 56 Bewilligungen durch den Bauvorstand).
rund 57'000	Buchungen wurden in der Finanzverwaltung für das Politische, das Schul- und das Ev.-ref. Kirchengut, die Gruppenwasserversorgung Limmat sowie die Nebenbücher ausgeführt.
rund 300	Personen beziehen über die Gemeinde in voll- oder nebenamtlichen Anstellungen bzw. Funktionen Saläre oder Entschädigungen (inkl. Kommissionen, Wahlbüro, Feuerwehr usw.).
rund 160	Traktanden hat die Sozialbehörde im Jahr 2019 behandelt. Es wurden 43 Dossiers mit insgesamt 60 Personen mit Anspruch auf Sozialhilfe sowie Leistungen nach Asylfürsorge betreut. Es wurden 15 Dossiers mit persönlicher Beratung geführt.
57 Einsätze	hatte die Feuerwehr zu leisten; (davon 2 Brandeinsätze, 1 Verkehrsunfälle, 2 Wasserschäden, 3 Rohrbrüche im privaten Netz, 2 Sturmschäden, 4 Öl-/Benzinwehreinsatz, 3 diverse Einsätze, 2 Fehlalarme über eine Brandmeldeanlage, 8 übrige Dienstleistungen und 30 Wespen-Einsätze).
793.5 Tonnen	Kehricht (Züri-Sack und Container, ohne Grüngut und Sonderabfälle) wurden vom November 2018 bis Oktober 2019 der Verbrennung zugeführt.